



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Flüchtlinge in der Nachkriegszeit 1945-1955

Eine Darstellung am Beispiel des weststeirischen
Bezirks Voitsberg

verfasst von / submitted by

Julia Formeier, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 689

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Zeitgeschichte

Betreut von / Supervisor:

Assoz. Prof. Dr. Bertrand Perz

Danksagung

Ich möchte gerne ein paar Worte des Dankes an jene Personen richten, die mir in der Zeit der Entstehung dieser Masterarbeit immer unterstützend zur Seite gestanden haben. Mein Dank richtet sich zuerst an meinen Betreuer Assoz. Prof. Dr. Bertrand Perz, der mir stets mit hilfreichen Tipps weiterhalf. Zudem waren mir bei meiner Recherche die MitarbeiterInnen des Stadtmuseums Köflach, allen voran Sofie Jandl, aber auch Christine und Manfred Kersch, eine große Hilfe. Sofie Jandl stellte auch die Kontakte zu den Zeitzeuginnen her.

Außerdem möchte ich meiner Familie für ihre Unterstützung in dieser Zeit danken. Sie half mir nicht nur bei der Korrekturlesung, sondern vor allem war sie mir eine große emotionale Stütze.

Ebenfalls motiviert wurde ich beim Austausch über das Schreiben der Masterarbeit mit gleichgesinnten Freundinnen. Ein Dank geht auch an meinen Freund, der sehr viel Geduld und Verständnis in dieser Zeit aufbrachte.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Forschungsstand	5
1.2. Methoden.....	9
2. Österreich als Flüchtlingsland?	12
2.1. „Flüchtlinge“, „Heimatvertriebene“ und „Umsiedler“	15
2.2. Flüchtlingsgruppen in Österreich in der Nachkriegszeit.....	19
2.3. „Displaced Persons“	21
2.4. „Volksdeutsche“	23
3. Internationale Flüchtlingsorganisationen und freiwillige Hilfsorganisationen.....	27
3.1. UNRRA.....	28
3.2. IRO.....	29
3.3. UNHCR.....	30
4. Gesetzgebungen in Österreich von 1945 bis 1955 bezüglich der Asylpolitik	31
4.1. „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“	35
4.2. „Genfer Flüchtlingskonvention“	36
4.3. „Europäische Menschenrechtskonvention“	36
5. Ende des Zweiten Weltkrieges und Besatzung in der Steiermark.....	37
5.1. Politische, soziale und ökonomische Struktur des Bezirks Voitsberg.....	40
5.2. Der Bezirk Voitsberg 1945.....	46
6. Flüchtlinge in der Steiermark.....	49
7. Flüchtlingsgruppen im Bezirk Voitsberg.....	54
7.1. Deutschsprachige Minderheiten	61
8. Versorgung von Flüchtlingen im Bezirk	66
8.1. Aufnahmezentren der Flüchtlinge im Bezirk	67
8.2. Ansiedlung der Flüchtlinge	72
8.3. Vereine der Flüchtlinge.....	76
8.4. Arbeit	81
8.5. Integration	85
9. Resümee	90
10. Bibliographie	93
10.1. Internetquellen	100
10.2. Ungedruckte Quellen	101
10.3. Tabellenverzeichnis	101
10.4. Abkürzungsverzeichnis	102
11. Anhang.....	103

1. Einleitung

Die aktuelle Flüchtlingsdebatte in Österreich brachte mich dazu, mich näher mit der Situation der Flüchtlinge zu beschäftigen. Da es mir unmöglich erschien, die gegenwärtige Flüchtlingssituation in Österreich zu behandeln - vor allem da eine zeitliche Distanz fehlt - entschied ich mich dazu, mich mit der Situation der Flüchtlinge in Österreich, besser gesagt des weststeirischen Bezirks Voitsberg, in den ersten zehn Jahren der Nachkriegszeit näher auseinanderzusetzen.

Aufgrund der Tatsache, dass im Moment viele AsylwerberInnen im weststeirischen Bezirk Voitsberg untergebracht sind und auch ein persönliches Interesse besteht, da dies mein Heimatort ist, entschied ich mich für eine Eingrenzung der Arbeit auf diese Region¹. Wie bereits aus dem Titel dieser Arbeit zu schließen ist, beschäftige ich mich mit den Flüchtlingen in der Nachkriegszeit und nehme dabei auf den weststeirischen Bezirk Voitsberg von 1945 bis 1955 Bezug. Das Jahr 1955 schien mir eine gute zeitliche Grenze zu sein, da in diesem Jahr der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde. Dadurch vollzog sich in der Flüchtlingspolitik der österreichischen Regierung, begründet durch den Abzug der Besatzungsmächte, ein Wandel und er kennzeichnete eine klare Trennung hinsichtlich der Flüchtlingsfragen in Österreich.

Meine These lautet: In der Nachkriegszeit gab es in Österreich einen Mangel an arbeitsfähigen Männern. Der Bezirk Voitsberg war zu diesem Zeitpunkt ein Industriegebiet und brauchte vor allem fähige männliche Arbeitskräfte. Durch diesen Umstand, eignete sich der Bezirk zur Ansiedlung und Integration von Flüchtlingen in der Nachkriegszeit.

Meine Leitfragen sind:

- *Wie gestaltete sich die Flüchtlingssituation im Bezirk Voitsberg in den ersten Nachkriegsjahren?*
- *Welche Flüchtlingsgruppen befanden sich im Bezirk?*

Die Frage nach der Situation der Flüchtlinge im Bezirk in den ersten Nachkriegsjahren stellte sich für mich aufgrund des aktuellen Anlasses des relativ hohen Flüchtlingsanteils im Bezirk Voitsberg. Im Dezember 2015 verteilten sich 442 Flüchtlinge auf die einzelnen Gemeinden

¹ Die Region ist ein Bereich der durch bestimmte Eigenschaften, wie z.B. dem Klima oder der wirtschaftlichen Struktur, gekennzeichnet ist. (DUDEN. Online unter: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Region#Bedeutung1>) (6. Juli 2016)).

des Bezirks.² Gegenwärtig ist dieser Bezirk nicht bekannt für seine große Anzahl an freien Arbeitsplätzen sowie seinen Fabriken. Vor 76 Jahren sah dies jedoch noch vollkommen anders aus. Es befanden sich dort einige Fabriken, wie z.B. die Schuhfabrik und Glasfabrik in Köflach, die es zum Teil heute noch gibt. Auch der Bergbau stellte zu dieser Zeit viele Arbeitsplätze zur Verfügung.

Auf diese zwei Leitfragen wird die Arbeit aufgebaut. Zur Beantwortung dieser Fragen folgt eine Kontextualisierung der Nachkriegszeit in Österreich bzw. in der Steiermark sowie der Flüchtlingspolitik in der Nachkriegszeit. Eine zentrale Fragestellung hinsichtlich dieser Arbeit ist: *Wer ist ein Flüchtling?* Der Begriff „Flüchtling“ wird nach *Stedingk* im deutschsprachigen Sprachraum sehr vielseitig verwendet. Ob eine Person ein „Flüchtling“ ist oder nicht, wird nach der Auslegung der „Genfer Flüchtlingskonvention“ entschieden. Die übrigen, die zwar den Flüchtlingsstatus beanspruchen, jedoch noch nicht ihr endgültiges Überprüfungsverfahren hatten und noch keine Entscheidung getroffen wurde, werden AsylwerberInnen genannt.³

Weitere Fragestellungen sind: *Warum kamen viele Flüchtlinge in den Bezirk Voitsberg? Ist der Bezirk für die Flüchtlingssituation exzeptionell oder beispielhaft? Welches Mitspracherecht bzw. welchen Handlungsspielraum besaß die österreichische Regierung bei der Flüchtlingspolitik in den Nachkriegsjahren von 1945 bis 1955 in der Steiermark? Wie erfolgte die Aufnahme und wo wurden die Flüchtlinge im Bezirk untergebracht? Wie erfolgte die Ansiedlung von Flüchtlingen im Bezirk Voitsberg?*

Die Arbeit setzt sich aus einem allgemeinen Teil und dem spezifischen Teil zum Bezirk Voitsberg zusammen. Zunächst müssen die wichtigen begrifflichen Definitionen von „Displaced Persons“ und den deutschsprachigen Minderheiten, den sogenannten „Volksdeutschen“ geklärt werden. In der Arbeit wird der Begriff „Volksdeutsche“ mehrmals erwähnt werden, daher möchte ich gleich zu Beginn ein paar erklärende Worte zur Anwendung des Wortes im Text sagen. Der Begriff meint die deutschsprachigen Minderheiten, welche sich im südöstlichen Europa bereits im Mittelalter ansiedelten und sowohl während des Zweiten Weltkrieges, als auch danach aus ihrer Heimat umgesiedelt oder vertrieben wurden oder flüchteten.⁴

²Rainer *Brinskelle*, So viele Asylwerber leben im Bezirk. Online unter: <http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/weststeier/peak_weststeier/4892680/Weststeiermark_So-viele-Asylwerber-leben-bei-uns> (4. Juli 2016).

³ Yvonne von *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem zweiten Weltkrieg (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Bd. VI., Wien 1970) 5.

⁴ Gabriela *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark (Graz 1997) 25.

Aufgrund des wiederkehrenden Begriffs „Ausländer“, vor allem in den Akten der Bezirkshauptmannschaft (BH Akten) von Voitsberg, wird hier kurz definiert, wer nach Ansicht der amerikanischen Besatzung in der Nachkriegszeit als „Ausländer“ angesehen wurde. Als „Ausländer“ wurden demnach alle Fremden, die sich in Österreich aufhielten und wohnten bezeichnet. Diese gehörten weder zur Gruppe der „Displaced Persons“ noch waren sie Angehörige von den Besatzungsmächten. Zudem zählten auch jene Personen dazu, denen das Recht einer Einreise von Seiten der österreichischen Regierung nicht erlaubt wurde. Unter diese Bezeichnung fielen unter anderem die Nationalitäten Kanada, Britannien, Frankreich, Dänemark, Griechenland, Holland, Italien, Schweiz, Schweden und die Vereinigten Staaten.⁵

Auch die internationalen Hilfsorganisationen UNRRA, IRO und das Amt des UNHCR benötigen eine eigene Erklärung. Für die Darstellung der Flüchtlingssituation in der Nachkriegszeit im Bezirk wird ein kurzer geschichtlicher Überblick des Bezirks vorangestellt. Erkenntnisse über die Flüchtlingssituation von 1945 bis 1955 im Bezirk können mit Hilfe der BH Akten Voitsberg und dem schriftlichen Quellenmaterial im Stadtmuseum gewonnen werden. Ein großer Dank geht an die MitarbeiterInnen des Stadtmuseums Köflach, die mir bei meiner Recherche sehr behilflich und zuvorkommend waren.

1.1. Forschungsstand

Das Thema „Flüchtlinge“ in der Nachkriegszeit in Österreich wurde bereits intensiv beforscht, es liegen darüber zahlreiche wissenschaftliche Publikationen vor. Bereits in den 1950er Jahren entstanden wissenschaftliche Werke über die Flüchtlinge in Österreich. Vor allem die zwei großen Flüchtlingsgruppen, der „Displaced Persons“ und den deutschsprachigen Minderheiten, wurden mehrfach, hinsichtlich verschiedener Themenschwerpunkte wissenschaftlich bearbeitet.

Um einen ersten Überblick über die vorhandene Forschungsliteratur zum Thema Flüchtlinge zu bekommen, eignen sich die zwei Bibliographien von Gertrud *Krallert-Sattler*^{6&7}. Yvonne

⁵ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 23.

⁶ Gertrud *Krallert-Sattler*, Auswahlbiographie zum Flüchtlings- und Zwangswanderungsproblem (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Band XV, Wien 1985).

⁷ Gertrud *Krallert-Sattler*, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz (Wien 1989).

von *Stedingk*⁸ legte 1970 eine umfangreiche Studie über die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg vor. Diese beinhaltet unter anderem die wichtigsten Definitionen zu Flüchtlingen bzw. zu den „Displaced Persons“ und den deutschsprachigen „Heimatvertriebenen“. Auch auf die internationalen Flüchtlingsorganisationen wie die UNRRA und die IRO sowie die UNHCR wird eingegangen. Zuvor war bereits die Studie von Tony *Radspieler* „The Ethnic German refugee in Austria“⁹ erschienen. Diese bereits 1955 publizierte Arbeit umfasst die wichtigsten Fakten zu den deutschsprachigen Minderheiten in Österreich.

Für das Kriegsgeschehen der letzten Monate in Österreich muss die Arbeit von Manfred *Rauchensteiner*¹⁰ genannt werden. Darin behandelt er den Land- und Luftkrieg. Zudem werden die letzten östlichen Kampfhandlungen in den einzelnen Bundesländern wiedergegeben sowie die Kapitulation der verschiedenen Einheiten, wie z.B. der Heeresgruppe Ostmark oder der 6. Panzer-Armee. Der Raum Voitsberg wird in der Arbeit ebenfalls als Durchzugsgebiet von vielen Menschen, Fahrzeugen und Pferden angegeben. So wählte z.B. das IV. SS-Panzerkorps die Route von Graz über Köflach und Zeltweg in das obere Murtal zum Rückzug.¹¹

Eine Aufarbeitung für das Bundesland Steiermark in Bezug auf die allgemeine Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit für die Steiermark in Form der Landesgeschichte wurde ebenfalls bereits in großem Umfang gemacht. Einen wirklich guten Überblick über die Situation der letzten Kriegsmonate sowie die nachfolgenden Jahre der Besatzung in der Steiermark gibt das Buch „Die Neue Steiermark. Unser Weg 1945-2005“¹², welches von Josef *Riegler* herausgegeben wurde. Dieser Band behandelt sowohl den politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aspekt, als auch die Sozial- und Alltagsgeschichte, Medien, Kultur und Sport der Nachkriegsjahre bis zum Jahr 2005. Für die Nachkriegszeit wird nicht nur die britische Besatzung erörtert, sondern auch die Flüchtlinge im Land.

⁸ Yvonne von *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem zweiten Weltkrieg (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Bd. VI., Wien 1970).

⁹ Tony *Radspieler*, The ethnic German refugee in Austria. 1945 to 1954 (Den Haag 1955).

¹⁰ Manfred *Rauchensteiner*, Der Krieg in Österreich 1945 (Wien 1984²).

¹¹ *Rauchensteiner*, Der Krieg in Österreich 1945, 379.

¹² Josef *Riegler*, Hg., Die neue Steiermark. Unser Weg 1945 – 2005 (Graz 2005).

Weitere umfassende Werke zum Themenkomplex der Nachkriegszeit in der Steiermark gibt es von Walter *Zitzenbacher*¹³ und Siegfried *Beer*¹⁴. *Zitzenbacher* verfasste eine Landeschronik der Steiermark. Diese beginnt mit der Urgeschichte und geht bis zum Jahr 1988. Neben der historischen Entwicklung des Bundeslandes, werden auch die einzelnen steirischen Bezirke näher beschrieben. Bei der Publikation von *Beer* handelt es sich um ein Sammelwerk, das von ihm herausgegeben wurde. Darin geht es um die britische Besatzung in der Steiermark und um ihre Besatzungspolitik. Zudem gibt es auch hier für das Thema Flüchtlinge ein eigenes Kapitel, welches von Gabriela *Stieber* verfasst wurde.

Hinsichtlich der Forschungsliteratur zu Flüchtlingen, vor allem in der Steiermark, muss die Autorin Gabriela *Stieber*¹⁵ genannt werden. Sie hat bereits zahlreiche wissenschaftliche Bücher zum Flüchtlingswesen in Österreich und zu den Flüchtlingslagern, hier im Speziellen für Kapfenberg, verfasst. Auch die Historikerin Edda *Engelke*¹⁶ leistete durch wiedergefundene Akten der Sicherheitsdirektion große Hilfe zur Aufarbeitung der Flüchtlinge in der Nachkriegszeit in der Steiermark. Weitere AutorenInnen, die zu dem Themenkomplex Flüchtlinge bzw. der Displaced Persons und der deutschsprachigen Minderheiten in Österreich viel publiziert haben sind, neben den bereits erwähnten *Stieber* und *Stedingk*, *Scheuringer*¹⁷ und *Albrich*. *Scheuringer* nimmt die deutschsprachigen Flüchtlinge und die Integration von ihnen in Österreich nach Ende des Zweiten Weltkriegs in den Blickpunkt ihrer Forschung. *Albrich*¹⁸ schreibt insbesondere zu den Themen „Displaced Persons“ und den jüdischen Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Eine Fachliteratur allein hinsichtlich der Flüchtlinge in der Nachkriegszeit nur für den Bezirk Voitsberg gibt es nicht. Der Bezirk wird, wenn überhaupt, nur in wenigen Worten in den vereinzelt wissenschaftlichen Arbeiten, die sich auf das Thema Flüchtlinge beziehen, erwähnt. Hinsichtlich der Geschichte des Bezirks Voitsberg bieten die beiden

¹³ Walter *Zitzenbacher*, Hg., Landeschronik Steiermark (Wien 1988).

¹⁴ Siegfried *Beer*, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommision für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995).

¹⁵ Gabriela *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark (Graz 1997).

¹⁶ Edda *Engelke*, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“. Die illegalen Überschreitungen am jugoslawisch-steirischen Grenzabschnitt in den Fünfzigerjahren (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark Bd. 56, Wien 2011).

¹⁷ Brunhilde *Scheuringer*, Dreißig Jahre danach. Die Eingliederung der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Band XIII, Wien 1983).

¹⁸ Thomas *Albrich*, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1948 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 1, Innsbruck 1987).

Bezirkschroniken von Walter *Brunner*¹⁹ einen umfassenden Überblick. Erwähnung darin findet auch die Flüchtlingslage im Bezirk in den letzten Kriegswochen bzw. in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Insbesondere im zweiten Teil, im Bezirkslexikon, gibt es eine gute übersichtliche Auflistung der Flüchtlinge und „Heimatvertriebenen“ in den einzelnen Ortschaften des Bezirks.

Neben den wissenschaftlichen Werken gibt es auch zahlreiche persönliche Berichte von ehemaligen Flüchtlingen und ihren Angehörigen. Unter dieser Literaturreihe ist vor allem die Publikation „Der Tote im Bunker“ von Martin *Pollack* zu erwähnen, in der er sich kritisch mit der Vergangenheit seiner Familien auseinandersetzt. In dieser geht er seiner eigenen Familiengeschichte rund um seinen Vater, einem ehemaligen SS-Sturmabführer, der in der Gottschee geboren wurde, nach.²⁰

Zudem liegen Publikationen von Betroffenen bzw. ehemaligen Flüchtlingen vor, die sich auch auf den weststeirischen Bezirk beziehen. Zu erwähnen sind die Werke von Matthias *Stolz*²¹ und die Publikation „Die Donauschwaben in der Steiermark. Ein Rückblick auf 15 Jahre Vertreibung und Heimatsuche sowie auf 10 Jahre schwäbischer Hilfsverein in der Steiermark“²² von Michael *Müller*. In dem Werk von *Müller* werden die beiden Siedlungen (die Ritler-Siedlung in Voitsberg und die Siedlung Pichling in Köflach), die von Flüchtlingen eigenständig oder mit Hilfe der Nachbarn entstanden sind, erwähnt wird. Ein weiteres sehr detailliertes Werk über die sogenannten „Volksdeutschen“ in der Steiermark gab Helmut *Strobl*²³ raus. Diese Publikation erschien im Jahr 1988 und enthält umfangreiche Details hinsichtlich der sogenannten „Volksdeutschen“ aus Gottschee und Bukowina, den „Deutsch-Untersteirer“, „Donauschwaben“, „Siebenbürger Sachsen“ und den „Sudetendeutschen“. Auch Informationen zum Bezirk Voitsberg hinsichtlich der Ansiedlung und der Vereinsgründungen lassen sich hier finden.

¹⁹ Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011). & Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon (Graz 2011).

²⁰ Martin *Pollack*, Der Tote im Bunker. Bericht über meinen Vater (Wien 2004).

²¹ Matthias *Stolz*, Krndija. Heimatbuch. Slawoniendeutsches Dorf ausgelöscht (Graz 1987).

²² Michael *Müller*, Hg., Die Donauschwaben in der Steiermark. Ein Rückblick auf 15 Jahre Vertreibung und Heimatsuche sowie auf 10 Jahre schwäbischer Hilfsverein in der Steiermark (Graz 1960).

²³ Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988).

1.2. Methoden

Da sich diese Arbeit mit einem regional begrenzten Gebiet, dem weststeirischen Bezirk Voitsberg beschäftigt, entschied ich mich dazu mit den Methoden der Regionalgeschichte zu arbeiten. In Deutschland wuchs die Regionalgeschichte in den 1970er Jahren aus der Landesgeschichte, welche im Gegenzug immer mehr in den Hintergrund trat. Die Regionalgeschichte bzw. ihre Betrachtungsweise entstammte der Strukturgeschichte und behandelt die Verbindung vom großen Zusammenhang mit dem kleinen Detail. „Eine Region ist eine sich wandelnde sozialräumliche Einheit, die modellhaft ähnliches Handeln und Wirken einer menschlichen Gesellschaft abbildet.“²⁴ Durch die verschiedenen Fragestellungen und Erkenntnisinteressen der Forscher sowie der verschiedenen Arbeitstechniken, Methoden und der Materialaufarbeitung mit der anschließenden Darstellungsweise, entstehen verschiedene geschichtliche Raumzuordnungen.²⁵

In der Regionalgeschichte gibt es verschiedene Zugangsweisen. Diese reichen von der Strukturgeschichte bis zum klassischen Historismus, der Wahrnehmungsgeschichte und den handlungstheoretischen Zugangsweisen. In Österreich versuchten die einzelnen Landesregierungen einen Landespatritismus der Bundesländer zu fördern. So haben alle Bundesländer ihr eigenes Landesarchiv und eigene Landesmuseen. Lange Zeit war die Landesgeschichte im Historismus gefangen und erst in den 1970er bzw. 1980er Jahren begann in der Forschung eine kritische Aufarbeitung. In dieser Zeit gab es eine Verschiebung der Nationenforschung auf die Länder und auf Regionen. Um gesellschaftliche und wirtschaftlich Entwicklungen wie auch Handlungszusammenhänge besser darstellen zu können, war eine Eingrenzung des Forschungsgebiets nötig. Die Historische Sozialwissenschaft nutzt die Regionalgeschichte als Forschungsfeld. Hier wird die wechselseitige Abhängigkeit der verschiedenen Wirkfaktoren wie der Kommunikation, Sozialstruktur und Wirtschaft sowie den Mentalitäten und der kulturellen Ausdrucksformen auf einem möglichst überschaubaren Gebiet untersucht.²⁶

²⁴ Carl-Hans *Hauptmeyer*, Zu Theorien und Anwendungen der Regionalgeschichte. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21. 1997/1998 (Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1999) 121-130, hier 123.

²⁵ *Hauptmeyer*, Zu Theorien und Anwendungen der Regionalgeschichte, 122f.

²⁶ Hanns *Haas*, Länderzeitgeschichte – Regionale Zeitgeschichte. In: Jiří *Pešek*/Oliver *Rathkolb*, Zeitgeschichte in Bewegung. Die österreichische Erforschung des 20. Jahrhunderts (Karls-Universität Prag 2013) 28-54, hier 28-31.

In den 1970er Jahren vollzog sich ein Paradigmenwechsel zur Gesellschafts- und Sozialgeschichte. Dadurch entstanden auch die analytischen Methoden, welche nur in den Regionen angewandt wurden. Die regionalen Forschungsbeispiele wurden dann in die Gesamtdarstellung übertragen und eingeordnet. Die Synthese der Landesgeschichte ist auf der einen Seite jene, die den Anspruch auf eine wissenschaftliche Theorie bzw. eine Rahmenerzählung aufweist, welche den anderen Bereichen, wie der Kultur oder Gesellschaft zuzuordnen ist. Auf der anderen Seite geht die Synthese noch weiter. Dabei werden verschiedene Teilbereiche zusammengezählt und in einer Gesamtdarstellung aufgezeigt. Nach Freitag kann die Regionalgeschichte diese Synthesen nicht aufweisen und daher ist sie nur eine Methode, welche den Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft untergeordnet ist. Zudem besitzt die Regionalgeschichte weder eine eigene Heuristik noch eigene Erkenntnisinteressen, woraus sich seiner Meinung nach in diesem Bereich eine Methode, neben den Punkten Kritik und Interpretation zusammensetzt. Der Anspruch einer umfassenden Synthese hinsichtlich einer Gesamtaussage kann in der Landesgeschichte nicht eingehalten werden. Die strukturgeschichtliche Herangehensweise ermöglicht jedoch die Gefahren des Historismus, nur die Dynastien und großen Männer zu sehen, zu umgehen. Bei der Regionalgeschichte handelt es sich um Zugriffe der neo hermeneutischen oder analytischen Art und sie behandelt aktuelle Fragestellungen. Zuständig für die Synthesen sind also die Epochen- oder Querschnittsfächer der Geschichtswissenschaft. Diese benötigen jedoch die Zusammenarbeit mit der Regionalgeschichte. Nur am Ort können historische Subjektivität und Objektivität bestimmt werden. Diese werden wiederum für die Ermittlung von Handlungsräumen und Selbstverständnis benötigt.²⁷ Hermeneutik ist die Methodenlehre des Interpretierens von Texten und Reden. In der Geschichtswissenschaft wird durch die Erkenntnis der Quelle eine Rekonstruktion versucht, um bestimmte geschichtliche Prozesse oder Sachverhalte zu erhalten.²⁸ In der Strukturgeschichte, welche ein Teil der Sozialgeschichte ist, werden Prozesse, Strukturen sowie Ereignisse im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich untersucht. Die Strukturgeschichte vereint hermeneutische und analytische Methoden. Der Begriff Struktur verbreitete sich in Frankreich bzw. in der französischen Geschichtswissenschaft in den 1950er Jahren.²⁹

²⁷ Werner Freitag, Landesgeschichte als Synthese – Regionalgeschichte als Methode? In: Westfälische Forschungen 54 (2004) 191-305, hier 291-300.

²⁸ Axel Bühler, Grundprobleme der Hermeneutik. In: Axel Bühler, Hg., Hermeneutik. Basistexte zur Einführung in die wissenschaftstheoretischen Grundlagen von Verstehen und Interpretation (Heidelberg 2003) 3-19, hier 5f.

²⁹ Dieter Groh, Strukturgeschichte als „totale“ Geschichte? (1971). In: Theodor Schieder/Kurt Gräubig, Hg., Theorieprobleme der Geschichtswissenschaft (Darmstadt 1977) 311-351, hier 328 & 339.

Ein komparatistischer Vergleich stellt sich bei den Zahlen der Flüchtlinge, Displaced Persons und den deutschsprachigen Minderheiten, welche sich in den ersten Nachkriegsjahren in Österreich, konkret in der Steiermark und im Bezirk Voitsberg aufhielten. Die Zahlengaben unterliegen in der Fachliteratur zum Teil starken Schwankungen. Durch die empirischen Erhebungen aus den Akten der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg, welche sich im Steiermärkischen Landesarchiv befinden, werden Informationen betreffend der Flüchtlinge im Bezirk erhoben. Diesbezüglich kann vor allem die Zahl der sich im Bezirk befindenden „Ausländer“ bzw. Flüchtlinge in den Jahren zwischen 1945 und 1952 ermittelt werden. Das im Steiermärkischen Archiv gefundene Quellenmaterial wird mit Hilfe der historischen Diskursanalyse nach *Landwehr*³⁰ in die Arbeit eingebunden.

Die Berichte von drei Zeitzeuginnen³¹ (zwei aus Krndija und eine aus Gottschee), entnommen aus dem Stadtarchiv Köflach, erbrachten Erkenntnisse über die Flucht und Ansiedlung im Bezirk. Durch ein persönliches Gespräch mit zwei der drei Zeitzeuginnen erhielt ich weitere Informationen. Bei dem Gespräch achtete ich auf den Aufbau der Methode von narrativen Interviews nach *Sieder*. Punkte des narrativen Interviews sind die Kontaktaufnahme mit den Zeitzeuginnen, meine persönliche Vorstellung, die Einladung mir ihre Geschichte zu erzählen, der von mir vorgegebenen Erzählzeitraum von 1945 bis 1955 und das Nachfragen. Der letzte Punkt bezog sich vor allem auf weitere Fragen bezüglich der Integration und der Hilfsvereine für die verschiedenen deutschsprachigen Minderheitsgruppen.³² Weitere schriftlich erhaltene Zeitzeugenberichte, die sich im Stadtmuseum Köflach befinden, erzählen von der Situation im Bezirk nach Kriegsende. Diese Arbeit soll die Lage der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg aufzeigen und wird geographisch durch die Heranziehung des weststeirischen Bezirks Voitsberg, eingegrenzt. Dabei muss die politische, ökonomische und soziale Struktur des Bezirks berücksichtigt werden.

³⁰ Achim *Landwehr*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse (Tübingen 2001).

³¹ Die Namen der ZeitzeugInnen werden in der Arbeit unter den Anfangsbuchstaben ihres Vornamens und Nachnamens angeführt.

³² Reinhard *Sieder*, Erzählungen analysieren – Analysen erzählen. Praxeologisches Paradigma, Narrativ-biographisches Interview, Textanalyse und Falldarstellung. Beitrag aus Karl R. *Wernhart*/Werner *Zips*, Hg., Ethnohistorie. Rekonstruktion, Kulturkritik und Repräsentation. Eine Einführung (Wien 2014⁴) 11.

2. Österreich als Flüchtlingsland?

Eine exakte Angabe zur tatsächlichen Anzahl von „Displaced Persons“ und Flüchtlingen in den ersten Nachkriegsjahren in Österreich kann nicht gemacht werden. In der Forschungsliteratur treten immer wieder Abweichungen auf. Die Zahlen beruhen deshalb meist auf Schätzungen und auch wenn es sich dabei um Statistiken handelt, sind die Angaben nicht immer korrekt.

Neben der schlechten wirtschaftlichen Lage von Österreich nach Ende des Krieges und aufgrund der großen Anzahl von alliierten Kriegsgefangenen³³ kam es zu einem Arbeiterkräftemangel. Durch die herannahende Front flüchteten etwa 1,6 Millionen Menschen nach Österreich und somit hielten sich bei Kriegsende viel mehr Menschen in Österreich auf, als im Jahr 1939, obwohl viele Österreicher in Kriegsgefangenschaft waren.³⁴

Österreich war in der unmittelbaren Nachkriegszeit, welche von den Folgen des Zweiten Weltkrieges geprägt war, in erster Linie ein Transitland. Zu den Todesopfern im Zweiten Weltkrieg zählen österreichische Angehörige der deutschen Wehrmacht, ÖsterreicherInnen, die sich im KZ befanden, österreichische Jüdinnen und Juden, Zivilisten, ÖsterreicherInnen, die in Haft der Gestapo waren und ÖsterreicherInnen die hingerichtet wurden. Die Folgen des Krieges waren auf der einen Seite ein enormer Arbeitermangel aufgrund des Bevölkerungsrückganges, auf der anderen Seite gab es sowohl fremdsprachige als auch deutschsprachige Flüchtlinge. Die Zahl dieser belief sich auf 1 432 000 Flüchtlinge und „Displaced Persons“ in Österreich. Davon verließen aber 873 114 Menschen, entweder durch eine freiwillige Rückkehr in ihr Heimatland, Weiterwanderung oder Repatriierung, bereits im Jahr 1946 wieder das Land. Eine neue Flüchtlingswelle setzte im Jahr 1947 ein. Mit dieser verschlug es nochmal 113 425 Menschen, besonders die „vertriebenen Volksdeutschen“ Flüchtlinge nach Österreich. Gründe dieser erneuten Flüchtlingswelle waren vor allem der Mangel an Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie, aber auch an FacharbeiterInnen. Dadurch wurden viele Flüchtlinge zu einer Auswanderung gezwungen.³⁵

³³ Bei *Rauchensteiner* beläuft sich die Kriegsgefangenen Zahl auf 600 000. (*Rauchensteiner*, Der Krieg in Österreich, 394).

³⁴ Felix *Schneider*, „To Keep the Austrians Alive“. Wirtschaftliche Aspekte britischer Zonenpolitik im besetzten Österreich 1945/46. In: Siegfried *Beer*, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommision für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 157.

³⁵ Brigitta *Windisch*, Kommen. Bleiben. Gehen. Südosteuropäische Flüchtlinge in der Steiermark (1945-1992) (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek Bd. 28, Wien/Köln/Weimar 1994) 87f.

Bis 1948 stieg die Zahl der „volksdeutschen“ Flüchtlinge weiter an. Verantwortlich dafür waren unter anderem die Freilassung „volksdeutscher“ Kriegsgefangener, die nicht in ihre Heimatländer entlassen werden konnten sowie Zwangsarbeiterinnen aus Ungarn, Jugoslawien und Polen die von der Sowjetunion verschleppt worden sind und nun entlassen wurden. Zudem kam die Flucht von internierten „Volksdeutschen“ aus jugoslawischen Lagern.³⁶

Bereits bei Kriegsende hielten sich viele jüdische KZ-Häftlinge und ehemalige ungarische Jüdinnen und Juden, die als ZwangsarbeiterInnen bei der Arbeit am Bau des Südostwalls eingesetzt wurden, in Österreich auf. Vor allem für die jüdischen „Displaced Persons“ galt Österreich als wichtigstes Transitland. Grund dafür war die geographische Lage von Österreich und die Asylpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht. Dadurch nahm das Land die Position eines sogenannten Drehkreuzes zwischen Italien und Deutschland ein.³⁷

Nach den Angaben von *Stedingk* befanden sich am Ende des Zweiten Weltkrieges 1 650 000 fremde Personen innerhalb von Österreich. Auch diese Angaben waren wieder etwas höher als bei *Windisch* oder *Schneider*. Unter diese Kategorisierung von „Fremden“ verstehen sich nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter sowie „Kollaborateure“³⁸ und die sogenannten „Volksdeutschen“ und Südtiroler. Viele von diesen Menschen konnten bereits nach kurzer Zeit mit Hilfe der Alliierten und der UNRRA in ihr Heimatland repatriert werden.³⁹ Zudem befanden sich auch ehemalige zivile ausländische ZwangsarbeiterInnen, befreite KZ-Häftlinge, während der NS-Zeit aus ihrer Heimat Zwangsdeportierte und „Reichsdeutsche“⁴⁰ in Österreich. Die „Reichsdeutschen“ betätigten sich unter anderem politisch für die Nationalsozialisten oder waren Evakuierte.⁴¹

In den Jahren von 1945 bis 1955 gab es einen Zustrom von 1 576 461 Personen, wovon

³⁶ Gabriela *Stieber*, Volksdeutsche und Displaced Persons. In: Gernot *Heiss*/Oliver *Rathkolb*, Hg., Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd. 25, Wien 1995) 140-156, hier 146.

³⁷ Thomas *Albrich*, Zwischenstation des Exodus. Jüdische Displaced Persons und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Gernot *Heiss*/Oliver *Rathkolb*, Hg., Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd. 25, Wien 1995) 122-139, hier 122f.

³⁸ Übernommen von der Autorin *Stedingk*.

³⁹ *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 29.

⁴⁰ Als „Reichsdeutsche“ wurden jene Personen bezeichnet die Deutsche waren, welche im „Altreich“ lebten und nach dem sogenannten „Anschluss“ von Österreich an das Deutsche Reich in Österreich sesshaft wurden. Zu Kriegsende hielten sich ca. 346 000 „Reichsdeutsche“ in Österreich auf. (*Stickler*, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland, 417).

⁴¹ Thomas *Albrich*, Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945-1948. In: Günter *Bischoff*/Josef *Leidenfrost*, Hg., Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 4, Innsbruck 1988) 217-244, hier 218.

1 078 622 entweder wieder in ihre Heimat zurückgingen, weiterwanderten oder repatriiert wurden. Lediglich 419 338 von den nach Österreich kommenden Personen wurden auch eingebürgert. Mit Hilfe der internationalen Hilfsorganisation UNRRA, konnten 202 337 Menschen zwischen den Monaten März 1946 und Juni 1947 repatriiert werden. Zwischen den Jahren 1945 und 1950 zogen ca. 1 Million Menschen durch Österreich.⁴²

Laut einer Statistik des Sozialministeriums von Österreich, hielten sich 577 793 Flüchtlinge im Juli 1948 in Österreich auf. Unter diesen waren 136 800 Flüchtlinge mit einer anderen Muttersprache, 19 100 jüdische „Displaced Persons“ und 421 893 hatten Deutsch als Muttersprache.⁴³ Die Anzahl der in Österreich befindlichen Jüdinnen und Juden nach Kriegsende war bei *Albrich* wesentlich höher als bei *Stolz*. Dennoch müssen auch diese Angaben, „von etwa 30 000“ Jüdinnen und Juden, mit Vorbehalt betrachtet werden, da die Statistiken Schwankungen unterliegen. Dennoch dürfte diese Angabe nach *Albrich* realistisch sein.⁴⁴

Nach *Fassmann* und *Münz* wurden alle reichen Industrieländer „in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“⁴⁵ gegen ihren Willen zu Einwanderungsländern und etwa 530 000 Flüchtlinge blieben in Österreich. Österreich ist jedoch nicht nur ein Einwanderungsland, sondern auch ein Auswanderungsland. So wanderten nach 1945 auch viele ÖsterreicherInnen nach Übersee aus.⁴⁶ Zielländer der ÖsterreicherInnen waren vor allem jene Länder, wie die klassischen Einwanderungsländer Australien, USA und Kanada, in denen sie sich einen besseren Lebensstandard erhofften. Der Beweggrund dabei war die wirtschaftliche Verbesserung der eigenen Situation. Unter den Zielländern befanden sich unter anderem zudem Deutschland, Frankreich, Schweden und die Schweiz.⁴⁷

Viele der Flüchtlinge während bzw. unmittelbar nach dem Krieg hatten sich in den nachfolgenden Jahren gut in die österreichische Gesellschaft integriert und die österreichische Staatsbürgerschaft erworben. Sie fanden Arbeit in einer leitenden Position, wurden BeamtenInnen oder Angestellte, nur wenige blieben als HilfsarbeiterInnen tätig.⁴⁸ Neben den Bezeichnungen von Österreich als Transitland oder Einwanderungsland in den Nachkriegsjahren muss auch die Bezeichnung von *Albrich*, der Österreich als Asyl- und

⁴² *Windisch*, Kommen. Bleiben. Gehen, 89 & 102.

⁴³ *Stolz*, Krndija. Heimatbuch, 239.

⁴⁴ *Albrich*, Exodus durch Österreich, 20.

⁴⁵ Heinz *Fassmann*/Rainer *Münz*, Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen (Wien 1995) 7.

⁴⁶ *Fassmann*/*Münz*, Einwanderungsland Österreich?, 7 & 34-67.

⁴⁷ Adelheid *Bauer-Fraiji*/Abderrahim *Fraiji*, Auswanderung von Österreichern und Österreicherinnen nach 1945. Statistische Darstellung. In: Traude *Horvath*/Gerda *Neyer*, Hg., Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 1996) 279-321, hier 279f.

⁴⁸ *Fassmann*/*Münz*, Einwanderungsland Österreich?, 7 & 34-67.

bezeichnete, genannt werden. Nach *Albrich* war Österreich ein „Asylland wider Willen“⁴⁹. Während der Besatzungszeit von zehn Jahren war die Rolle von Österreich in der Flüchtlingspolitik und in seiner Position ein Flüchtlingsland zu sein eher unfreiwillig.⁵⁰ In einem Bericht des Bundespressediensts wird Österreich ebenfalls als Asylland bezeichnet.⁵¹ Exakte Angaben über die tatsächliche Anzahl der Flüchtlinge und „Heimatvertriebenen“ in den ersten Nachkriegswochen lassen sich nicht vollständig machen. In der Forschungsliteratur finden sich verschiedene Angaben über die Anzahl der Flüchtlinge in Österreich sowie auch der österreichischen Kriegsoffer und der sogenannten „Durchziehenden“. Nach den Forschungen von *Windisch* war Österreich aber in erster Linie ein Transitland. Österreich war jedoch nicht nur ein Transitland, sondern wie die Forschungen von *Fassmann* und *Münz* zeigen ein Einwanderungs- und Auswanderungsland. Zwar sind viele der Flüchtlinge in den nachfolgenden Jahren wieder ausgewandert, wie es in einem späteren Kapitel näher dargestellt wird, dennoch sind auch viele geblieben und haben sich in die österreichische Gesellschaft integriert.

2.1. „Flüchtlinge“, „Heimatvertriebene“ und „Umsiedler“

Zunächst stellt sich die Frage, wer ist überhaupt ein Flüchtling? Laut der „Genfer Flüchtlingskonvention“, welche im Jahr 1951 am 28. Juli festgelegt wurde, waren jene Menschen Flüchtlinge

„die infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind, und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer „Rasse“⁵², Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will“⁵³

⁴⁹ *Albrich*, Asylland wider Willen, 239.

⁵⁰ *Albrich*, Asylland wider Willen, 239.

⁵¹ Bundespressedienst, Hg., Österreich als Asylland (Wien 1981) 7.

⁵² Der Ausdruck „Rasse“ steht so in der Genfer Flüchtlingskonvention und wurde hier übernommen, jedoch unter Anführungszeichen gesetzt.

⁵³ Online unter:

<http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf> (30. Mai 2016).

Die Opfer von Nationalitätenkonflikten, Naturkatastrophen und Hungersnöten sowie wie jene von Bürgerkriegen sind von der „Genfer Flüchtlingskonvention“ jedoch ausgeschlossen. In den unmittelbaren Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, war das Wort „Flüchtling“ nicht präsent. In dieser Zeit wurde zwischen „Umsiedlern“, „Heimatvertriebenen“, die eine deutsche Zugehörigkeit besaßen, und „Displaced Persons“ unterschieden. Die deutschsprachigen Flüchtlinge wurden sowohl von der österreichischen Regierung, als auch von privaten Flüchtlingshilfswerken betreut. Hingegen wurden jene Flüchtlinge, die aus den alliierten Ländern kamen, und die „Displaced Persons“ von den internationalen Flüchtlingsorganisationen UNRRA und IRO (International Refugee Organization, dt. Internationale Flüchtlingsorganisation) betreut.⁵⁴

Neben den „Displaced Persons“ und den deutschsprachigen Flüchtlingen gab es noch die Gruppe der Wirtschaftsflüchtlinge, welche aus wirtschaftlichen Anlässen aus ihrer Heimat geflüchtet sind. Jedoch werden diese Personen nicht als Flüchtlinge im Sinne der „Genfer Flüchtlingskonvention“ gesehen, da sie nicht nachweisen konnten, dass sie

„aus wohlbegründeter Furcht vor einer Verfolgung oder wegen ihrer Nationalität oder politischen Gesinnung ihre Heimat verlassen haben“⁵⁵.

Am Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich in den Köpfen der Menschen immer mehr die Idee eines „ethnisch reinen Nationalstaats“⁵⁶ durch. In Folge des Ersten Weltkrieges wurde das Thema der Bevölkerungsumsiedlung zu einem politischen Instrument gemacht. Diese Politik erreichte im Zweiten Weltkrieg durch die Deportationen, Umsiedlungen sowie „Vertreibungen“ der Menschen ihren Höhepunkt. In Deutschland endete es durch die nationalsozialistische und rassistisch begründete Eroberungs-, sowie Vernichtungspolitik in der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden. Die Vertreibung der Menschen nahm jedoch auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kein Ende. Noch immer war es von den einzelnen Staaten das Ziel, einen möglichst homogenen Staat zu errichten. Dieser Politik fielen, während des Zweiten Weltkrieges sowie in der Nachkriegszeit schätzungsweise zwischen 60 und 80 Millionen Menschen zum Opfer.⁵⁷ Die Flucht und Vertreibung der deutschsprachigen Minderheiten aus den südosteuropäischen Ländern begann mit dem

⁵⁴ Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 16f.

⁵⁵ Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 4.

⁵⁶ Matthias Beer, Umsiedlungen, Deportationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts. Einzigartigkeit und Vergleichbarkeit. In: Dieter Bingen/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst, Hg., Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen. Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt Bd. 18, Wiesbaden 2003) 208-214, hier 208.

⁵⁷ Beer, Umsiedlungen, Deportationen und Vertreibungen im Europa, 208.

Zweiten Weltkrieg und hörte nicht etwa mit dessen Ende auf, sondern erst zu Beginn der 1950er Jahre. Während dieser Zeit gab es verschiedene Phasen der Intensität der Vertreibung.⁵⁸

Als „Umsiedler“ wurden jene Personen bezeichnet, die im Krieg von ihrem Heimatland, aufgrund ihrer, nach der Definition der Nationalsozialisten, deutschen Zugehörigkeit (wie z.B. Sprache und Kultur) umgesiedelt wurden. Ihr Heimatgebiet befand sich dabei außerhalb des Deutschen Reiches⁵⁹ bzw. in einem von ihnen besetzten Gebiet. Für die Umsiedlung entstanden verschiedene Verträge. So gab es einen Vertrag zwischen dem Königreich Italien und dem Deutschen Reich, welcher die Umsiedlung der Kanaltaler und Südtiroler enthielt. Dieser Vertrag kam bereits im Jahr 1939 zustande.⁶⁰ Die Umsiedlung an sich war kein neues Phänomen. Die Nationalsozialisten nutzten alte Traditionen für ihre Politik und radikalisierten sie dafür. Unter den Umsiedlungen der vergangen Zeit fallen die Völkerwanderung in Europa, die Besiedlung des amerikanischen Kontinents von Europäerinnen und Europäern und der Sklavenhandel in Afrika. Im Kontext der Umsiedlungen muss nach dem Zwangscharakter, der nationalen sowie internationalen Reichweite, dem völkerrechtlichen Charakter und nach der Bevölkerungsgruppe die davon betroffen ist sowie nach den ökonomischen Durchführungsbestimmungen gefragt werden.⁶¹

Weitere Verträge, welche eine Zwangsumsiedlung aus den jeweiligen Wohngebieten beinhalteten, gab es zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien sowie dem Deutschen Reich mit der Sowjetunion.⁶² Die Vereinbarungen der „Übersiedlung“ der „deutschstämmigen“ Bevölkerung aus den Interessensgebieten der Sowjetunion und die „Umsiedlung“ der weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung aus Ostpreußen sowie aus jenem Teil Polens, der von den Nationalsozialisten besetzt war, wurde 1939 im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt festgelegt. Zu den Interessensgebieten gehörten die zu jener Zeit noch formal gesehen unabhängigen baltischen Republiken.⁶³ Auch Bessarabien wurde in

⁵⁸ Arno *Surminski*, Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948 (Hamburg 2004) 39.

⁵⁹ Das Deutsche Reich bildete sich nach dem Ersten Weltkrieg. Ab 1933 war Adolf Hitler Reichskanzler von diesem Gebiet. Später wurde es, durch die Annexion von Österreich, den deutschsprachigen Gebieten von Polen und des „Sudetenlands“, zu dem „Großdeutschen Reich“. (Heimo *Halbrainer*/Gerald *Lamprecht*, Hg., Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer, Täter, Gegner (Innsbruck 2015) 401).

⁶⁰ *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 3.

⁶¹ Karl *Stuhlpfarrer*, Umsiedlung Südtirol. 1939 – 1940. Erster Teil (Wien/München 1985) 13-15.

⁶² Gabriela *Stieber*, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955. Dargestellt am Fallbeispiel der Lager Kapfenberg. In: Siegfried *Beer*, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommision für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 213-233 hier 213.

⁶³ Götz *Aly*, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden (Frankfurt am Main 1995) 40.

diesem Pakt ausdrücklich erwähnt. Im Jahr 1940 entstand zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion ein Umsiedlungsvertrag der die „freiwillige“ Umsiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung in Bessarabien sowie der nördlichen Bukowina beinhaltete. Jeder, der nach der Definition der Nationalsozialisten dem Begriff „Volksdeutscher“ entsprach, war dafür berechtigt und konnte den Wunsch zur Umsiedlung äußern. Viele „deutschstämmige“ Personen aus Bessarabien und Nordbukowina meldeten sich und ließen sich registrieren.⁶⁴

Die Familie der Zeitzeugin A. M. empfand das Wort „Umsiedler“ nicht als Schimpfwort, sondern als einen geläufigen, aber nicht abwertenden Terminus ihrer Situation bzw. ihrer Herkunft. Dennoch meinte sie, dass es auch Menschen gab, die diesen Begriff abwertend benutzten.⁶⁵

Die Begriffe „Heimatvertriebene“ oder „Vertreibung“ beinhalteten einen politischen Kampfbegriff, der sich hinsichtlich der Ost-West-Konflikte weiter ausbreitete. Das Ziel dieses Kampfbegriffs war, die kommunistischen Regierungen dieser „Vertreiberstaaten“ bei der Nennung des Unrechts an den Deutschen „moralisch zu diskreditieren“⁶⁶. Nach Ende des Krieges weigerten sich deshalb vor allem Polen und die Tschechoslowakei den Begriff „Vertreibung“ zu verwenden. Dessen ungeachtet wurde er von der amerikanischen Besatzung verordnet. Dieser Begriff sollte eine Endgültigkeit für die Flüchtlinge ausdrücken, ohne Hoffnung auf die Rückkehr in die Heimat. In Österreich wurde jedoch vermehrt der Begriff „Volksdeutsche Flüchtlinge“ verwendet.⁶⁷

„Heimatvertriebene“ Personen waren all jene die ihre Heimat und somit ihren Wohnsitz in Folge der Geschehnisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg verloren hatten. Diese Personen wurden entweder aus ihrer Heimat ausgewiesen, mussten flüchten oder wurden nachträglich ausgesiedelt. Sie wohnten nach der Grenzziehung von 1937 außerhalb des Deutschen Reiches bzw. der Republik Österreich.⁶⁸ Diese Idee der „Heimholung“ der deutschsprachigen Minderheiten aus den südosteuropäischen Ländern war bereits länger in den Köpfen der Menschen verankert. Doch erst ab 1933 konnten diesbezüglich genauere

⁶⁴ Dirk Jachomowski, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission Bd. 32, München 1984) 36 & 68 & 71.

⁶⁵ Gedächtnisprotokoll im Gespräch mit A. M. am 23. Mai 2016.

⁶⁶ Matthias Stickler, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland – ein Vergleich. In: Michael Gehler/Ingrid Böhrer, Hg., Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag (Innsbruck 2007) 416-435, hier 417.

⁶⁷ Stickler, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland, 417f.

⁶⁸ Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 3.

Pläne von den Nationalsozialisten angestrebt werden. Grundsätzlich erfolgte die Umsiedlung „freiwillig“, jedoch unterstanden die Betroffenen der Nazi-Propaganda „Heim ins Reich“ und der Angst, vor allem jener die im Osten angesiedelt waren, vor der herannahenden sowjetischen Armee. Den „Umgesiedelten“ wurden dann, wie z.B. in Polen, Wohnungen zugeteilt, deren Besitzer wiederum ebenfalls zwangsausgesiedelt wurden.⁶⁹ Durch diese Propaganda der Nationalsozialisten wurden ca. eine Million Personen, die zur Gruppe der deutschsprachigen Minderheiten in Kroatien, Rumänien, den drei baltischen Staaten, Bulgarien, Bosnien und Serbien gehörten, umgesiedelt.⁷⁰

Jene Flüchtlinge, „die vor dem 1. Jänner 1953“⁷¹ nach Österreich kamen, wurden als sogenannte „Altflüchtlinge“ und jene danach als „Neuflüchtlinge“ bezeichnet.⁷² Erst mit der Annahme einer neuen Staatsbürgerschaft, galt der Flüchtlingsstatus als beendet. Für die Erhaltung einer Staatsbürgerschaft in Österreich, mussten die AntragstellerInnen mindestens vier Jahre hier gelebt haben. Eine Erleichterung diesbezüglich gab es erst 1954 mit dem „Optionsgesetz“. Dieses Gesetz erkannte eine einfache Erklärung an, um österreichische/österreichischer StaatsbürgerIn zu werden.⁷³

2.2. Flüchtlingsgruppen in Österreich in der Nachkriegszeit

Neben den zwei großen Flüchtlingsgruppen der „Displaced Persons“ und den deutschsprachigen Minderheiten, den sogenannten „Volksdeutschen“ Flüchtlingen, gab es auch noch eine eigene Gruppe der Südtiroler. Die Südtiroler hätten eigentlich zu den sogenannten „volksdeutschen“ Flüchtlingen gezählt werden müssen, da sie in Italien ebenfalls eine deutschsprachige Minderheit darstellten. Aber durch das sogenannte „Hitler-Mussolini Abkommen“ wurden ihnen, nach ihrer Umsiedlung in Gebiete des Deutschen Reiches, eine „reichsdeutsche“ Staatsbürgerschaft erteilt. Somit wurde am 29. August 1945 von der österreichischen Regierung beschlossen, dass die Südtiroler einen Sonderstatus bekamen und damit die Rechte einer/eines österreichischen Staatsbürgerin und Staatsbürgers erhielten.

⁶⁹ Jan M *Piskorski*, Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts. (aus dem polnischen von Peter Oliver *Loew*, München 2013) 123f.

⁷⁰ *Surminski*, Flucht und Vertreibung, 29.

⁷¹ *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 29.

⁷² *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 29.

⁷³ *Stieber*, Volksdeutsche und Displaced Persons, 149.

Durch diesen Sonderstatus konnten sie nach Ende des Krieges wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Sie selbst sahen sich auch nicht als Flüchtlinge.⁷⁴

Durch mehrere Verträge die zwischen dem Deutschen Reich und dem faschistischen Italien im Jahr 1939 zustande kamen, mussten sich die deutschsprachigen sowie ladinischsprachigen und zum Teil auch italienischsprachigen SüdtirolerInnen entscheiden, welche Staatsbürgerschaft sie annehmen möchten. Diese Entscheidung musste Ende 1939 getroffen werden. Entweder die betroffenen SüdtirolerInnen entschieden sich für die deutsche oder für die italienische Staatsbürgerschaft. Die Option darüber entscheiden zu können, gehörte den männlichen Familienoberhäuptern. Lediglich Witwen oder unverheiratete volljährige Frauen konnten eine eigene Entscheidung darüber treffen. Wurde die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, beinhaltete dies eine Umsiedlung ins Deutsche Reich. Blieben sie in Italien, hatten sie keinen Minderheitenschutz mehr. Die Entscheidung für eine deutsche Staatsbürgerschaft trafen 86% der SüdtirolerInnen.⁷⁵

Jene, die die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und oft schon jahrelang in Südtirol ansässig waren, erhielten nicht die Option sich zwischen Deutschland oder Südtirol entscheiden zu können. Dabei handelte es sich auch um Personen, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Saint Germain durch Option ÖsterreicherInnen wurden. Diese mussten verpflichtend abwandern.⁷⁶ Nach Ende des Krieges gab es für die umgesiedelten SüdtirolerInnen das sogenannte „Optatendekret“ aus dem Jahr 1948. Dieses „Optatendekret ermöglichte ihnen, wieder um die italienische Staatsbürgerschaft anzuschreiben und dorthin rückzusiedeln. Die Mehrheit von ihnen blieb jedoch in Österreich.“⁷⁷

Erst im Jahr 1955 wurden jene deutschsprachigen Personen, welche die „reichsdeutsche“ Staatsbürgerschaft, aufgrund der Umsiedlungsaktionen unter den Nationalsozialisten erworben haben, von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt. Die Bundesrepublik Deutschland war dabei die „Rechtsnachfolgerin des Dritten Reichs“⁷⁸.⁷⁹ Des Weiteren gab es nach Kriegsende noch die sogenannten „österreichischen Flüchtlinge“, welche zwar die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, jedoch durch militärische Unternehmungen im

⁷⁴ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 44.

⁷⁵ Sabine Schweitzer, „...und dann sind wir herausgekommen...“. Zur Wahrnehmung von Option und Umsiedlung der SüdtirolerInnen. In: Historie des Alpes – Geschichte der Alpen – Storia delle Alpi (Bd. 3, Zürich 1998) 351-364, hier 355f.

⁷⁶ Stuhlpfarrer, Umsiedlung Südtirol, 155.

⁷⁷ Schweitzer, „...und dann sind wir herausgekommen...“, 356.

⁷⁸ Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, 146.

⁷⁹ Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, 146.

Moment heimatlos waren. Für die Versorgung der „österreichischen Flüchtlinge“ war Österreich verantwortlich.⁸⁰

2.3. „Displaced Persons“

Nach einer Definition des SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force) wurden Personen als „Displaced Persons“⁸¹ verstanden, welche

„sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfestellung nicht zu leisten vermögen“^{82 83}.

Der Begriff DP wurde von den Alliierten bereits während des Zweiten Weltkrieges verwendet. In der unmittelbaren Nachkriegszeit vollzog sich jedoch ein Bedeutungswandel des Wortes. Während des Krieges wurden jene Menschen als DPs bezeichnet, die durch die Nationalsozialisten von ihrer Heimat, welche zu diesem Zeitpunkt besetzt war, in deutsches Gebiet umgesiedelt wurden und dort als Zwangsarbeiter oder Fremdarbeiter tätig waren. Eine weitere Gruppe waren die sogenannten „Durchreisenden“, wovon es eine große Anzahl gab. Die „Durchreisenden“ besaßen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, sondern wurden im Laufe der Nachkriegswochen durch Repatriierungen zurück in ihre Heimat gebracht. Der Transport dieser Personen verlief dabei oft durch Österreich. Dem gegenüber standen Personen mit österreichischer Nationalität, welche sich während des Krieges nicht in Österreich aufgehalten hatten und danach wieder zurückkehrten. Dabei handelte es sich vor allem um jene Personen, die aufgrund ihres Glaubens, aber auch aus politischen, nationalen oder rassistischen Gründen, von den Nationalsozialisten verfolgt wurden.⁸⁴ In Österreich bzw. im deutschsprachigen Raum verankerten sich für den Begriff DP die Bezeichnungen „Verschleppte Personen“ oder „Versetzte“.⁸⁵

Schon im Jahr 1944 wurden von der internationalen Organisation UNRRA Pläne entwickelt, wie es nach Ende des Krieges mit diesen Menschen weitergehen sollte. Dafür zuständig

⁸⁰ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 18.

⁸¹ In weiterer Folge wird der Begriff „Displaced Person“ mit DP abgekürzt.

⁸² Martin Stiller, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit. Dargestellt anhand ausgewählter Beispiele aus Europa, Russland und den USA (Wien 2011) 94.

⁸³ Stiller, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit, 94.

⁸⁴ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 18f. & 23.

⁸⁵ Albrich, Asyl und wider Willen, 217.

waren DP Divisions in London und Washington. Die DP Divisions sollten den DP's bei der Heimkehr in ihre jeweiligen Heimatländer helfen. Darunter fielen DP's „der Vereinten Nationen und der assoziierten Staaten“⁸⁶. Sie hielten sich aufgrund des Krieges in Österreich auf und wollten wieder in die Heimat zurückkehren. Unter ihnen befanden sich ZwangsarbeiterInnen, freiwillige ArbeiterInnen sowie politische Gefangene.⁸⁷

Des Weiteren gab es „Feindliche DP's“ und DP's, welche StaatsbürgerInnen von ehemaligen feindlichen, kriegsführenden, oder neutralen Staaten waren. Dazu gehörten auch wieder ZwangsarbeiterInnen und freiwillige ArbeiterInnen, politisch Inhaftierte, aber auch ehemalige Gegner, welche allerdings nicht als Kriegsgefangene behandelt wurden. Zuletzt sind die staatenlosen Personen zu nennen, die Hilfe bei ihrer Wiederansiedlung brauchten. Zu dieser Personengruppe zählten jene, die sowohl ihre Staatsbürgerschaft nicht mehr besaßen oder diese nicht nachweisen konnten, als auch jene, bei der die Staatszugehörigkeit nicht bestimmt werden konnte. Diese Definition war jedoch zu ungenau und dies erforderte weitere Erklärungen dieses Begriffes.⁸⁸ Als Staatenlose wurden jene Personen bezeichnet, die von ihrem Heimatland ausgewiesen wurden. Zu dem Begriff „staatenlose Personen“, kam auch noch die Bezeichnung „de facto Staatenlosigkeit“ hinzu. Diese wurde für Personen verwendet, denen keine eindeutige Staatszugehörigkeit zugesprochen werden konnte. Die Betroffenen gehörten zwar offiziell einem Staat an, genossen jedoch keinen Schutz durch diesen.⁸⁹ Auch in den Bezirkshauptmannschaftsakten von Voitsberg tauchte der Begriff „de facto Staatenlose“ in den einzelnen Berichten auf, vor allem in Hinblick auf die sogenannten „Volksdeutschen“ war diese Definition der DP's schwierig anzuwenden.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden die sogenannten „Volksdeutschen“ zu „reichsdeutschen“ Staatsbürgern. Davor waren sie BürgerInnen von Staaten, welche nach Ende des Krieges zu den Vereinten Nationen gehörten. Außerdem sollten die Jüdinnen und Juden nicht in eine eigene Kategorie eingeordnet werden, sondern waren StaatsbürgerInnen in jenem Land, in welchem sie vor Beginn des Krieges lebten.⁹⁰ Viele der ungarischen Jüdinnen und Juden in Österreich versuchten in den ersten Kriegswochen zurück in ihre Heimat zu gelangen. Die sowjetische Militärkommission, welche sich in Linz befand, half ihnen beim Rücktransport. Nicht nur die ungarischen, sondern auch rumänische Jüdinnen und Juden wollten zurück in ihre Heimat.⁹¹

⁸⁶ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 19.

⁸⁷ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 18f.

⁸⁸ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 20.

⁸⁹ Stiller, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit, 42.

⁹⁰ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 20.

⁹¹ Albrich, Exodus durch Österreich, 20.

Ein beigelegtes Merkblatt vom 29. November 1952, welches das Amt der Steiermärkischen Landesregierung der BH Voitsberg schickte, enthielt die Definitionen von DP's und Flüchtlingen. Demnach waren DP's Personen mit einer nicht deutschsprachigen Sprachzugehörigkeit, welche in der Zeit vom 13. März 1938 bis 3. Mai 1945 von den Nationalsozialisten nach Österreich gebracht worden sind. Auch jene „Ausländer“ zählten zu den DP's, die ihren Aufenthalt bis zum 31. Oktober 1945 in Österreich hatten. Zu den Flüchtlingen zählten alle „heimatvertriebenen Volksdeutschen“ und fremdsprachige „Ausländer“, welche nach dem 31. Oktober 1945 nach Österreich gekommen waren, aufgrund politischer oder sonstigen Ursachen.⁹²

Schließlich wurde festgelegt, dass jene Personen als DP's bezeichnet wurden, welche als nicht ÖsterreicherInnen vor dem 8. Mai 1945 nach Österreich kamen. Am 10. Dezember 1947 erging jedoch vom Bundesministerium für Inneres der Erlass, dass für die britische Besatzungsmacht alle Menschen als Flüchtlinge bezeichnet wurden, die durch die Kriegsauswirkungen flüchteten. Später wurde von den Vereinten Nationen nicht mehr der Begriff DP's verwendet, sondern „Flüchtling“. Zu diesem Begriff gehörten jetzt nicht nur mehr die DP's, sondern auch die „Volksdeutschen“.⁹³ Das letzte DP Lager wurde am 28. Februar 1957 geschlossen.⁹⁴

2.4. „Volksdeutsche“

Bereits 1920 prägte Theodor Heuss den Begriff „Volksdeutscher“. Diese Bezeichnung wurde schon während der Zwischenkriegszeit auf den Europäischen Nationalitätenkongressen als Stereotype benutzt. Der Sozialdemokrat Waldemar Quaiser führte ihn schließlich auch in Österreich ein.⁹⁵

Der Begriff „Volksdeutsche“ wurde auch von den Nationalsozialisten verwendet und spielte in ihrer rassistisch fundierten Politik eine wesentliche Rolle.⁹⁶ Während der NS-Zeit wurde der Begriff „Volksdeutscher“ für jene deutschsprachige Menschengruppe verwendet, die im Osten bzw. Südosten von Europa sesshaft waren. Dies betraf die sogenannten „Siebenbürger Sachsen“, „Donauschwaben“ und deutschsprachige Menschen in Bessarabien, Polen,

⁹² StLA, BH Voitsberg, K.688, 14/I, A-Z, außer W9, Jg.: 1952.

⁹³ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 22 & 25.

⁹⁴ Stiller, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit, 98.

⁹⁵ Eduard Stanek, Verfolgt, verjagt, vertrieben. Flüchtlinge in Österreich von 1945 – 1984 (Wien 1985) 20.

⁹⁶ Doris L. Bergen, The Nazi Concept of „Volksdeutsche“ and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe, 1939-1945. In: Journal of Contemporary History (Volume 29, Issue 4, London 1994) 569-582, hier 570.

Norddobrudscha und Bukowina.⁹⁷ Zu dieser Gruppe zählten zudem die „Sudetendeutschen“. Bevor mit der Begriffserklärung der „Volksdeutschen“ fortgefahren wird, folgt ein kurzer Überblick über die eben genannten Gebiete, von welchen die deutschsprachigen Minderheiten während und nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden. Die „Siebenbürger Sachsen“ stammten aus dem Gebiet des heutigen Rumänien und wurde bereits im 12. Jahrhundert von Ungarn zur Sicherung der Grenzen eingesetzt bzw. angesiedelt. Nach dem Ersten Weltkrieg und mit dem Friedensvertrag von Trianon ging Siebenbürgen an Rumänien. Die „Donauschwaben“ stammten aus den südöstlichen Gebieten Europas, um genau zu sein aus dem damaligen ungarischen Gebiet. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörten sie jedoch zu den Ländern Rumänien, Jugoslawien und Ungarn. Bessarabien war eine Landschaft am Schwarzen Meer und der unteren Donau. Seit dem 19. Jahrhundert siedelten sich dort auch deutschsprachige Minderheiten an, der Großteil waren jedoch Rumäninnen und Rumänen. Auch das Gebiet Bessarabien kam nach dem Ersten Weltkrieg zu Rumänien und musste 1940 an die Sowjetunion abgetreten werden. Dobrudscha liegt im rumänisch-bulgarischem Gebiet und Bukowina ist ein rumänisches Land, welches auch als „Buchenland“ bezeichnet wurde und im Vertrag von St. Germain im Jahr 1919 Rumänien zugeschrieben wurde. Die „Sudetendeutschen“ kamen aus dem Gebiet Schlesien, Mährens und Böhmens.⁹⁸ Die Eigenbezeichnungen der deutschsprachigen Bevölkerung in Siebenbürgen als „Siebenbürger Sachsen“, in Ungarn und Jugoslawien als „Donauschwaben“ und in Mähren, Schlesien und Böhmen als „Sudetendeutsche“ werden in weiterer Folge mit Anführungszeichen geschrieben.

Die Nationalsozialisten hatten eine klare Vorstellung von den „Volksdeutschen“ bezüglich ihrer Sprache, ihrem Aussehen, ihren Lebensgewohnheiten und ihrer Treue zum Nationalsozialismus. Diese Vorstellungen fanden sie jedoch nicht immer vor. Durch oftmals jahrhunderterlanger Ansiedlung in diesen Ländern kam es zur Verheiratung der deutschsprachigen Siedler mit den Einheimischen oder sie wechselten ihre Religion und nahmen die dortigen kulturellen Bräuche an. Jüdinnen und Juden waren nach der Definition der Nationalsozialisten keine „Volksdeutschen“.⁹⁹ Bei der Umsiedlungspolitik der Nationalsozialisten wurden die Jüdinnen und Juden nicht umgesiedelt, sondern in Ghettos gesperrt.¹⁰⁰

⁹⁷ Stanek, Verfolgt, verjagt, vertrieben, 20.

⁹⁸ Surminski, Flucht und Vertreibung, 265-272.

⁹⁹ Bergen, The Nazi Concept of „Volksdeutsche“, 570 & 572f.

¹⁰⁰ Aly, „Endlösung“, 167.

In einer Verordnung von der deutschen Regierung aus dem Jahr 1938 wurde festgelegt, dass jene Personen als „Volksdeutsche“ bezeichnet wurden, die nach Kultur und Sprache zwar Deutsche waren, aber außerhalb des Deutschen Reiches wohnten. Neben der Sprache war für die Nationalsozialisten auch die deutsche Abstammung dieser Personen wichtig sowie das Bekennen zum deutschen Volkstum. Waren nicht „mindestens drei Großelternanteile“¹⁰¹ deutsch, wurden die Personen als „Mischlinge“ oder „Fremdstämmiger“ bezeichnet.¹⁰² Noch während des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes, sowie in den darauffolgenden Nachkriegsjahren, wurden mehr als 12 Millionen „Volksdeutsche“ aus ihrer Heimat vertrieben oder mussten diese verlassen. Etwa eine Million „Volksdeutsche“ nahm Österreich während den Jahren 1945 und 1950 auf, nur die Hälfte blieb im Land. Diese wurden dann bis Mitte der 1950er Jahre eingebürgert.¹⁰³

Unter dem Begriff „Volksdeutsche“ sind jene Personen zu verstehen, die zwar eine deutsche Volkszugehörigkeit besaßen, jedoch nicht auf deutschem Staatsgebiet wohnten. Sie siedelten sich bereits seit dem Mittelalter im östlichen und südlichen Europa während mehreren Kolonisationsphasen an. Nachdem sich im Jahr 1918 die Nationalstaaten gebildet hatten, wurden sie in ihren jeweiligen Heimatländern „zu ethnischen Minderheiten“¹⁰⁴. Noch während des Kriegsverlaufs, wurden „Volksdeutsche“ in das Deutsche Reich umgesiedelt. Nach Ende des Krieges begann eine großflächige Vertreibung von „Volksdeutschen“ aus den südöstlichen Staaten Europas. Im August 1945 kam das sogenannte „Abkommen von Potsdam“ zwischen den Siegermächten Großbritannien, Sowjetunion und USA zustande. Darin wurde festgeschrieben, dass die deutschsprachige Bevölkerung, die sich in den Gebieten der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen aufhielt nach Deutschland umgesiedelt werden sollte.¹⁰⁵

In der britischen Besatzungszone erschienen die Gruppen der „Volksdeutschen“ und der „Reichsdeutschen“ ab Mitte des Jahres 1946 getrennt auf. Ob „Volksdeutsche“ repatriierbar waren oder nicht, hing davon ab, ob ihr Heimatland im „Potsdamer Abkommen“, welches in einem späteren Kapitel noch näher behandelt wird, erwähnt wurde oder nicht. Jene Personen, die als repatriierbar galten, wurden in die amerikanische Besatzungszone in Deutschland

¹⁰¹ Carina Vogt, „Heim ins Reich!“. Die nationalsozialistische Politik gegenüber den sogenannten „Volksdeutschen“ und ihre Folgen (ungedr. wiss. Dipl.-Arbeit, Wien 2011) 31.

¹⁰² Vogt, „Heim ins Reich!“, 31.

¹⁰³ Fassmann/Münz, Einwanderungsland Österreich?, 49.

¹⁰⁴ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 25.

¹⁰⁵ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 25.

übersiedelt. In Österreich durften sie nur bleiben, wenn sie für die Wirtschaft wichtig waren. Diese Ausnahmen erhielten Sondergenehmigungen.¹⁰⁶ Auch im Bezirk Voitsberg gab es Bittstellungen von Arbeitgebern für die Zurückstellung der Repatriierung ihrer einzelnen Mitarbeiter. So bat die Arbeitergemeinschaft Hochtief – Negrelli um die Zurückstellung von 10 ihrer Mitarbeiter, da diese für die Arbeit der Freilegung von Kohle, benötigt wurden. Diese Personen befanden sich bereits seit den Jahren 1943/44 in Anstellung der Firma.¹⁰⁷

Von der Repatriierung ausgenommene Personen bzw. Gruppen bei denen es möglich war zurückgestellt zu werden, waren die sogenannten „reichsdeutschen“ StaatsbürgerInnen. Voraussetzungen dafür waren, in einem wirtschaftswichtigen Betrieb zu arbeiten und eine unentbehrliche Arbeitsposition inne zu haben sowie Personen die besondere wirtschaftliche oder künstlerische Fähigkeiten besaßen. Bei der Gruppe der deutschsprachigen Minderheiten wurde zunächst unterschieden, ob sie aus den Randgebieten um Österreich oder den übrigen Gebieten stammten. Vor allem jene Leute die aus der Landwirtschaft kamen, wie z.B. Bäuerinnen und Bauern oder LandarbeiterInnen, und manuelle Arbeiter des Handwerks oder der Industrie, besonders mit fachlichen Spezialkenntnissen, besaßen gute Chancen für eine Zurückstellung ihrer Repatriierung. Die Entscheidung wer bleiben durfte oder nicht, oblag den wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsämtern.¹⁰⁸ Die „Volksdeutschen“, welche als nicht repatriierbar galten, stammten aus Bulgarien, Jugoslawien, dem Balkan, Rumänien sowie aus der Sowjetunion. Maßnahmen für ihre Integration unternahm die österreichische Regierung jedoch erst ab Mitte der 1950er Jahre. Wie bereits erwähnt wurde waren vor allem jene „Volksdeutsche“ bevorzugt, die aus den ehemaligen Gebieten der Monarchie stammten.¹⁰⁹

Die Verwendung des Begriffs „Volksdeutsche“ war in Österreich nicht ungewöhnlich. Eine weitere Definition dieser Flüchtlingsgruppe war „Heimatvertriebene“. Erst mit der „Genfer Flüchtlingskonvention“ wurden die „Volksdeutschen“ Flüchtlinge auch von den internationalen Organisationen mit betreut.¹¹⁰

¹⁰⁶ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 26.

¹⁰⁷ StLA, BH Voitsberg, K.446, Jg.: 1946: 2.3.1946.

¹⁰⁸ StLA, BH Voitsberg, K.446, Jg.: 1946: 27.2.1946.

¹⁰⁹ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 26f.

¹¹⁰ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 27f.

3. Internationale Flüchtlingsorganisationen und freiwillige Hilfsorganisationen

Für die Versorgung und Betreuung der DP's waren im Laufe der Nachkriegsjahre verschiedene internationale Organisationen zuständig. Diese spielten eine zentrale Rolle für die Betreuung der Flüchtlinge in Europa und daher auch für Österreich. Die wichtigsten bzw. größten Organisationen waren die UNRRA, IRO und UNHCR, welche in den folgenden Kapiteln näher dargestellt werden und ihre Geschichte und Entwicklung kurz beschrieben wird.

Neben den internationalen Organisationen gab es auch noch zahlreiche freiwillige Hilfsorganisationen. So gab es die kirchliche Betreuung und die Caritas. Ab April 1948 war Alexander Thiel der verantwortliche Seelsorger in der Steiermark sowie auch Caritas-Referent, der für die Flüchtlinge und „Heimatvertriebenen“ zuständig war. Thiel, selbst ein „Donauschwabe“, war bereits in seiner Heimat als Seelsorger in den Dörfern zuständig. Die freiwilligen Hilfsorganisationen halfen bei der Suche nach einer Wohnung und bei der Arbeitsfindung. Das Ziel von Thiel war neben diesen zwei wichtigen Punkten auch die Integration der Flüchtlinge in ihre neue Heimat. Das Geld für die Unterstützung kam zum Teil von der „Schweizer Auslandshilfe“. Damit war es möglich, ein zinsensfreies Darlehen zu gewähren. Voraussetzung dafür war, dass das Darlehen, mit einem festgelegtem Betrag monatlich zurückgezahlt werden konnte. Von der Caritas erhielten die Flüchtlinge Rechtsberatung und Unterstützung bei der Integration in die Gesellschaft. Ebenfalls von der Caritas organisiert wurden Erholungswochen für Flüchtlingskinder.¹¹¹ In einer Mitteilung von der IRO vom Juli 1951 wurde von einem Sommerheim für Flüchtlingskinder auf Schloss Freiberg bei Gleisdorf berichtet. Dieses wurde von der Lutheran World Federation (LWF) eröffnet. Hier konnten 50 Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren drei Wochen unter der Aufsicht eines qualifizierten Teams verbringen. Der Zeitraum erstreckte sich von den Monaten Juli bis September.¹¹² Vor allem in der Anfangszeit nach Ende des Krieges unterstützten ausländische Organisationen die Menschen durch materielle Hilfe. Darunter befanden sich der Weltkirchenrat, evangelische Kirchen (unter anderem aus der Schweiz, den nordischen Staaten und Holland) und der Lutherische Weltbund. Eine Unterstützung erfolgte nicht nur von den Glaubensgemeinschaften, sondern auch von der Norwegischen und Schweizer Europahilfe oder dem Kinderhilfswerk aus Kanada.¹¹³

¹¹¹ F. Neller, Die Donauschwaben in der Steiermark. In: Helmut Strobl, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988) 185-213, hier 197f.

¹¹² StLA, BH Voitsberg, K.642, 14/I, Jg.: 1951: Mitteilung der IRO Juli 1951, 2 Jahrgang/No 7.

¹¹³ Neller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 199.

Neben den konfessionellen Hilfsorganisationen gab es noch die jüdischen und die nicht-konfessionellen Hilfsorganisationen. Zudem müssen hier auch wieder die internationalen freiwilligen und die österreichischen freiwilligen Hilfsorganisationen getrennt gesehen werden. Die in Österreich tätigen freiwilligen Hilfsorganisationen waren unter anderem die Caritas-Zentrale Österreich, Evangelische Flüchtlingshilfe, „Klemensgemeinde“, Internationale Aufbauhilfe, Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz und die SOS-Gemeinschaft.¹¹⁴

3.1. UNRRA

Die internationale Organisation UNRRA wurde 1943 gegründet. Ihr Hauptsitz befand sich in Washington D. C. und für die europäischen Länder gab es eine Stelle in London.¹¹⁵ Die Abkürzung UNRRA steht für United Nations Relief and Rehabilitation Administration, was übersetzt „Hilfs- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen“ bedeutet.¹¹⁶ Die UNRRA entwickelte bereits vor Kriegsende einen Hilfsplan für die Versorgung der DP's. Sie sollte die Bevölkerung der befreiten Länder materiell unterstützen und half bei der Repatriierung der DP's sowie bei der Versorgung und Betreuung der in den Lagern befindlichen Personen.¹¹⁷

Im Vertrag war eine Hilfe für Flüchtlinge, die sich in den Feindländern befanden, jedoch ausgeschlossen. So auch für die sich in Österreich befindenden sogenannten „Volksdeutschen“ Flüchtlinge. Erst am 5. April 1946 wurde ein Vertrag zwischen Österreich, der UNRRA und dem Alliierten Rat für eine Zusammenarbeit, geschlossen. In diesem Vertrag wurde für Österreich festgelegt, aus der Hilfsleistung der UNRRA sowie aus der Hilfsleistung innerhalb Österreichs Abgaben an die Alliierten und die UNRRA zu leisten. Damit sollte der Lebensstandard der DP's mit jenem der österreichischen Bevölkerung gleichgestellt werden. Weitere Kosten, welche Österreich zu tragen hatte, waren die Miete, der Lagerzins sowie die Verkehrs- und Transportspesen „und Ausgaben für öffentliche Dienste innerhalb des Landes“¹¹⁸. Außerdem übernahm Österreich die Personalkosten der UNRRA.¹¹⁹ Durch die Hilfe der UNRRA konnten bis zum Jahr 1947 sieben Millionen Menschen repatriiert

¹¹⁴ Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 68-79.

¹¹⁵ Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 44.

¹¹⁶ Christoph Laimer, Flüchtlings- und Asylpolitik in Österreich und ihr Stellenwert in der Zweiten Republik (ungedr. Dipl.-Arb. Wien 1997) 8.

¹¹⁷ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 152 & 154.

¹¹⁸ Laimer, Flüchtlings- und Asylpolitik in Österreich, 9.

¹¹⁹ Laimer, Flüchtlings- und Asylpolitik in Österreich, 8f.

werden.¹²⁰ Allein aus Österreich wurden durch die UNRRA 1,25 Millionen Menschen repatriiert.¹²¹

3.2. IRO

Als die UNRRA 1947 aufgelöst wurde, erschien die IRO (Internationale Flüchtlingsorganisation) als ihre Nachfolgeorganisation und wurde am 12. Februar 1946 gegründet. Zum Zuständigkeitsbereich der IRO zählten die Weiterführung der bereits von der UNRRA durchgeführten Repatriierungstätigkeit, Hilfe bei der Auswanderung, zudem bei Abschlüssen „von Verträgen mit den Aufnahmestaaten über eine gegenseitige Abgrenzung der Verantwortlichkeit“¹²² sowie der Versorgung von Flüchtlingen und ihrer Rechtsstellung, „Koordinierung aller sonstigen staatlichen und privaten Hilfstätigkeit“¹²³ und dem Rechtsschutz.¹²⁴

Das Hauptquartier der IRO in Österreich befand sich in Wien, zudem verfügte sie über ein Büro in Salzburg. Zwischen der IRO und der österreichischen Bundesregierung gab es ebenfalls eine Übereinkunft über die Tätigkeiten der Hilfsorganisation in Österreich. Dabei übernahm Österreich einen großen Teil der Verwaltungskosten, die in den Lagern anfielen sowie die Kosten für Lebensmittel und Kleidung, den sogenannten „Basic Supplies“. Zudem kamen auch noch die Transportkosten für AuswandererInnen, welche die österreichische Regierung bezahlen musste. Die andere Hälfte der Verwaltungskosten der Lager bezahlte die IRO und auch für die Importgüter zur Erhaltung des Lebensstandards in den Lagern kam die IRO auf. Die Verantwortung der Lager in Österreich übernahm die IRO. Die Sammelzentren für die Flüchtlinge wurden jedoch von den Besatzungsmächten organisiert.¹²⁵

Die IRO half im Gegensatz zur UNRRA auch bei der Ansiedlung im Ausland. Ihre Auflösung erfolgte am 1. März 1951. Ein wichtiger Grund warum auch diese Organisation nicht länger bestand war, dass die Kosten nicht auf alle, sondern nur auf achtzehn Mitgliedsstaaten (China, Australien, Neuseeland, Kanada, Vereinigte Staaten, Guatemala, Dominikanische Republik, Venezuela, Island, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Belgien, Frankreich, Niederlande, Schweiz, Luxemburg und Italien) aufgeteilt wurde und diese Länder nicht mehr bereit waren,

¹²⁰ *Stiller*, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit, 98.

¹²¹ *Albrich*, Asyl und wider Willen, 239.

¹²² *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 50.

¹²³ *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 50.

¹²⁴ *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 49f.

¹²⁵ *Laimer*, Flüchtlings- und Asylpolitik in Österreich, 10.

für diese aufzukommen.¹²⁶ Durch die Hilfe der IRO wanderten bis Ende 1951 145 000 Menschen wieder aus Österreich aus und 5 000 wurden repatriiert.¹²⁷

3.3. UNHCR

Im Dezember 1950 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Amt „des Hohen Kommissärs für Flüchtlinge“¹²⁸, genannt United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR abgekürzt), an.¹²⁹ Der Sitz war in Genf und Ende 1951 wurde ein weiterer in Wien eingerichtet.¹³⁰ Der erste Hochkommissar in Wien war Victor Beermann aus den Niederlanden. Neben dem Sitz in Wien gab es zusätzlich Rechtsberater in den Städten Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt. In Österreich arbeitete das Amt des UNHCR eng mit den österreichischen Behörden sowie „den internationalen Hilfsorganisationen und der Auswanderungsorganisation ICEM“¹³¹ (Intergouvernemental Committee for European Migration), für welche es Büros in Linz, Salzburg und Wien gab, zusammen.¹³² Neben dem ICEM gab es auch noch das PEP (Office of the President's Escapee Program), das von dem Präsidenten Truman im Jahr 1952 entwickelt wurde. Die Aufgabe dieser Hilfsorganisation konzentrierte sich auf die osteuropäischen Flüchtlinge, welche „nach dem 1. Jänner 1949“¹³³ flüchteten.¹³⁴

Das Amt des UNHCRs war für die Weiterführung der Betreuung der DPs, nach Beendigung der Tätigkeiten der IRO, verantwortlich. Des Weiteren unterstützte das Amt die DPs in ihrer dauerhaften Integration in die jeweiligen Länder. Das Amt des Hochkommissars war dabei unpolitisch und obwohl es nur bis 1953 vorgesehen war¹³⁵, wurde es bis in das Jahr 2004 immer wieder verlängert und schlussendlich als unbefristet gekennzeichnet. Im Gegensatz zur IRO, welche die direkte Betreuung der Flüchtlinge selbst übernommen hatte, mussten bei dem

¹²⁶ *Stiller*, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit, 153.

¹²⁷ *Albrich*, Asylland wider Willen, 239.

¹²⁸ *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 168.

¹²⁹ *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 168.

¹³⁰ *Scheuringer*, Dreißig Jahre danach, 23.

¹³¹ *Engelke*, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 38.

¹³² *Engelke*, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 38.

¹³³ Thomas *Albrich*, Der Traum von „Amerika“. Jüdische Flüchtlinge 1950-1957. In: Thomas *Albrich*/Klaus *Eisterer*/Michael *Gehler*/Rolf *Steininger*, Hg., Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 11, Innsbruck/Wien 1995) 95-117, hier 105.

¹³⁴ *Albrich*, Der Traum von „Amerika“, 104f.

¹³⁵ *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 168.

Amt des UNHCRs die Aufnahmestaaten selbst für die Betreuung der Flüchtlinge aufkommen.¹³⁶

4. Gesetzgebungen in Österreich von 1945 bis 1955 bezüglich der Asylpolitik

Welches Mitspracherecht bzw. welchen Handlungsspielraum besaß die österreichische Regierung bei der Flüchtlingspolitik in den Nachkriegsjahren von 1945 bis 1955?

Die DP's wurden, explizit in der Anfangsnachkriegszeit, von den österreichischen Behörden sowie auch von der Bevölkerung abgelehnt. Die Regierung sah sich nicht für die DP's verpflichtet und wollte daher auch nicht die Verantwortung für sie übernehmen. Grund für diese ablehnende Haltung der österreichischen Regierung gegenüber den „Fremden“ war, dass sich die Republik Österreich, vor allem durch die Moskauer Deklaration aus dem Jahr 1943, als ein Opfer positionieren wollte und sich auch nicht für die DP's verantwortlich fühlte. Bis zur „De-facto Anerkennung“¹³⁷ der Regierung von Karl Renner, welche von den Alliierten im Oktober 1945 erfolgte, hatte die provisorische Regierung keine großen Machtbefugnisse. Erst danach wurden auch die Forderungen nach einer schnellen Abschiebung der in Österreich befindlichen Ausländer erhoben. Eine Forderung von Renner war es, die Grenzen zu schließen, um einen weiteren Zustrom von „Volksdeutschen“ und Jüdinnen und Juden aus dem Osten Europas zu verhindern. Viele von diesen eben genannten Personen kamen im Herbst sowie im Winter 1945 illegal nach Österreich. Die politischen Parteien unterstützten die Forderung der Bundesregierung hinsichtlich der Abschiebung aller DP's in Österreich. Begründet wurde die Abschiebung mit Argumenten, dass die betroffenen Personen ein Sicherheitsrisiko darstellten und eine wirtschaftliche sowie außenpolitische Belastung waren. Um die Situation der wirtschaftlichen Belastung etwas zu erleichtern, wurden bereits im Oktober 1945 Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen für die DP's vorgenommen. Sie sollten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie die österreichischen Arbeitskräfte erhalten. Die Kriminalitätsrate bei den Ausländern war höher als bei den ÖsterreicherInnen. Die österreichische Regierung hatte diesbezüglich jedoch kaum eine Gewaltbefugnis, da diese meist nicht den Sicherheitsbehörden unterstanden. Ab 1947 zeichnete sich in der österreichischen Asylpolitik ab, dass eine Repatriierung der DP's keine dauerhafte Lösung des Problems war. Die noch in Österreich verbleibenden DP's wollten

¹³⁶ Stiller, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit, 154.

¹³⁷ Albrich, Asyl und wider Willen, 225.

entweder nicht zurück in ihr Heimatland oder baten um eine Freistellung von ihrer Rückführung in dieses. Auf die Bedeutung dieser sogenannten Freistellung wird in einem späteren Kapitel genauer eingegangen. Neue Lösungen waren die Auswanderung oder die Ansiedlung in Österreich.¹³⁸

In Österreich hatten Flüchtlinge bis zur Einsetzung der „Genfer Flüchtlingskonvention“ im Jahr 1955 den Status von Staatenlosen bzw. Fremden und unterlagen somit auch deren Rechtsstellung.¹³⁹ Die Flüchtlinge unterstanden der Ausländerpolizeiverordnung, welche aus dem Jahr 1938, vom 22. März bzw. aus dem Jahr 1934, vom 22. August, stammte. Aber auch das Fremdenpolizeigesetz vom 17. März 1954 kam dabei zu tragen.¹⁴⁰ Das Fremdenpolizeigesetz (FPG) ersetzte die Ausländerpolizeiverordnung aus dem Jahr 1938 und war für eine selbstbestimmte Asylpolitik von Österreich sehr wichtig. Durch die neue Verordnung kam es zu mehreren Änderungen hinsichtlich des Aufnahmeverfahrens der Flüchtlinge. Neu war nun auch die unbefristete bzw. dauerhafte Aufenthaltsberechtigung. In der Ausländerpolizeiverordnung war dieses Aufenthaltsrecht nur unbefristet und auf Widerruf, welches für ein halbes Jahr galt und dann verlängert werden konnte.¹⁴¹

Nicht nur die fremdsprachigen Flüchtlinge waren diesen Gesetzen unterstellt, sondern auch die „volksdeutschen“ Umsiedler und „Heimatvertriebenen“ sowie die innerstaatlichen Ausländer und die Staatenlosen (auch jene, bei denen die Staatsangehörigkeit nicht geklärt war). Die Aufenthaltsgenehmigung erteilte die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft bzw. die Bundespolizeidirektion. Dafür musste eine Gebühr bezahlt werden. Die Aufenthaltsgenehmigung wurde entweder befristet oder unbefristet, was häufig auf die „Volksdeutschen“ zutraf, ausgestellt. Die „Genfer Flüchtlingskonvention“ gilt, zusammen mit dem Asylgesetz (AsylG) aus dem Jahr 1992, für das österreichische Rechtswesen als wichtige Rechtsquelle.¹⁴²

In Österreich wird seit 1945 zwischen vier Fluchtmotiven unterschieden. Diese sind DPs, Konventionsflüchtlinge, „Heimatvertriebene“, und Wirtschaftsflüchtlinge. Nach dem „Potsdamer Abkommen“, welches am 2. August 1945 beschlossen wurde sollten Deutsche aus Polen, Ungarn oder der CSR nach Deutschland überstellt werden. Am 20. September 1945 beschloss der Alliierten Rat die Anwendung der Bestimmungen des „Potsdamer Abkommens“ auch in Österreich. Demnach war der Vorgang so, dass die

¹³⁸ Albrich, Asyl und wider Willen, 225-230 & 238f.

¹³⁹ Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 20.

¹⁴⁰ Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 17.

¹⁴¹ Engelke, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 61.

¹⁴² Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 17.

„Sudetendeutschen“, welche aus der CSR kamen, wie auch die „Volksdeutschen“ aus Ungarn in die Besatzungszone der Amerikaner und jene aus Polen, in die Zone der Briten von Deutschland überstellt wurden. Da eine Überbevölkerung Deutschland drohte, wurden 1946 alle Umsiedlungsaktionen eingestellt.¹⁴³ Das Abkommen sah eine geregelte und humane Ausführung der Abschiebung der „Volksdeutschen“ aus diesen Ländern vor. In der CSR nahm die Anzahl der „wilden Austreibung“ der „Sudetendeutschen“ nach dem Abkommen ab. Dennoch wurden sie, bis zum Jahresende, noch immer unkontrolliert aus dem Land abgeschoben.¹⁴⁴

Seit 1946 war die „Umsiedlungsstelle“, die für die „Heimatvertriebenen“ verantwortlich war, im Wiener Bundesministerium angesiedelt. Oskar Helmer, der stellvertretende SPÖ-Vorsitzende war in den Jahren 1945 bis 1959 der zuständige Minister für diese Stelle. Vor allem in den Anfangsjahren wurde er jedoch von vielen Betroffenen als eine Person mit einer nicht gerade positiven Einstellung gegenüber „Heimatvertriebenen“ gesehen. Außerdem war in Wien eine „Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen“ eingerichtet worden. Diese fungierte zwischen 1946 und 1950 als Bindungsglied zwischen den „Heimatvertriebenen“ und den Behörden. Als sogenannter Aufpasser dieser Stelle wurde ein Staatskommissar, welcher ein Beamter aus dem Bundesministerium war, eingestellt. Zur Behandlung der Flüchtlingsfragen von „Volksdeutschen“ wurde im März 1950 ein Ministerkomitee gegründet. Die Minister für Soziales, Finanzen, Inneres und Land- und Forstwirtschaft gehörten diesem Komitee an. Zudem entstand im August desselben Jahres ein „Flüchtlingsbeirat“, welcher sich aus acht bereits eingebürgerten Flüchtlingen zusammensetzte.¹⁴⁵

Im April des Jahres 1946 wurde ein Arbeitspflichtgesetz für die Flüchtlinge in Österreich durchgesetzt. Dieses Gesetz war von den Alliierten bestimmt worden. Die Flüchtlinge, egal ob sie in den Lagern lebten oder nicht, mussten nun im Besitz einer Registrierungskarte sein, mit der sie die Lebensmittelmarken bekamen.¹⁴⁶

Anfang der 1950er Jahre gab es mehrere sogenannte „Gleichstellungsgesetze“, die von der österreichischen Regierung beschlossen wurden. So entstand unter anderem im Jahr 1951 das

¹⁴³ Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 18 & 102.

¹⁴⁴ Cornelia Znoj, Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Österreich 1945/46. Unter besonderer Berücksichtigung der Bundesländer Wien und Niederösterreich (ungedr. wiss. Dipl.-Arbeit, Wien 1995) 52.

¹⁴⁵ Stickler, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland, 425.

¹⁴⁶ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 72.

Gesetz, welches die sogenannten „Volksdeutschen“ „in die Notstandshilfe“¹⁴⁷ mit einbezog. Diese „Gleichstellungsgesetze“ hatten zum Ziel, die „Volksdeutschen“ Flüchtlinge in sozial- sowie arbeitsrechtlicher Hinsicht mit den ÖsterreicherInnen gleichzustellen. Durch ein weiteres „Gleichstellungsgesetz“ aus dem Jahr 1954, dem „Optionsgesetz“, wurde das Einbürgerungsverfahren für die „Volksdeutschen“ erleichtert.¹⁴⁸ Zudem unterstanden die „volksdeutschen“ Arbeitnehmerinnen nun auch dem Mutterschutzgesetz aus dem Jahr 1952.¹⁴⁹ Durch die Erweiterung im Arbeitsbereich durften sie nun auch als NotarIn, in der Krankenpflege, als Ärztin/Arzt bzw. Zahnärztin/Zahnarzt sowie im Gewerbe und als Rechtsanwältin/Rechtsanwalt arbeiten. Im Jahr 1961 erhielten sie eine Pensionsversicherung.¹⁵⁰ Nach den neuen Gesetzen bekam ab dem Jahr 1953 auch eine Flüchtlingswitwe eines Soldaten, die in Österreich eingebürgert war, eine Rente.¹⁵¹ Somit hatte sie nun auch Anspruch auf eine Sozial- und Pensionsversicherung.¹⁵² Lange Zeit wurden die „volksdeutschen“ Flüchtlinge, hier in Bezug auf das Kriegsopfergesetz, gegenüber den ÖsterreicherInnen benachteiligt. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass auch die „Volksdeutschen“ in der Wehrmacht sowie in der Waffen-SS gedient hatten. So wurden die „Volksdeutschen“ in Rumänien bereits 1939 dazu angeregt, in der Wehrmacht und Waffen-SS zu dienen. Bei der sogenannten „Aktion der 1 000“ sollten 1 000 junge Deutsche aus Rumänien, insbesondere jene aus Bessarabien, rekrutiert und nach Deutschland gebracht werden. Dort sollte eine Eingliederung in die Waffen-SS erfolgen. Ausgeführt werden konnte dieser Plan jedoch erst 1940, da der zukünftige Status der Deutschen in Rumänien seitens der rumänischen Behörden nicht eindeutig geklärt war. Im Dienst eines fremden Heeres, hätten sie ihre rumänische Staatsbürgerschaft verloren und nicht mehr in ihr Land zurückkehren dürfen.¹⁵³

In den Jahren zwischen 1945 und 1955 kam es in Österreich zu mehreren Gesetzesänderungen bezüglich der Flüchtlinge und ihrer Stellung. Am Anfang unterstanden sie noch dem alten Gesetz der Ausländerpolizeiverordnung. Nur zögerlich, so scheint es, wurden von der österreichischen Regierung, Änderung bezüglich des Rechtsstatus von Flüchtlingen

¹⁴⁷ Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 21.

¹⁴⁸ Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 21.

¹⁴⁹ Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 140.

¹⁵⁰ Stanek, Verfolgt, verjagt, vertrieben, 31-33.

¹⁵¹ Neller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 181.

¹⁵² Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 139.

¹⁵³ Ottmar Trașcă, Rumäniendeutsche in Wehrmacht und Waffen SS. 1940-1944. In: Jerzy Kochanowski/Maike Sach, Hg., Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität (Osnabrück 2006) 273-316, hier 277f.; weiterführende Literatur von Paul Milata, Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu. Rumäniendeutsche in der Waffen-SS (Köln/Weimar/Wien 2007²).

vorgenommen. Erst zu Beginn der 1950er Jahre gab es die ersten entscheidenden Änderungen bzw. Verbesserungen, unter anderem durch die sogenannten „Gleichstellungsgesetze“ für Flüchtlinge. Dies führte auch zu einer Verbesserung ihres Lebensstandards. Obwohl die Alliierten in den Anfangsjahren die Entscheidungsbefugnis über die Flüchtlinge besaß, hatten die österreichischen BeamtenInnen trotzdem Amtspositionen inne, welche Flüchtlingsfragen betrafen. Zudem wurden ab 1946 verschiedene Stellen für die „volksdeutschen“ Flüchtlinge eingerichtet.

4.1. „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (Universal Declaration of Human Rights) wurde „am 10. Dezember 1948“¹⁵⁴ von der „Generalversammlung der Vereinten Nation“¹⁵⁵ beschlossen. Dabei handelt es sich um einen universalen und umfangreichen Bestand der Menschenrechte. Mit der Zeit schlossen sich immer mehr Staaten dieser Erklärung an, zunächst verbal und danach auch praktisch. Sie dient dem Schutz der elementaren Menschenrechte und entstand in Folge des Zweiten Weltkrieges. Dieser Schutz kam bei dem Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden und in den besetzten Gebieten von Deutschland, wie dem Balkan, der Sowjetunion oder Polen sowie bei der Verwüstung, welche Japan in Korea, China oder Südostasien verursachte, nicht zu tragen. Die militärischen Grenzen eines Krieges mussten aufgezeigt werden. Noch während des Krieges forderte der Präsidenten von Amerika Franklin D. Roosevelt den Entwurf eines Menschenrechtskatalogs.¹⁵⁶

¹⁵⁴ Sven Bernhard *Gareis*, Sechzig Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Herausforderungen und Chancen des internationalen Menschenrechtsschutzes. In: Sven Bernhard *Gareis*/Gunter *Geiger*, Hg., Internationaler Schutz der Menschenrechte. Stand und Perspektiven im 21. Jahrhundert (Opladen 2009) 19-40, hier 19.

¹⁵⁵ *Gareis*, Sechzig Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 19.

¹⁵⁶ *Gareis*, Sechzig Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 19f.

4.2. „Genfer Flüchtlingskonvention“

Die „Genfer Flüchtlingskonvention“ trat in Österreich am 16. April des Jahres 1955 in Kraft. Unterzeichnet wurde sie von Österreich jedoch bereits „am 18. Juli 1951 in Genf“¹⁵⁷ und eine Ratifizierung von dem österreichischen Bundespräsidenten Körner erfolgte im August 1954. Mit der Gültigkeit der „Genfer Flüchtlingskonvention“ in Österreich, verbesserte sich die Rechtsstellung der Flüchtlinge, der deutschsprachigen sowie der fremdsprachigen.¹⁵⁸ Die „Genfer Flüchtlingskonvention“ ist ein Teil der österreichischen Rechtsordnung und ein Staatsvertrag. Ihre Wurzeln fanden sich bereits in der Erklärung der „Allgemeinen Menschenrechte“. Ergänzt wird die „Genfer Flüchtlingskonvention“ durch die „Europäische Menschenrechtskonvention“.¹⁵⁹

In der Literatur und während der Recherchen im Steiermärkischen Landesarchiv kam sehr häufig der Ausdruck „De-facto-Flüchtlinge“ vor. „De-facto-Flüchtlinge“ sind nach der Verordnung der „Genfer Flüchtlingskonvention“ und nach dem österreichischen Fremdenpolizeigesetz jene Personen, welche zwar nicht anerkannte Flüchtlinge sind, aber auch nicht automatisch in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können. Dies tritt dann in Kraft, wenn zwar bei ihrer Ausreise keine Gefahr bestand, aber bei der Rückkehr die Möglichkeit „einer politischen Verfolgung“¹⁶⁰ gegeben ist.¹⁶¹

4.3. „Europäische Menschenrechtskonvention“

Die „Europäische Menschenrechtskonvention“ wurde „am 4. November 1950 in Rom“ vom Europarat beschlossen und trat am 3. September 1951 in Kraft. Sie dient dem Schutz der Menschenrechte sowie der Grundfreiheiten. Bis auf den Vatikanstaat und Weißrussland haben alle europäischen Länder die Konvention unterzeichnet, wie auch ratifiziert. Während der Jahre ihres Bestehens wurde die Menschenrechtskonvention immer wieder durch Zusatzprotokolle, worin es um ausdrückliche Menschenrechte ging, erneuert.¹⁶² Zum Schutz der Einhaltung der Menschenrechte sowie der Grundfreiheiten, wurde ein eigener

¹⁵⁷ Engelke, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 38.

¹⁵⁸ Engelke, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 38.

¹⁵⁹ Ludwig Adamovich, Genfer Flüchtlingskonvention und Verfassungsrecht. In: Bundesministerium für Inneres, Hg., 50 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention in Österreich (Bd. 5, Wien/Graz 2005) 45-49, hier 45f.

¹⁶⁰ Fassmann/Münz, Einwanderungsland Österreich?, 109.

¹⁶¹ Fassmann/Münz, Einwanderungsland Österreich?, 109.

¹⁶² Entstehung und Entwicklung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Online unter: <<http://www.menschenrechtskonvention.eu/entstehung-und-entwicklung-der-europaeischen-menschenrechtskonvention-9440/>> (9. Juni 2016).

Internationaler Gerichtshof, der sogenannte „Europäische Gerichtshof für Menschenrechte“, in Strasbourg eingerichtet.¹⁶³

5. Ende des Zweiten Weltkrieges und Besatzung in der Steiermark

Das Kriegsende war vor allem für die Stadt Graz von zahlreichen Bombenabwürfen, zwischen Februar 1944 und April 1945, geprägt. In den letzten Kriegsmonaten starben in Graz 1 980 Menschen bei über 28 000 Bombenabwürfen. Zusätzlich kam am Ende des Monats März im Jahr 1945 der Landkrieg hinzu. Sowjetische Verbände der 2. und 3. ukrainischen Front drangen auf ihrem Weg zur Einnahme von Wien in die Steiermark ein. Nach einer militärischen Besprechung von Generalfeldmarschall Kesselring, Gauleiter Uiberreither, Rainer und Eigruber sowie den Generälen Ringel, de Angelis und Löhr in Graz, erfolgte der Beginn der Auflösung der Fronten sowie die Absetzung in westlicher Richtung. Diese Fluchtmärsche bzw. Rückmärsche konzentrierten sich vor allem auf die Flusstäler Liesing, Mürz, Raab und Mur. Darunter befanden sich unter anderem Soldaten, Deserteure, „Heimatvertriebene“ und Flüchtlinge, die aus dem Osten kamen. Aber auch Frauen und Kinder waren unter ihnen.¹⁶⁴

Der Rückzug des I. Kavalleriekorps führte über Wildon nach Köflach, Salla und weiter nach Judenburg. Als dann am 9. Mai sowjetische Einheiten von Graz bis Köflach kamen, sorgten sie bei der Bevölkerung und bei den Flüchtenden für großen Schrecken. Die Strecke von Köflach nach Judenburg war dabei von Fahrzeugen voll und die Fahrer verließen zum Teil fluchtartig ihre Wagen, wodurch der Verkehr für einige Zeit vollständig zum Stillstand kam.¹⁶⁵

Bereits vor der Einsetzung der Flüchtlingswelle wurden am Beginn des Monats Aprils schon mehrere hunderte Jüdinnen und Juden über die Oststeiermark bzw. Obersteiermark, zu Fuß nach Mauthausen befördert. Sie wurden von der SS und dem Volkssturm bewacht. Es handelte sich dabei um ungarische Jüdinnen und Juden, die Zwangsarbeit für den Bau des

¹⁶³ Entwicklung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Online unter: <<http://www.menschenrechtskonvention.eu/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-9436/>> (9. Juni 2016).

¹⁶⁴ Siegfried Beer, Kriegsende und Besatzung. In: Josef Riegler, Hg., Die neue Steiermark. Unser Weg 1945 – 2005 (Graz 2005) 18-44, hier 18-20.

¹⁶⁵ Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich, 386.

Südostwalls¹⁶⁶ leisteten.¹⁶⁷ Die ersten Räumungen der KZ, die sich innerhalb des Deutschen Reiches befanden, erfolgten schon im Jänner 1945. Zuerst wurden kranke und nach den Nationalsozialisten nicht mehr gehfähige Frauen vom KZ Ravensbrück in das Lager Uckermark gebracht. Dort wurden sie entweder erschossen oder vergast. Unter diesen Frauen befanden sich auch viele Steirerinnen. Die Evakuierung der KZ-Häftlinge aus dem KZ Aflenz/Leibnitz führte durch den Bezirk Voitsberg. ZeitzeugenInnen berichten über die Erschießung eines polnischen Häftlings in Salla (eine Ortschaft im Bezirk Voitsberg) und über die Flucht von vor allem sowjetischen Häftlingen während der Übernachtung in einer Werkshalle im Holzbauwerk Krems bei Voitsberg. Zwei der geflohenen Männer wurden gefasst und erschossen.¹⁶⁸

Die Steiermark war zu Kriegsende von fünf militärischen Armeen besetzt. Von den Amerikanern, Briten, den Sowjets und den Tito-Partisanen sowie Bulgaren.¹⁶⁹ Obwohl die Sowjetunion nur in einer kurzen Phase als Besatzer in der Steiermark fungierte, hinterließ diese Zeit prägende Erinnerungen bei der Bevölkerung. Insbesondere die Verhaftungen sowie Verschleppungen der Zivilisten, die Demontagen österreichischer Betriebe, Plünderungen und physische Übergriffe hinterließen tiefe Spuren. Zahlreiche Frauen in der Oststeiermark wurden von Angehörigen der sowjetischen Armee vergewaltigt. Bei der Polizei gelangten 639 Anzeigen wegen Vergewaltigung ein, wobei die tatsächliche Anzahl wahrscheinlich weit höher lag. Gründe dafür sind, dass sich meist nur diejenigen Frauen amtsärztlich untersuchen ließen, die einen Schwangerschaftsabbruch machen wollten oder an einer Geschlechtskrankheit litten.¹⁷⁰

¹⁶⁶ Der sogenannte „Südostwall“ sollte den Vormarsch der sowjetischen Armee verhindern bzw. erschweren, was jedoch nichts nützte. Er wurde nicht nur von ungarischen jüdischen ZwangsarbeiterInnen gebaut, sondern auch mit Hilfe von ebenfalls zwangsverpflichtenden Jugendlichen der Hitler-Jugend und von Kräften der Wehrmacht, sowie des Reichsarbeitsdienstes. (In: *Halbrainer/Lamprecht*, Nationalsozialismus in der Steiermark, 359).

¹⁶⁷ *Beer*, Kriegsende und Besatzung, 18-20.

¹⁶⁸ Heimo *Halbrainer*, „...die vorgenannten Elemente sind durch Erschießen unschädlich zu machen.“ NS-Verbrechen anlässlich der Räumungen der Haftanstalten und Konzentrationslager. In: Heimo *Halbrainer/Victoria Kumar*, Hg., Kriegsende 1945 in der Steiermark. Terror, Kapitulation, Besatzung, Neubeginn (Graz 2015) 71-95, hier 73 & 80-82.

¹⁶⁹ Stefan *Karner*, Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur (Graz 2005) 315 & 326.

¹⁷⁰ Barbara *Stelzl-Marx*, Die „sowjetische“ Steiermark. Zentrale Aspekte der Besatzung durch die Rote Armee. In: Heimo *Halbrainer/Victoria Kumar*, Hg., Kriegsende 1945 in der Steiermark. Terror, Kapitulation, Besatzung, Neubeginn (Graz 2015) 165-180, hier 165 & 172.

Die formelle Übernahme der Steiermark von den Briten als Besatzungsgebiet erfolgte am 24. Juli 1945, woraufhin sie kurz darauf eine Militärregierung errichteten.¹⁷¹ Oberst Alexander C. Wilkinson war „Chef der britischen Militärregierung für die Steiermark“.¹⁷²¹⁷³ Von Beginn an, war das Verhältnis der britischen Besatzung zur Bevölkerung gut. Die britischen Besatzer fungierten als aktive Teilnehmer für den Wiederaufbau des Landes Steiermark und beschränkten sich dabei nicht nur auf die Aufgaben der Überwachung. Ihre Hilfe bestand neben der Beschaffung von Lebensmitteln auch in der schnellen Beseitigung der Kriegsschäden, wobei die Bevölkerung zur Hilfe aufgefordert wurde. Bereits am 8. Mai 1945 wurde die Sicherheitsdirektion wieder eingerichtet. Die Leitung dafür übernahm Alois Rosenwirth.¹⁷⁴

Nach Kriegsende wurde Österreich von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Zu Beginn waren die vier Zonen strikt, hinsichtlich der Wirtschaft und Politik, voneinander getrennt. Wirtschaftlich sowie politisch war somit jede Zone gezwungenermaßen auf sich allein gestellt. Ein Nachrichtenaustausch zwischen den Bundesländern bzw. zwischen den Bundesländern und der Hauptstadt Wien war nur für die Alliierten möglich. Die Alliierten, vor allem die Briten, waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Meinung, dass sich die provisorische Regierung von Renner nach den Wünschen und Vorstellungen von Moskau richten würden. Die Briten beabsichtigten in ihrer Zone eine strenge Politik, welche sich gegen ehemalige aktive Nationalsozialisten richtete. Aus diesem Grund nahmen sie eine genaue Verfolgung und „Entnazifizierung“ ehemaliger Nationalsozialisten vor. Durch Probleme in der Organisation geriet die Entnazifizierung jedoch ins Stocken. Die Idee der Alliierten war eine gründliche politische Säuberung der Bevölkerung von ehemaligen Nationalsozialisten. Diese wurde jedoch schon bald, durch den Kalten Krieg, aufgegeben und rückte in den Hintergrund. Die Entnazifizierung wurde von der Sowjetunion sehr bald an Österreich übertragen.¹⁷⁵

¹⁷¹ Gernot D. Hasiba/Martin Polaschek, Landesgesetzgebung und Landesverwaltung seit 1945. In: Siegfried Beer, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommision für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 3-34, hier 5.

¹⁷² Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 326.

¹⁷³ Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 326.

¹⁷⁴ Hasiba/Polaschek, Landesgesetzgebung und Landesverwaltung seit 1945, 5 & 12.

¹⁷⁵ Günter Bischoff/Josef Leidenfrost, Österreich nach dem April 1945: Die bevormundete Nation. Über dieses Buch. In: Günter Bischoff/Josef Leidenfrost, Hg., Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4, Innsbruck 1987) 11-44, hier 17f.

Es wurden Militärgerichtsprozesse und Volksgerichtsprozesse, von Seite der britischen Besatzung und auch von österreichischer Seite, geführt.¹⁷⁶ Im Jahr 1946 fand der sogenannte 1. Eisenerzprozess, vom 1. bis 28. April, statt. In diesem Prozess wurden die Verantwortlichen für die in den letzten Kriegswochen stattgefundenen „Todesmärsche“¹⁷⁷ zur Rechenschaft gezogen.¹⁷⁸ Die Route dieser „Todesmärsche“ führte ferner durch den Bezirk Voitsberg über das Gaberl¹⁷⁹ nach Judenburg und dann weiter Richtung Mauthausen.¹⁸⁰

Die österreichische Justiz hatte keinen Einfluss auf die DP's und auf die SEP's (Surrendered Enemy Personnel).¹⁸¹ Bis die UNRRA-Hilfe in Österreich bzw. in der Steiermark zum Einsatz gebracht wurde, war die britische Armee für die Versorgung der DP's zuständig. Es wurde befürchtet, dass sich ohne Hilfe bei der Versorgung lokale Banden unter den DP's bilden könnten und es dadurch zu Plünderungen kommt, welche es unbedingt zu vermeiden galt. Zudem musste die britische Besatzung für die Winterquartiere der DP's und SEP's sorgen und diese dementsprechend umbauen.¹⁸²

5.1. Politische, soziale und ökonomische Struktur des Bezirks Voitsberg

Warum kamen viele Flüchtlinge in den Bezirk Voitsberg? Ist der Bezirk für die Flüchtlingssituation exzeptionell oder beispielhaft? Um diese Frage beantworten zu können, werden die sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen des Bezirks ins Visier genommen.

¹⁷⁶ Beer, Kriegsende und Besatzung, 18-20.

¹⁷⁷ Weitere Literatur zur Thematik der „Todesmärsche“ in den letzten Kriegswochen durch Österreich sind Heimo Halbrainer/Christian Ehetreiber, Hg., Todesmarsch Eisenstraße 1945. Terror, Handlungsspielräume, Erinnerung: Menschliches Handeln unter Zwangsbedingungen (CLIO, Graz 2005); ein breites Spektrum der Todesmärsche 1944/45 gibt Daniel Blatman. Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords (Hamburg 2011) zudem beschreibt er den Aufbau der KZ, die Evakuierungen ab 1944 und den Rückzug.

¹⁷⁸ Siegfried Beer, Die Briten und der Wiederaufbau des Justizwesens in der Steiermark 1945-1950. In: Siegfried Beer, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommission für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 111-140.

¹⁷⁹ Gaberl ist ein Gebirgspass und verbindet den Bezirk Voitsberg mit den Städten Knittelfeld und Judenburg. Zudem ist die Gaberl Straße zusammen mit der Packer Straße die kürzeste Verbindung der Landeshauptstadt Graz mit dem nordöstlichen Teil des Bundeslandes. (Online unter: <http://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Gaberl_Stra%C3%9Fe> (12. August 2016).

¹⁸⁰ Halbrainer/Lamprecht, Nationalsozialismus in der Steiermark, 348.

¹⁸¹ Siegfried Beer, Die Briten und der Wiederaufbau des Justizwesens in der Steiermark 1945-1950. In: Siegfried Beer, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommission für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 111-140 & 122.

¹⁸² Schneider, „To Keep the Austrians Alive“, 169 & 171.

Bevor nun auf die eben genannten Punkte eingegangen wird, gibt es für ein besseres Verständnisses dieser Arbeit, einen kurzen Blick auf die Geschichte des Bezirks Voitsberg. Dafür erfolgte eine zeitliche Abgrenzung, in diesem Fall die Ernennung von Voitsberg zur Stadt, welche im Jahr 1245 stattfand. Schon im Mittelalter besaß der Bezirk eine gute wirtschaftliche Grundlage und war reich an Kohle und Eisen.¹⁸³ Erste Tätigkeiten im Bergbau fanden in der „Zeit der Pax Romana“¹⁸⁴ statt und Ausgrabungen in den 1990er Jahren zeigten, dass es römerzeitliche Eisenverhüttung gab.¹⁸⁵ Im 15. Jahrhundert wurden schließlich die ersten eisenverarbeitenden Betriebe im Bezirk urkundlich erwähnt und 1607 wurde Kohle rund um das Gebiet Maria Lankowitz gefunden. Weitere Kohlenfunde gab es in Bärnbach, Voitsberg und Köflach. „In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“¹⁸⁶ erfolgte eine Aufschließung des Kohlenreviers unter Erzherzog Johann und es kam zur Gründung von zahlreichen Glasfabriken sowie von Eisenwerken. Zudem erfolgte ein Bau der Eisenbahn von Graz nach Köflach, welche am 3. April 1860 eröffnet wurde. Sie war nicht ausschließlich für den Personenverkehr gedacht, sondern auch für die Beförderung von Braunkohle. Durch diese Innovationen erfolgte ein industrieller sowie wirtschaftlicher Aufschwung des Bezirks. Es kam zu einer Wandlung von einem agrarischen zu einem industriellen Gebiet. Der Bezirk Voitsberg zählte bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges zu einem der stärksten industrialisierten Gebiete der Steiermark. Heute konzentriert sich der Bezirk vor allem auf den Tourismus. Mit dem Lipizzanergestüt in Piber, die „Hundertwasser“ Kirche in Bärnbach, der Wallfahrtskirche Maria Lankowitz und den zahlreichen Almgebieten, die zum Wandern einladen, weist der Bezirk einige lukrative Anziehungspunkte für Touristen auf.¹⁸⁷

Geographisch betrachtet befindet sich der Bezirk Voitsberg westlich von Graz Umgebung und Frohnleiten, nördlich grenzt er ebenfalls an die Bezirke Frohnleiten und Knittelfeld, im südlichen Teil an Deutschlandsberg und Stainz und an der westlichen Grenze an Obdach und Judenburg sowie an das Bundesland Kärnten.¹⁸⁸ Des Weiteren weist der Bezirk zwei wichtige Pässe auf und verfügt damit über eine wichtige Verkehrslage. Der Pass über die Packerstraße führt in das angrenzende Bundesland Kärnten. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges nahm die Verkehrsdichte im Bezirk immer mehr zu. Zudem gibt es ein gut ausgebautes Verkehrsnetz an Bussen und eine Zugverbindung nach Graz.¹⁸⁹

¹⁸³ Zitzenbacher, Landeschronik Steiermark, 40f.

¹⁸⁴ Franz Mittermüller, Bergbau und Hüttenwesen. In: Walter Brunner, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 457-494, hier, 457.

¹⁸⁵ Mittermüller, Bergbau und Hüttenwesen, 457.

¹⁸⁶ Zitzenbacher, Landeschronik Steiermark, 41.

¹⁸⁷ Zitzenbacher, Landeschronik Steiermark, 40f & 238 & 245.

¹⁸⁸ Ernst Lasnik: Rund um den Heiligen Berg. Geschichte des Bezirkes Voitsberg (Graz/Wien/Köln 1982) 34.

¹⁸⁹ Festschrift 700 Jahre Stadt Voitsberg. Festwoche vom 25. Sept. bis 3. Okt. 1948 (Voitsberg 1948) 14.

Im folgenden Absatz wird die politische Struktur des Bezirks erläutert. In der Zwischenkriegszeit bestanden im Bezirk die Parteien der Sozialdemokraten, Kommunisten, Christlichsozialen, Alldeutsche, Deutschnationale und Deutschdemokraten¹⁹⁰, Nationalsozialisten, der Landbund und Heimatblock. Der Heimatblock bestand aus der Heimwehr und dem Heimatschutz und wurde Anfang der 1930er Jahre gegründet. Führer des Steirischen Heimatschutzes war Walter Pfrimer. Dieser versuchte „am 13. September 1931“¹⁹¹ die Staatsmacht zu übernehmen. Dieser Versuch der Machtübernahme ist heute auch unter „Pfrimerputsch“ bekannt. An diesem Tag wurde in Voitsberg das Rathaus von Schutzbündlern sowie von Arbeiterturnern besetzt. Am 31. März 1938 kam es zur Auflösung der Bezirksvertretung und es folgte eine Eingliederung der Verwaltung in das Deutsche Reich.¹⁹² Seyß-Inquart¹⁹³ wurde im März 1938 von Hitler zum „Reichsstatthalter“ in Österreich ernannt. Die „Anschließung“ von Österreich an Deutschland wurde am 13. März 1938 durch das „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ durchgeführt. Die Hoheitsrechte von dem Staat Österreich sowie des „Bundes“ und der Bundesländer wurden auf das Deutsche Reich übertragen. Der Bundestag, Staatsrat, Länderrat sowie die Landtage und Bundesversammlungen wurden aus diesem Grund aufgelöst. Dadurch gab es einschneidende Veränderungen für die ehemaligen Bundesländer hinsichtlich der Gesetzgebungen, die bis zu diesem Zeitpunkt eigene Gesetzgebungsrechte hatten.¹⁹⁴

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges veränderte sich die politische Situation und bis es zu einer Neuordnung der Verhältnisse kam, übernahm die britische Zivilverwaltung die Entscheidungen. Aufgrund der Tatsache, dass die Briten zunächst nicht die Regierung von Renner anerkannten, wurden zahlreiche Erlässe und Verordnungen erstellt. Die örtlichen PolitikerInnen und BeamtenInnen erhielten dabei jedoch eine eher passive Rolle und übten nur eine Auftragsverwaltung aus. Nach der Kapitulation am 8. Mai, wurden im Bezirk wieder

¹⁹⁰ Die „Deutschdemokratische Partei für Steiermark“ wurde 1918 gegründet. Der Parteiname war eine Anlehnung an die bereits zuvor in Berlin gegründete „Deutsche Demokratische Partei“. Die Partei war für die Staatsform der demokratischen Republik. Zudem war ihr wirtschaftliches und politisches Ideal die Vereinigung von allen Deutschen in Mitteleuropa. (Christian *Neubacher*, „Die Deutschdemokratische Partei in der Steiermark“ (ungedr. wiss. Dipl.-Arb., Wien 2011) 17-20).

¹⁹¹ *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 167.

¹⁹² *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 131-167.

¹⁹³ Arthur Seyß-Inquart (1892-1946) war ab Februar 1938 österreichischer Innenminister und löste Schuschnigg am 11. März 1938 als Bundeskanzler ab. Von 1940-1945 war er in den Niederlanden, das zu diesem Zeitpunkt von der Deutschen Wehrmacht besetzt war, Reichskommissar. 1946 wurde er aufgrund seiner verübten Kriegsverbrechen, u. a. die Deportation der Jüdinnen und Juden aus den Niederlanden, in Nürnberg zum Tode verurteilt. (*Halbrainer/Lamprecht*, Nationalsozialismus in der Steiermark, 417).

¹⁹⁴ Gerhard *Botz*, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940) (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (Wien 1988²) 51 & 61-65.

Gemeindefunktionäre eingesetzt, welche „die kommunale Verwaltung“¹⁹⁵ übernahmen. Auch die neuen Parteien, SPÖ, ÖVP und KPÖ, etablierten sich bereits im Mai. So setzte die SPÖ die Kultur-, sowie Sportvereine wieder ein und belebte diese neu. Für die Nationalratswahl am 25. November 1945 war die SPÖ die stimmenstärkste Partei, gefolgt von der ÖVP und der KPÖ. Im Juli 1949 wurde der Verband der Unabhängigen (VdU) im Bezirk aktiv. Der Verband galt „als Neugründung des nationalen „dritten“ Lagers“¹⁹⁶. In den Nachkriegsjahren versuchten ehemalige Nationalsozialisten immer wieder sich mit ihrem nationalsozialistischen Gedankengut in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Im Bezirk wollte z. B. ein Land- und Forstarbeiter im Jahr 1948 die Zulassung der „Partei der germanisch und der germanisch anverwandten Volksbürgerschaft“ erwirken, welche 1949 jedoch abgelehnt wurde.¹⁹⁷ Mit 1. Oktober 1946 wurde in Voitsberg die britische Behörde „Civil Affairs“ (BE) aufgelöst. Lediglich eine britische FSS-Dienststelle blieb bestehen. Die in Köflach stationiert gewesene militärische Einheit, wurde am 27. Oktober 1947 abgezogen.¹⁹⁸

Für die soziale Struktur des Bezirks wird zu Beginn der religiöse Hintergrund beleuchtet. Neben dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnis, gab es in der Region auch noch den evangelischen und jüdischen Glauben. Weitere größere Glaubensgemeinschaften im Bezirk waren Adventisten, Personen der orthodoxen Kirche und der Islam.¹⁹⁹

Im Jahr 1938 waren im Bezirk mehrere Personen jüdischen Glaubens sesshaft. Unter diesen befanden sich auch Kaufmannsfamilien. Ein Kaufmann wurde im März 1938 in das KZ Buchenwald deportiert und im November wieder freigelassen. Im Februar des Jahres 1939 wanderte er schließlich mit seiner Frau auf legalem Wege aus. Auch eine zweite Kaufmannsfamilie konnte, nachdem der Mann zunächst nach Dachau deportiert wurde, im Jahr 1939 legal nach Palästina „auswandern“. Der Sohn war davor bereits auf dem Seeweg nach Haifa „ausgewandert“. Ein großer Teil der Familien kam in den 1950er Jahren wieder in den Bezirk zurück. Eine, nach dem Tod ihres Mannes aufgrund eines Herzleidens, alleinstehende Frau blieb in Voitsberg. 1944 wurde sie verhaftet und in das Gestapo-Gefängnis in Graz gebracht. Im Anschluss wurde sie in das KZ Theresienstadt deportiert und kehrte von dort im Jahr 1945 als Überlebende ebenfalls nach Voitsberg zurück.²⁰⁰ Trotz der schlechten Erfahrungen und Behandlungen seitens der Nationalsozialisten entschieden sich

¹⁹⁵ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 197.

¹⁹⁶ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 197.

¹⁹⁷ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 197f.

¹⁹⁸ StLA, BH Voitsberg, K.444, Jg.: 1946, Situationsbericht für die Zeit vom 21.10. bis 20.11. 1946.

¹⁹⁹ Mittermüller, Religion und Glauben im Bezirk Voitsberg, 583 & 541 & 586.

²⁰⁰ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 182f.

viele der ehemaligen jüdischen BewohnerInnen nach Ende des Krieges in den Bezirk Voitsberg zurückzukommen und nicht für eine Auswanderung.

In der Nachkriegszeit herrschte, wie in vielen Orten Österreichs, Wohnungsknappheit. Daher wurden zwischen den Jahren 1953 und 1965 zahlreiche neue Wohnhäuser und Wohnsiedlungen gebaut. Insgesamt waren es in Voitsberg 19 Wohnhäuser, die 272 Wohnungen zur Verfügung stellten. In Köflach baute vor allem die Glasfabrik für ihre ArbeiterInnen Wohnhäuser. So entstanden dort 312 Arbeiterwohnungen. In den ersten zwei Jahrzehnten nach Kriegsende wurden im Bezirk nicht nur neue Wohnhäuser errichtet, sondern es entstanden auch neue öffentliche Gebäude (Volksheime, Hallenbäder und Schulen) und die Infrastruktur wurde weiter ausgebaut.²⁰¹ Viele Gemeindeämter und Schulen, vor allem in den ländlichen Ortschaften wurden neu gebaut oder ausgebaut.²⁰² Im Jahr 1953 entstand die Knabenhauptschule in Köflach. Das Gebäude gehörte zum größten Gebäude, welches in der Nachkriegszeit im Land errichtet wurde. Im Gegensatz zu dem neuen Gebäude der männlichen Schüler wurde die Mädchenhauptschule in der ehemaligen Bürgerschule, ebenfalls in Köflach, eingerichtet.²⁰³

Zum Schluss erfolgt ein Überblick über die wirtschaftliche Situation im Bezirk. Die zwei großen Wirtschaftszweige im Bezirk waren die Glasindustrie und der Kohlenbergbau. Im 19. Jahrhundert gab es zudem noch eine Eisenindustrie. Neben dem Kohlenbergbau gab es außerdem noch Kalksteinbrüche und Marmorbrüche.²⁰⁴

Nach Kriegsende mussten die Rückstände in der Technik aufgeholt werden. Die Betriebe wurden modernisiert, damit sie wieder konkurrenzfähig werden konnten. Das war vor allem durch die Hilfe des ERP (European Recovery Program)²⁰⁵ möglich. Es wurde ein sogenannter „Kohlenplan“ entwickelt, welcher auf 15 Jahre angelegt war. Der Bergbau im Bezirk wurde auf seine Vorkommen hin überprüft, damit festgestellt werden konnte, ob sich dort die Arbeit noch lohnte oder nicht.²⁰⁶ Die Braunkohle wurde durch andere Energieträger, wie dem Erdöl oder Erdgas sowie der elektrischen Energie und durch den Import von Steinkohle verdrängt.

²⁰¹ Mittermüller, Der Bezirk als Wirtschaftsraum, 300.

²⁰² Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 201.

²⁰³ Franz Mittermüller, Schule und Bildung im Bezirk Voitsberg. In: Walter Brunner, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 593-634, hier 610.

²⁰⁴ Mittermüller, Bergbau und Hüttenwesen, 457 & 465.

²⁰⁵ Das ERP war ein amerikanisches Wiederaufbauprogramm, welches der damalige US-Außenminister Marshall im Jahr 1947 erstmals erwähnte und heute als „Marshallplan“ in den Geschichtsbüchern seinen Platz gefunden hat. Er fungierte als Auslandshilfegesetz und wurde 1948 von dem damaligen US-Präsidenten Truman unterzeichnet. Österreich bekam als europäisches Land nach Norwegen, das zweithöchsten Budget (In: Edith Hörandner, Stefan Benedik Karner, Hg., "Durch die Jahre ist es immer besser geworden". Alltagsbewältigung in der Steiermark 1945 – 55 (Volkskunde Bd. 13, Wien 2007) 38).

²⁰⁶ Mittermüller, Bergbau und Hüttenwesen, 481f.

Am Ende der 1950er Jahre kam es zu einer Krise im Kohlenbergbau. Infolgedessen wurden zahlreiche Arbeitsplätze gestrichen. Zu dieser Zeit setzte bereits der Niedergang des Bergbaus ein. Noch Mitte der 1950er Jahre waren 5 500 ArbeiterInnen im Bergbaubereich beschäftigt, 1965 waren es nur mehr 4 100.²⁰⁷ Im Jahr 2004 wurde der Braunkohlenbergbau schließlich ganz aufgegeben.²⁰⁸

Bereits in den ersten Wochen nach Kriegsende, war das Interesse an einem Wiederaufnehmen der Produktionen im Bezirk groß. Dies war jedoch nur begrenzt möglich, da oft die Rohstoffe wie auch die elektrische Energie fehlten. Außerdem wurde die Kohlenzuteilung von Wien aus gelenkt. Die Schuhfabrik in Köflach beschäftigte 230 ArbeiterInnen. Des Weiteren gab es in Krottendorf ein Sägewerk, welches das modernste in der Weststeiermark war. Auch die Firmen „Austrolith“ (Leichtbauplattenwerk in Voitsberg), die Familie Wagner (Lohwerk in Afling) und die Porzellanfabrik in Köflach nahmen ihren Betrieb wieder auf. 1952 wurde das erfolgreiche Möbelhaus von Werner Gröbl in Köflach gegründet, welches später zu einem steirischen Möbelimperium wuchs. Zudem gab es das Sensenwerk Krenhof und die Firma Bauer in Voitsberg, die für den Bereich der Landwirtschaft produzierte.²⁰⁹

Neben den Rückständen in der Technik, gab es nach Kriegsende noch die schlechte Versorgungslage der Einheimischen. Deshalb kam es in Voitsberg im April 1946 „zu einer Hungerdemonstration“²¹⁰. An dieser Demonstration nahmen 300 Menschen teil. Der Großteil waren Frauen von Männern, die in den Glasfabriken oder im Bergbau arbeiteten. Neben den Forderungen von mehr Lebensmitteln gab es das Anliegen, ehemalige Nationalsozialisten aus den Behörden und Ämtern zu entfernen. Ein Streik der ArbeiterInnen im Dampfkraftwerk in Bärnbach im Jahr 1947 führte dazu, dass die Weststeiermark acht Stunden ohne Strom war. Die Streikenden forderten mehr Lebensmittel sowie eine bessere Zuteilung von Schuhen und Arbeitskleidung. Erst 1948 stabilisierte und verbesserte sich die wirtschaftliche Lage im Bezirk, vor allem mit der Hilfe des Marshallplans. Obwohl sich ein Aufschwung in der Industrie und im Bergbau für die ArbeiterInnen vollzog, fand ein Rückgang der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft statt. Durch die besseren Verdienstmöglichkeiten und Lebensverhältnisse als ArbeiterInnen in der Industrie und im Bergbau kam es zu einer Abwanderung der LandarbeiterInnen und der Besitzersöhne. Somit verkleinerten sich die bäuerlichen Betriebe und es kam zu einem Rückgang der Wiesen-, sowie Ackerflächen.

²⁰⁷ Franz Mittermüller, Der Bezirk als Wirtschaftsraum. In: Walter Brunner, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 253-340, hier 303f.

²⁰⁸ Mittermüller, Bergbau und Hüttenwesen, 490.

²⁰⁹ Mittermüller, Der Bezirk als Wirtschaftsraum, 301f.

²¹⁰ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 198.

Stattdessen entstanden neue Weideflächen. Obwohl sich die Wirtschaft wieder erholte, traten noch immer Versorgungsschwierigkeiten auf und es gab viele unterernährte Menschen. Um diesen Versorgungsschwierigkeiten etwas entgegenzuwirken, wurde in Voitsberg noch im Jahr 1949 ein Dampfkochkessel errichtet, in welchem für 900 Kinder Essen zubereitet werden konnte. Weitere Aspekte einer verbesserten Wirtschaft war der Ausbau des Fremdenverkehrs. Zu diesem Zweck wurden sogar Verschönerungsvereine und Fremdenverkehrsvereine in Köflach sowie in Edelschrott gegründet.²¹¹

5.2. Der Bezirk Voitsberg 1945

Wie gestaltete sich die Flüchtlingssituation im Bezirk Voitsberg in den ersten Nachkriegsjahren? Vor allem die Städte Köflach und Voitsberg spielten dabei eine besonders hervorzuhebende Rolle, da sich in den ersten Nachkriegswochen zwischen den beiden Städten eine Demarkationslinie bildete, welche auch den Zugverkehr nach Köflach einstellte. Die Demarkationslinie zwischen der britischen und sowjetischen Besatzung verlief nach Kriegsende durch den Freisinggraben, Kainach, Wascher und Eckwirt.²¹²

Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai, war die Situation im Bezirk Voitsberg, welche vor allem durch seine geografische Lage beeinflusst war, relativ chaotisch. Denn durch diesen Bezirk zogen, wie es in vielen Teilen von Österreich und auch in der Steiermark in den ersten Kriegswochen vorkam, hunderte von Flüchtlingen, Soldaten und Kriegsgefangene. Dieser Flüchtlingsstrom setzte in Ungarn ein. Neben den Flüchtlingen von deutschsprachigen Minderheiten, gab es auch jene Menschen, die aus Graz bzw. aus der Oststeiermark in den Westen flüchteten. Aufgrund der großen Flüchtlingszahlen im Bezirk wurden Flüchtlingsauffanglager eingerichtet. Eines dieser Lager befand sich in Köflach, in welchem sich die Lehrkräfte um die Flüchtlinge kümmerten. Eine weitere Flüchtlingswelle erfolgte am 1. April. Die Menschen aus der Oststeiermark flohen vor allem wegen den Gerüchten einer sowjetischen Besatzung. Durch diesen erneuten Flüchtlingsstrom wurden zahlreiche Schulen und Pfarrhöfe als Quartiere für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.²¹³

Wie bereits erwähnt wurde, gab es neben den Flüchtlingen auch noch Kriegsgefangene, welche durch den Bezirk zogen. Dabei orientierten sie sich Richtung Gaberl und der

²¹¹ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 198f.

²¹² Brunner, Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon, 112.

²¹³ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 192.

Obersteiermark. Es handelte sich um britische, französische und sowjetische Gefangene, die täglich zu hundert durch den Bezirk zogen. Durch den enormen Flüchtlingsstrom kam es auf der Salla-Straße und auf der Packstraße zu einer Staubildung. Die Menschen versuchten der sowjetischen Besatzung zu entkommen und wollten über die Packstraße nach Kärnten in die amerikanische Besatzungszone fliehen.²¹⁴

Die EinwohnerInnen des Bezirks warteten voller Bangen darauf, welche Besatzungsmacht in ihrer Stadt das Kommando übernehmen würde. Sie informierten sich dabei über den „Volksempfänger“²¹⁵ über die aktuellen militärischen Geschehnisse. Noch am 7. Mai 1945 hieß es, dass die sowjetische Armee auf dem Vormarsch in Richtung Deutschlandsberg und Voitsberg wäre. Die Frage war, ob die Sowjets oder die Engländer als Erste dort eintreffen würden. Am 8. Mai drang die Nachricht nach Voitsberg vor, dass sich die Engländer vom westlich gelegenen Ort Edelschrott Voitsberg näherten und die sowjetischen Truppen bereits in Söding waren.²¹⁶ Bevor jedoch eindeutig geklärt war, welche Besatzungsmacht sich im Bezirk durchsetzen würde, hielt sich die Bevölkerung der Stadt Köflach überwiegend in den westlich gelegenen Wäldern auf.²¹⁷ Am 9. Mai erreichten britische Truppen Köflach und besetzten die Stadt. Ihr Vormarsch über die Packstraße wurde vor allem von den fliehenden deutschen Einheiten sowie Flüchtlingen verzögert. Die sowjetische Armee besetzte die Stadt Voitsberg und „bei der Gradnerkapelle verlief“²¹⁸ die Demarkationslinie, welche Voitsberg unter sowjetische Besatzung stellte und Köflach unter britische.²¹⁹ Die Kommandantur der Engländer befand sich in den Räumlichkeiten des Brauhauses. Am Hauptplatz von Köflach wurden vier Artilleriegeschütze aufgestellt. Der Zugverkehr von Graz nach Köflach war dadurch unterbrochen und die Menschen konnten nur mehr bis Voitsberg fahren.²²⁰

Durch diese Grenzziehung wurde das Leben der Bewohner des Bezirks Voitsbergs nach dem Krieg noch einmal zusätzlich erschwert. Diese Demarkationslinie bedeutete für die Menschen nicht nur einen gewaltigen Einschnitt in ihr Leben, sondern beeinflusste auch die Wirtschaft

²¹⁴ *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 192.

²¹⁵ Der Volksempfänger war ein kostengünstiger und einfacher Radio, welcher nach 1933 von Goebbels, nach der Gleichschaltung der deutschen staatlichen Sendeanstalten, in Auftrag gegeben wurde. Seine Typbezeichnung lautete „VE-301“. (Sven Felix *Kellerhoff*, Goebbels' beste Idee war der Volksempfänger. Online unter: <<http://www.welt.de/geschichte/article119046691/Goebbels-beste-Idee-war-der-Volksempfänger.html>> (5. Juni 2016).

²¹⁶ *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 192; weitere Literatur: Heimo *Halbrainer/Victoria Kumar*, Hg., Kriegsende 1945 in der Steiermark. Terror, Kapitulation, Besatzung, Neubeginn (Graz 2015).

²¹⁷ Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht von M. K. über das Kriegsende in Köflach (o.J.).

²¹⁸ *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 193.

²¹⁹ *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 192f.

²²⁰ Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht von M. K. über das Kriegsende in Köflach (o.J.).

und erschwerte den Verkehr. Des Weiteren wurde in der Stadt Köflach eigens eine Bezirkshauptmannschaft eingerichtet.²²¹

In den ersten Kriegswochen war die Stadt Köflach überfüllt mit den Flüchtenden und Rückkehrern sowie Durchwanderer, die alle Richtung Westen wollten. Diese ließen alles was sie nicht unbedingt zum Überleben benötigten in Köflach zurück. So fanden sich in der Stadt, auf den Straßen, Wiesen und in den Bächen Feldküchen, Motorräder, Pferde, militärische Ausrüstung, Waffen und Munition.²²²

Im Jahr 1945 befanden sich ab Mai „viele ehemalige Wehrmachtsangehörige aus der Oststeiermark“²²³ in der Gemeinde Graden. Diese warteten dort bis die sowjetischen Soldaten die Oststeiermark wieder räumten und arbeiteten in der Zwischenzeit bei den Bauern in der Gemeinde mit. Viele Gemeindemitglieder halfen Deserteuren, Kriegsgefangenen und Flüchtlingen während der letzten Kriegswochen. Auch in der Gemeinde Gößnitz wurden am Ende des Jahres 1944 Polen, Ukrainerinnen und Ukrainer, sowjetische sowie französische Kriegsgefangene zur Arbeit eingesetzt. 1947 wurden unter der britischen Besatzung Häftlinge für den Kohlenbergbau im Barbaraschacht in Piberstein eingesetzt. In der Glasfabrik in Köflach arbeiteten im August 1941 18 französische Kriegsgefangene und in der Schuhfabrik im Jahr 1943 einige französische Zwangsarbeiterinnen²²⁴, sowie im Bergbau von Karlschacht sowjetische Kriegsgefangene. In der Gemeinde Kowald arbeiteten im November 1944 22 Franzosen in der Glasfabrik, 30 ausländische Arbeiter im Ziegelwerk und 81 in der Landwirtschaft. Diese waren entweder in der Glasfabrikbaracke oder beim Ziegelwerk einquartiert. Auch in der Gemeinde Rosental an der Kainach befanden sich im Juli des Jahres 1944 „Ostarbeiter“- Lager und Gefangenenlager. Hier waren vor allem sowjetische Kriegsgefangene sowie Ostarbeiter untergebracht. Die Gefangenen arbeiteten im Bergbau. Im Spätherbst des Jahres 1944 kamen sogenannte „volksdeutsche“ Flüchtlinge aus Jugoslawien und Rumänien in den Quartieren unter. Manche von ihnen wurden sogar in der Ortschaft sesshaft.²²⁵ Die ZwangsarbeiterInnen in der Steiermark wurden oft auf Bauernhöfen untergebracht und somit blieb ihnen die Unterbringung in Barackenlagern erspart.²²⁶

²²¹ Reismann, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 192f.

²²² Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht von M. K. über das Kriegsende in Köflach (o.J.).

²²³ Brunner, Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon, 69.

²²⁴ Weiterführende Literatur zum Thema ZwangsarbeiterInnen Stefan Karner/Peter Ruggenthaler, Hg., Zwangsarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945 (Bd. 26/2) Wien/München 2004).

²²⁵ Brunner, Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon, 63-269.

²²⁶ Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 255.

6. Flüchtlinge in der Steiermark

Die Steiermark war wegen ihrer südöstlichen Lage für viele Flüchtlinge das Hauptziel ihrer Flucht. Die Lage war jedoch nicht der einzige Anlass für diesen großen Flüchtlingszustrom in der Steiermark. Ein weiterer Grund waren die politischen Umgestaltungen in den angrenzenden Ländern von Österreich. Zum Teil wurden diese in den Herrschaftsbereich der Sowjetunion eingebunden und von ihnen kontrolliert. Bereits vor den Veränderungen, welche nach Kriegsende eintraten, war die Steiermark für viele „volksdeutsche“ Umsiedler eine Aufnahme sowie Durchschleusungsstation gewesen.²²⁷

Die Untersteiermark gehörte bis zum Friedensvertrag von St. Germain 1919 über 770 Jahre zum Herzogtum Steiermark. Ohne eine Volksabstimmung wurde sie nach dem Ersten Weltkrieg von der restlichen Steiermark getrennt und gehörte dann dem „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“²²⁸ an, welches neu gegründet wurde. In dem abgetretenem Gebiet lebte jedoch noch immer eine große deutschsprachige Bevölkerung, die 74 000 Personen umfasste. Nach dem deutschen Überfall auf Jugoslawien im April 1941 wurde die Untersteiermark dem Deutschen Reich angeschlossen, die männliche Bevölkerung wurde ab dann auch in die deutsche Wehrmacht eingezogen.²²⁹ Slowenien wurde nach dem erfolgreichen Überfall zwischen dem Deutschen Reich, Ungarn und Italien aufgeteilt. Die Untersteiermark und Krain fielen an das Deutsche Reich. Es wurden die nationalsozialistischen Verordnungen eingesetzt, dabei kam es zur Aufhebung der jugoslawischen Rechtsprechung und die Bevölkerung war ab diesem Zeitpunkt völlig rechtslos.²³⁰ Die Untersteiermark wurde in den Reichsgau Steiermark eingebunden und bekam eine eigene Zivilverwaltung. Chef dieser Verwaltung war Uiberreither, der steirische Gauleiter.²³¹ In den Monaten November 1941 bis Februar 1942 wurden 15 000 Menschen aus Gottschee und Laibach, nach Unterkärnten sowie in die Untersteiermark umgesiedelt. Den in

²²⁷ Gabriela Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955. Dargestellt am Fallbeispiel der Lager Kapfenberg. In: Siegfried Beer, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommision für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 213-233 hier 213.

²²⁸ O. Werther, Die Untersteiermark von 1918 bis 1945. In: Helmut Strobl, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 36-49, hier 36.

²²⁹ Werther, Die Untersteiermark von 1918 bis 1945, 36-43; weiterführende Literatur zur Untersteiermark Harald Heppner, Hg., Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, München 2002).

²³⁰ Eckart Dietzfelbinger, „...dieses Land wieder ganz und gar deutsch zu machen.“ Das Motiv der „Rasse“ in der NS-Ideologie und seine Umsetzung am Beispiel Slowenien. In: Gerhard Jochem/Georg Seiderer, Hg., Entrechtung, Vertreibung, Mord. NS-Unrecht in Slowenien und seine Spuren in Bayern 1941-1945 (Berlin 2005) 23-64, hier 33f.

²³¹ Stefan Karner, Hg., Die Stabsbesprechungen der NS-Zivilverwaltung in der Untersteiermark 1941-1944 (Graz 1996) 9.

der Untersteiermark angesiedelten Menschen wurden Gehöfte, welche zuvor von den nun ebenfalls zwangsumgesiedelten Slowenen geführt wurden, zur Bewirtschaftung zugeteilt. Die Slowenen wiederum wurden entweder in den östlichen Teil des Deutschen Reiches gebracht oder zum Teil von den Behörden aus Italien nach Südslowenien umgesiedelt. So verloren auch die zwangsumgesiedelten SlowenenInnen durch die Politik der Nationalsozialisten ihre Heimat.²³²

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches flohen viele Menschen der in der Untersteiermark befindlichen deutschsprachigen Bevölkerung in die Steiermark oder nach Kärnten. Dennoch glaubten viele von ihnen an ein friedliches Zusammenleben mit der slowenischen Bevölkerung und blieben in ihrer Heimat. Die verbliebenen deutschsprachigen Personen in Jugoslawien wurden jedoch all ihrer staatlichen sowie bürgerlichen Rechte beraubt. Viele von ihnen wurden in Gefängnisse gesperrt bzw. in Lager gebracht, es kam zu zahlreichen gewalttätigen Übergriffen bis hin zum Mord gegen die deutschsprachige Bevölkerung²³³. *Werther* schreibt, dass sich vor allem in der Umgebung der Städte Cilli, Marburg, Pettau und Mahrenberg zahlreiche Massengräber befinden, die von diesen Taten zeugen. Er sagt dabei aber auch, dass es lediglich Berichte davon gibt, erwähnt jedoch keine expliziten Personen. Die Opfer dieser Vergehen in der Nachkriegszeit waren nicht nur jene deutschsprachige Bevölkerung die sich offen zu den Nationalsozialisten bekannt hatten, sondern auch jene die schon immer eine kritische und eher zurückhaltende Ansicht gegenüber den Nationalsozialisten besaßen. Das Ziel der jugoslawischen Politik nach Kriegsende war es, die deutschsprachige Bevölkerung aus dem Land zu schaffen.²³⁴

Die Steiermark galt als Aufnahmeland von deutschsprachigen, wie auch von den fremdsprachigen Flüchtlingen.²³⁵ Viele der sich in der Steiermark befindenden Flüchtlinge, ehemaligen ZwangsarbeiterInnen oder auch deutschen Soldaten, welche aus Jugoslawien und Ungarn heimkehrten, versuchten in den ersten chaotischen Nachkriegswochen, von der Sowjetunion, Bulgarien und Jugoslawien besetzten Steiermark in die amerikanische oder britische Besatzungszone zu gelangen. Nachdem im Juli 1945 geklärt war, dass die Steiermark britische Besatzungszone war, versuchten sich die Besatzer zunächst einen Überblick über die zahlreichen DP's und Flüchtlinge zu verschaffen. Dieser Prozess dauerte

²³² *Windisch*, Kommen. Bleiben. Gehen, 35f.

²³³ Zu den Morden an der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe in Slowenien nach dem Krieg siehe *Stefan Karner*, Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939-1997 (Klagenfurt/Ljubljana/Wien 1998).

²³⁴ *Werther*, Die Untersteiermark von 1918 bis 1945, 46f.

²³⁵ *Engelke*, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 37.

Wochen. Viele der Flüchtlinge und DP's hielten sich in dieser Zeit auf Bauernhöfen auf. Da ein großer Arbeitermangel vor allem in der Landwirtschaft herrschte, wurden viele Flüchtlinge, welche erst nach Kriegsende in die Steiermark kamen, in diesem Arbeitsbereich eingesetzt. Dabei konnten auch die offiziellen Stellen, wie das Arbeitsamt, umgangen werden. Für die Flüchtlinge wurden ab Herbst 1945 die Barackenlager in Beschlag genommen und umgebaut.²³⁶

Im Jahr 1940 wurden zahlreiche Barackenlager errichtet, darunter befanden sich auch große Siedlungen. Später wurden diese Baracken für ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene genutzt. Vor allem in der Nähe von großen Firmen in Industriegebieten, wie z.B. in Eisenerz, Kapfenberg oder Judenburg wurden extra Barackenlager errichtet. Nach dem Ende des Krieges wollten die ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen wieder zurück in ihre Heimat. Die Repatriierung in die westlichen Länder verlief meist problemlos, wohingegen die Rückführung der ZwangsarbeiterInnen in die östlichen und südlichen Länder einige Probleme aufwies, da es unter anderem zu Transportproblemen kam.²³⁷ Insgesamt gab es in der Steiermark 14 Lager, welche von den Briten verwaltet wurden. Zusammen fassten diese 15 177 Menschen.²³⁸

Die fremdsprachigen Flüchtlinge wurden entweder in den beschlagnahmten Fabrikhallen, Kasernen oder Lagern untergebracht, in welchen zum Teil auch deutschsprachige einquartiert waren. Viele Flüchtlinge mussten jedoch selbst für eine Unterkunft sorgen, da die Versorgungslage zu Beginn sehr schlecht war. Daher bemühten sich vor allem die „volksdeutschen“ Flüchtlinge eine Arbeit am Land als Knecht oder Magd sowie auch am Bau als Hilfsarbeiter, im Gegenzug für einen Schlafplatz und Essen, zu bekommen. Besonders Graz und seine Umgebung sowie die Bezirke Leibnitz, Judenburg, Leoben und Bruck/Mur erhielten einen großen Zustrom von Flüchtlingen. In Graz erhofften sie sich Arbeit und eine Wohnmöglichkeit, in den restlichen eben angeführten Bezirken waren vor allem die dort errichteten Lager für die große Anzahl an Flüchtlingen verantwortlich.²³⁹

Nach Kriegsende befanden sich geschätzte 300 000 DP's und Kriegsgefangene in der Steiermark. In der Mitte des Jahres 1946 gab es 76 249 registrierte „Ausländer“ („Volksdeutsche“, „Reichsdeutsche“, jugoslawische Staatsangehörige und auch Mitglieder

²³⁶ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 214f.

²³⁷ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 213f.

²³⁸ Gabriela Stieber, Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945-1960. In: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Michael Gehler/Rolf Steininger, Hg., Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 11, Innsbruck/Wien 1995) 67-93, hier 72.

²³⁹ Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 106.

der ungarischen Armee, welche mit dem Deutschen Reich verbündet waren).²⁴⁰ Eine Anzahl der tatsächlich befindlichen DP's und Flüchtlinge in der Steiermark im Jahr 1945 kann hingegen nach *Stieber* nicht gemacht werden. Obwohl es Aufzeichnungen der britischen Besatzung über die Anzahl der Flüchtlinge gibt, müssen diese als unzulässig betrachtet werden. So hielten sich, laut einem Bericht vom April 1946, 59 000 Flüchtlinge in der Steiermark auf. In diesen Zahlen sind jedoch nur jene Flüchtlinge enthalten, welche nicht in Lagern lebten. Die Lager für Flüchtlinge waren zunächst unter britischer Aufsicht. Erst im August 1946 wurde eine realistische Aufstellung der sich in der Steiermark befindenden Ausländer gemacht. Zu diesen Personen zählten nicht nur die Flüchtlinge und DP's, sondern auch Südtiroler (3 000) und „Reichsdeutsche“ (10 000). Die Anzahl umfasste 94 000 Personen.²⁴¹

Tab. 1: Auflistung der 94 000 Personen²⁴²

Angehörige von osteuropäischen Staaten	31 000
„Volksdeutsche“	40 000
Jüdinnen und Juden	1 500
Angehörige der westeuropäischen Staaten	2 000
ohne oder ungeklärte Staatsbürgerschaft	6 500
Personen die in Lager lebten	15 000

Die Alliierten übernahmen, nach dem zweiten Kontrollabkommen im Juni 1946 die Verantwortung über die DP's in Österreich.²⁴³ Im Jahr 1947 hielten sich Ende Juli 77 643 Flüchtlinge in der Steiermark auf, wovon 42 708 deutschsprachige und 34 935 fremdsprachige Flüchtlinge waren.²⁴⁴

Während des Jahres 1948 übergaben die Briten jene Lager mit den „Volksdeutschen“, der österreichischen Verwaltung und erst Ende 1949 wurden auch die fremdsprachigen DP Lager in österreichische Obhut gegeben. In den unmittelbaren Nachkriegsmonaten wurden in der britischen Besatzungszone von der PW&DP („Prisoners of War and Displaced Persons“) Division 25 Lager verwaltet. Durch die teilweise Übernahme der Lager von der UNRRA

²⁴⁰ *Karner*, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 331.

²⁴¹ *Stieber*, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 215.

²⁴² *Stieber*, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 215.

²⁴³ *Stieber*, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 215.

²⁴⁴ *Windisch*, Kommen Bleiben Gehen, 106.

verringerte sich diese Zahl. Aber auch die Verbesserung der Wohnverhältnisse trug ihren Teil dazu bei, wodurch viele Lager, welche in einem nicht so guten Zustand waren, aufgelöst wurden. Zuständig für die Hilfe der Umsiedlung von „Volksdeutschen“ und „Reichsdeutschen“, welche „unter die Bestimmung von Potsdam fielen“²⁴⁵ war ab dem Jänner 1946 die sogenannte Abteilung „12U“ des Innenministeriums. Mit der Übergabe der Lager durch die britische Besatzung an die österreichische Regierung übertrugen sie Schritt für Schritt weitere Kompetenzen an Österreich bzw. an die Landesumsiedlungsstellen²⁴⁶ und der Abteilung „12U“. Diese erweiterten Aufgaben erstreckten sich auf die Betreuung der im Lager befindlichen Menschen, Lagerführung und Koordinierung der ausländischen, kirchlichen und österreichischen Organisationen bei den Hilfsmaßnahmen. Zudem mussten sie bei den Emigrationsprogrammen mithelfen und schlussendlich auch die Integrationsmaßnahmen übernehmen, welche dabei helfen sollten das Flüchtlingsproblem zu lösen.²⁴⁷ Die Abteilung „12U“ war ausschließlich auf die „volksdeutschen“ Flüchtlinge und auf die „Reichsdeutschen“ ausgelegt. Nach dem Jahr 1950 als Österreich die Flüchtlingslager verwaltete, war diese Abteilung die höchste Instanz bei den Flüchtlingsfragen.²⁴⁸

Schrittweise wurde der österreichischen Regierung von den britischen Besatzern die Verantwortung der Lager übergeben. Zunächst kontrollierte die britische Besatzungsmacht die Vorgehensweisen der österreichischen Regierung in den Lagern ihrer Besatzungszone sehr genau und übten auch immer wieder Kritik an der Lagerleitung, bis schließlich im Jahr 1951 alle Lager in der Verantwortung von Österreich waren. Mit der Übergabe der IRO Lager im Jahr 1952 befanden sich schließlich alle sich im Land befindenden Lager unter der Zuständigkeit der österreichischen Regierung.²⁴⁹ Die endgültige Entscheidungsbefugnis über die Lager bekam Österreich jedoch erst 1955. Bis dorthin brauchten sie immer, z.B. bei der Auflösung von Flüchtlingslagern, das Einverständnis der Alliierten.²⁵⁰

Die österreichische Regierung musste für die Verpflegung der Flüchtlinge aufkommen. Auch in den kritischen ersten Nachkriegsmonaten beharrten die Briten darauf, dass die in den Lagern untergebrachten DPs 2 000 Kalorien am Tag zu essen bekamen. Nach den

²⁴⁵ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 215.

²⁴⁶ In der Steiermark war die Landumsiedlungsstelle ein Amt von der Landesregierung. Als ein Amt war sie der Fürsorgeabteilung eingeordnet und ihre Entscheidungen oblagen dem Innenministerium bei der Abteilung „12U“. (Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 215.).

²⁴⁷ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 215.

²⁴⁸ Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, 148.

²⁴⁹ Stieber, Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945-1960, 72.

²⁵⁰ Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, 146.

schwierigen Verhältnissen im April 1946 in Hinsicht der Verpflegung in den Wintermonaten 1945/46 wurden die Rationen der DP's auf jene der österreichischen Bevölkerung gesenkt. Das hieß, dass sie ab diesem Zeitpunkt ebenfalls nur mehr die Mindestration bekamen. Jedoch wurde diese in den Lagern mit der Hilfe von verschiedenen Flüchtlingsorganisationen durch zusätzliche Lieferungen verbessert. Von der Betreuung der Besatzungsmächte waren all jene DP's und Flüchtlinge ausgenommen, welche selbst für ihre Unterkunft und Arbeit sorgen konnten. Diese erhielten vorerst eine dreimonatige Aufenthaltserlaubnis und wurden „nach den Richtlinien der Ausländerpolizeiverordnung von 1938 behandelt“²⁵¹. Nach Ablauf dieser Frist konnten sie zumeist bis auf Widerruf in Österreich bleiben. Nur in Ausnahmefällen bekamen sie eine Hilfestellung von internationaler Seite, ansonsten waren sie den österreichischen Bürgern gleichgestellt.²⁵²

7. Flüchtlingsgruppen im Bezirk Voitsberg

Welche Flüchtlingsgruppen befanden sich im Bezirk?

Die Flüchtlingsgruppen im Bezirk setzten sich aus (jüdischen) ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene die sich bei Kriegsende hier aufhielten und den deutschsprachigen Minderheitengruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Ungarn zusammen. Aber auch die Flucht der österreichischen Bevölkerung im Land muss dabei berücksichtigt werden, die ebenfalls eine eigene Gruppe bildeten. Die Bevölkerung von Graz wurde aufgrund der seit dem Sommer 1943 zahlreichen Bombenangriffen der Alliierten, in die westlichen Gebiete der Steiermark evakuiert. Im Gemeindegebiet von Geistthal brachten viele GrazerInnen im Oktober 1943 ihren Besitz bzw. ihre Wertgegenstände in Sicherheit. Bereits zu Beginn des Jahres 1944 gab es einen starken Zustrom an Flüchtlingen aus Graz. Ab dem 1. April 1945 kamen Flüchtlinge in den Ortsteil Graden. Diese wurden in der Schule und im Pfarrhof untergebracht. Zu Beginn des Jahres 1945 wuchs die Anzahl von den Flüchtlingen in der Gemeinde Kainach. Am Ostersonntag 1945 gab es erneut einen großen Flüchtlingsstrom.²⁵³ Darunter befanden sich vor allem Frauen mit ihren Kindern, alte Menschen und Schwerinvalide. Sie machten sich mit Fahrrädern, Kinderwagen und Handwagen auf den

²⁵¹ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 216.

²⁵² Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 216.

²⁵³ Brunner, Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon, 55-69 & 112.

Weg. Nachdem die ersten Bomben auf die Stadt Graz fielen, gab es Sammelplätze von denen Lastautos die Menschen nach St. Michael, Leoben und Voitsberg fuhren.²⁵⁴

Durch den Vormarsch der sowjetischen Armee nach Graz in den letzten Kriegswochen wurde das dortige Lazarett in der Nacht vom 31. März auf den 1. April 1945 geräumt und in die Volksschule in Köflach verlegt. Ebenfalls wurde in der Schulchronik vermerkt, dass ein großer Flüchtlingsstrom aus der Oststeiermark, vor allem befanden sich darunter viele BewohnerInnen von Graz, einsetzte. Zu einem großen Teil zogen diese Flüchtlinge durch Köflach weiter über die Pack nach Kärnten. Auch eine große Anzahl an Fahrzeugen der Wehrmacht wurde durch die Stadt Köflach gebracht.²⁵⁵ Hervorzuheben ist die geographische Lage der Steiermark bzw. des Bezirks bei der Wahl der Flüchtlingsroute. Die beiden Gebirgspässe Gaberl und Pack spielten dabei eine bedeutende Rolle. Diese führten den Flüchtlingsstrom während der letzten Kriegswochen aus dem Osten durch den Bezirk Richtung Westen.

Viele Flüchtlinge sowie Jüdinnen und Juden und Kriegsgefangene durchquerten, wegen dem Vordringen der sowjetischen Armee an der Grenze von Ungarn, den Bezirk Voitsberg. In den Aufzeichnungen von O. S. ist herauszulesen, dass sich die Kriegsgefangenen sowie Jüdinnen und Juden in einer fürchterlichen körperlichen Verfassung befanden. Unter den Flüchtenden waren auch Angehörige der französischen, italienischen, ungarischen und britischen Armee sowie der deutschen Wehrmacht. Durch die vielen Flüchtenden sowie den Motorrädern, Panzerwagen, Wagen und Reitern staute es sich bald auf der Packstraße.²⁵⁶ Die Packstraße führt über die Pack nach Kärnten. Die Pack ist einer, wie bereits erwähnt wurde, von zwei Gebirgspässen des Bezirks.

Die Hilfsbereitschaft der BewohnerInnen des Bezirks für die Flüchtlinge war in dieser Zeit groß. Obwohl die letzten Kriegswochen auch für sie chaotisch und belastend waren, halfen viele Bauern, vor allem in der Gemeinde Gößnitz. Sie versteckten Deserteure, Flüchtlinge sowie auch geflüchtete Kriegsgefangene. Außerdem gaben sie ihnen zu essen und stellten ihnen Unterkünfte zur Verfügung.²⁵⁷

²⁵⁴ Stadtarchiv Köflach, Reinhard *Krebernik*, Stadtchronik von Köflach (Bd. 4., o. S.)

²⁵⁵ Stadtarchiv Köflach, Stadtarchiv Köflach Quelle: Schulchronik Volksschule Köflach-Grazerstraße 1942-1968.

²⁵⁶ Stadtarchiv Köflach, Dokumentation von O. S., Kinobesitzer in Köflach (o.J.).

²⁵⁷ *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005, 191.

Nach der Forschung von *Windisch* sticht Voitsberg, neben Graz und Umgebung sowie Leibnitz, Bruck/Mur und Leoben, als ein „Flüchtlingsbezirk“²⁵⁸ hervor. Diese Erkenntnis gewann sie vor allem durch die Auswertung der Taufscheine sowie Trauungsbescheinigungen und ihren Ausstellungsorten, welche wiederum einen Rückschluss des Aufenthalts von den Flüchtlingen zuließ. Wie bereits erwähnt wurde, gab es in den Bezirken wie z.B. Leibnitz, Judenburg und Kapfenberg Lager in denen die Flüchtlinge untergebracht waren und aufgrund dessen eine hohe Anzahl von Flüchtlingen aufwiesen.²⁵⁹ In dem Bezirk Voitsberg befanden sich keine Konzentrationslager, Notarreste oder Polizeigefängnisse.²⁶⁰ Daher verteilten sich die Flüchtlinge hier auf die einzelnen Gemeinden. Diese Gemeinde wiesen wiederum Eigenschaften von Industriebetrieben (große und kleine) auf. Unter diesen Gemeinden befanden sich:²⁶¹

Arnstein	Köflach	Rosental
Bärnbach	Lobming	Thallein
Gradenberg	Maria Lankowitz	Tregist
Hochregist	Pichling	Voitsberg
Kowald	Puchbach	

In Voitsberg wurde eine ganze Dorfgemeinschaft aus Krndija untergebracht. Dies geschah auch in anderen Bezirken, wie z.B. Weiz, in welchem Dorfbewohner aus Lukac, das im Osten von Agram lag, angesiedelt wurden.²⁶²

Tab. 2: Anzahl der sich im Bezirk Voitsberg befindenden Flüchtlinge in den Jahren 1946 bis 1955 nach *Windisch*²⁶³

Mai 1946	Juli 1947	August 1948	Juni 1949	Okt./Nov. 1951	Oktober 1952	November 1953	Oktober 1954	November 1955
2 385	3 618	3 814	3 237	2 884	2 501	2 001	1 779	1 175

²⁵⁸ Wurde bereits in der Literatur unter Anführungszeichen gesetzt. (*Windisch*, Kommen Bleiben Gehen).

²⁵⁹ *Windisch*, Kommen Bleiben Gehen, 117f.

²⁶⁰ StLA, BH Voitsberg, K.444, Jg.:1946: Schreiben der Sicherheitsdirektion für Steiermark am 17.9.1946.

²⁶¹ *Windisch*, Kommen Bleiben Gehen, 118-120.

²⁶² *Windisch*, Kommen Bleiben Gehen, 118-120.

²⁶³ *Windisch*, Kommen Bleiben Gehen, 107f.

Tab. 3: Die Anzahl der sich im Bezirk Voitsberg befindenden „Volksdeutschen“ und „Volksdeutsche aus dem damaligen Jugoslawien beliefen sich in den Jahren von 1946 bis 1955 folgend:²⁶⁴

Mai 1946	Juli 1947	August 1948	Juni 1949	Okt./Nov. 1951	Oktober 1952	November 1953	Oktober 1954	November 1955
1 487/ 1 229	1 772/ 1 462	2 700/ 2 219	2 519/ 2 095	2 108/ 1 668	1 784/ 1 351	1 590/ 1 225	1 361/ 1 126	813/633

Nach *Stieber* konnten in den Anfangsmonaten keine genauen Daten über die sich in Österreich befindenden Flüchtlinge bzw. DP's und „volksdeutsche“ Flüchtlinge gemacht werden. Auch bei *Windisch* finden sich Angaben zur Anzahl der Flüchtlinge erst ab dem Jahr 1946. Im Bezirk Voitsberg wurden ebenfalls erst ab dem Jahr 1946 genaue Auflistungen über alle „Ausländer“ in der Region gemacht.

Dennoch gab es zumindest Versuche der Behörden sich einen Überblick über die Flüchtlingssituation zu verschaffen. So gab es im Jahr 1945 für die Bevölkerung, auch im Bezirk Voitsberg, die Anordnung, eine Liste an den Haustüren anzubringen, auf welcher die Namen der sich dort befindenden Flüchtlinge standen. Diese Liste musste immer aktuell sein.²⁶⁵

Erst am 18. Jänner 1946 wurde von der BH Voitsberg der Auftrag an die Bürgermeister des Bezirks erteilt, alle Flüchtlinge und nicht österreichischen Staatsangehörigen zu zählen. Als nicht österreichische Staatsangehörige galten die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen. Bei dieser Zählung wurden die „Reichsdeutschen“ nicht berücksichtigt. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 2 848 „Ausländer“ im Bezirk Voitsberg ansässig. Des Weiteren wurden in dem Bericht auch Staatenlose mitgezählt, welche 253 Personen umfassten. Die größte Anzahl, mit 1 860 Personen, an Ausländern stellten dabei jene Personen, die aus Jugoslawien stammten.²⁶⁶ Auch nach *Stiebers* Aussage, bildeten die „Volksdeutschen“ aus Jugoslawien die größte Flüchtlingsgruppe in Österreich. Im Jahr 1948 hielten sich etwa 150 000 „volksdeutsche“ Flüchtlinge aus Jugoslawien in Österreich auf.

²⁶⁴ *Windisch*, Kommen Bleiben Gehen, 108f.

²⁶⁵ Stadtarchiv Köflach, Weststeirische Volkszeitung aus der Serie „Erinnern Sie sich noch?“, Berichte stammen von 1945.

²⁶⁶ StLA, BH Voitsberg, K.442, Jg.:1946:18.1.1946.

Diese Zahl setzte sich wahrscheinlich aus 10 000 Menschen aus Gottschee, 10 000 „Deutsch-Untersteirern“ und 130 000 „Donauschwaben“ zusammen.²⁶⁷

In der BH Voitsberg wurden in den ersten Nachkriegsjahren verschiedene Aufzeichnungen bzw. Listen von den im Bezirk befindlichen so bezeichneten „Ausländern“ geführt. Diese umfassten ausschließlich Flüchtlinge oder versetzte Personen mit einer vorläufigen befristeten oder keiner Aufenthaltsgenehmigung. Die Liste setzt sich aus folgenden Ländern zusammen:²⁶⁸

Bulgarien	Italien	Polen	Tschechien
Deutschland	Jugoslawien	Rumänien	Türkei
Frankreich	Litauen	Russland	Ungarn
Griechenland	Norwegen	Staatenlose	

Viele Personen der eben genannten Nationen waren ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene die sich nach Kriegsende im Bezirk aufhielten. In der Steiermark sowie auch in Kärnten wurden sie vor allem als ArbeiterInnen in der Landwirtschaft und im Bergbau eingesetzt. In Steiermark-Kärnten befanden sich viele ZwangsarbeiterInnen aus Jugoslawien, Polen, Italien und Sowjetrussland bzw. Ostarbeiter bzw. Ostarbeiter aus dem altsowjetischen Gebiet. Kurz nach Kriegsbeginn 1939 wurde ein Arbeitermangel im besetzten Österreich sichtbar. Dies resultierte vor allem aus der Einberufung der Männer in die Wehrmacht. In der „Ostmark“²⁶⁹ wurden Arbeitskräfte aus den Ländern Italien, Jugoslawien, Slowakei und Tschechien angeworben. Zum Teil gab es Abkommen zwischen den Staaten und daher waren diese Arbeitskräfte auf freiwilliger Basis beschäftigt. Zudem wurden Kriegsgefangene als Arbeitskräfte eingesetzt. Durch den Westfeldzug waren Kriegsgefangene aus Belgien und Frankreich in Österreich.²⁷⁰

²⁶⁷ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 38.

²⁶⁸ StLA, BH Voitsberg K.515, Jg.:1948: 31.12.1948.

²⁶⁹ Der Begriff „Ostmark“ für Österreich wurde von den Nationalsozialisten 1938 eingeführt und 1939 mit dem „Ostmarkgesetz“ amtlich gemacht. (Florian Freund/Bertrand Perz, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945. In: Florian Freund/Bertrand Perz/Mark Spoerer, Hg., Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 26/1, Wien/München 2004) 7-273, hier 19).

²⁷⁰ Freund/Perz, Die Zahlenentwicklung, 121 & 68f & 30 & 148-150.

Die „Volksdeutschen“ mit ihren jeweiligen Herkunftsländern wurden dabei extra ausgewiesen:²⁷¹

Bulgarien	Rumänien	Ukraine
Frankreich	Sonstige „Volksdeutsche“	Ungarn
Jugoslawien	„Sudetendeutsche“	
Polen	Tschechoslowakei	

Im Dezember des Jahres 1946 hielten sich 3 612²⁷², aus dem Jahr 1947 befanden sich keine Aufzeichnungen zur Anzahl der „Ausländer“ im Bezirk, daher wird stattdessen der Jänner 1948 (3 604)²⁷³ herangezogen, November 1948 (3 396)²⁷⁴, Dezember 1949 (3 225)²⁷⁵ und Dezember 1950 (2 898) Personen im Bezirk Voitsberg auf.²⁷⁶ Erst 1949 erschienen in den Listen jüdische DP's. Die Anzahl der jüdischen DP's im Bezirk war jedoch relativ gering. 1949 befanden sich 7 jüdische DP's im Bezirk²⁷⁷ und bis einschließlich des Monats April im Jahr 1950 waren 3 Jüdinnen und Juden im Bezirk ansässig.²⁷⁸

Eine Auflistung der im Bezirk befindlichen Flüchtlinge bestand nur für die Jahre 1945 bis 1950. Die Aufzeichnungen der BH Voitsberg ähneln jenen Daten von *Windisch* und es lassen sich, obwohl unterschiedliche Monate angesehen wurden, keine starken Schwankungen der Zahlen diesbezüglich ausmachen. Lediglich im Jahr 1946 gibt es eine stärkere Schwankung zwischen den Daten von *Windisch* und den Aufzeichnungen der BH Voitsberg. So gab *Windisch* 2 385 Flüchtlinge für den Mai 1946 an und in den Akten der BH Voitsberg waren es für den Monat Dezember bereits 3 612 Personen. Aufzeichnungen zum Monat Mai aus dem Jahr 1946 fanden sich in den BH Akten leider nicht. Bei den Zahlen von *Windisch*, wie auch von jenen, die in den Akten der BH Voitsberg herauszulesen waren, gab es im Jahr 1947 einen starken Flüchtlingszuwachs. Innerhalb eines Jahres nahm die Zahl um mehr als 1 000 Flüchtlinge zu. Dies fiel in die Zeit als es einen erneuten Flüchtlingsstrom nach Österreich gab und machte sich auch in den Aufzeichnungen der Flüchtlinge bemerkbar. Ab dem Jahr 1949 nahm die Anzahl der Flüchtlinge im Bezirk immer weiter ab. Diese Abnahme hatte mit der Auswanderung und mit der zunehmenden Einbürgerung der Flüchtlinge zu tun.

²⁷¹ StLA, BH Voitsberg K.515, Jg.:1948: 31.12.1948.

²⁷² StLA, BH Voitsberg, K.444, Jg.: 1946: Situationsbericht für den Zeitraum von 21.11. bis 20.12. 1946.

²⁷³ StLA, BH Voitsberg, K.515, Jg.: 1948: Situationsbericht für den Zeitraum vom 22.1.1948.

²⁷⁴ StLA, BH Voitsberg, K.515, Jg.: 1948: Situationsbericht für den Monat November 1948.

²⁷⁵ StLA, BH Voitsberg, K.562, Jg.: 1949: Situationsbericht vom 20.12.1949.

²⁷⁶ StLA, BH Voitsberg, K.604, Jg.: 1950: Situationsbericht vom 19.12.1950.

²⁷⁷ StLA, BH Voitsberg, K.562, Jg.: 1949: Situationsbericht vom 20.1.1949.

²⁷⁸ StLA, BH Voitsberg, K.604, Jg.: 1950: Situationsbericht vom 20.4.1950.

Die Annahme der Abnahme der Flüchtlingszahlen im Bezirk durch ihre Einbürgerung wird auch durch einen Bericht vom 31. Dezember Jahr 1951 bestätigt. Dieser listete 4 Neuzugänge von 3 Staatenlosen und einem „Sudetendeutschen“ aus CSR sowie 41 Abgänge auf. Einbürgerungen fanden fünf an der Zahl statt. So wurden drei „volksdeutsche“ Personen aus Jugoslawien und zwei aus Rumänien eingebürgert. Bisher erfolgten insgesamt 530 Einbürgerungen. Darunter waren 74 Personen aus den Alliierten DPs (mit den Nationalitäten Jugoslawien, Polen, Italien und sonstigen Angehörige der Vereinten Nationen). Eine Person aus Ungarn, aus den EDPs, und 455 „volksdeutsche“ Personen (aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Polen, der Slowakei, den Randgebieten sowie „Sudetendeutsche“ aus der CSR und Südtiroler). Die größte Gruppe der eingebürgerten Personen stammte aus Jugoslawien mit 255 Personen. Erst mit einem größeren Abstand kamen die „Sudetendeutschen“ aus der CSR und Personen aus Rumänien.²⁷⁹ Aus dem Bericht vom Dezember 1951 geht hervor, dass sich die Flüchtlingssituation im Bezirk beruhigte, da es nur mehr wenige Neuzugänge zu verzeichnen gab. Vielmehr wurden Einbürgerungen der Flüchtlinge vorgenommen und somit erfolgte ein weiterer Schritt der Integration in die Bevölkerung. Eine Einbürgerung erfolgte vor allem bei den deutschsprachigen Flüchtlingen. Auch hier zeigt es sich wieder, dass Jugoslawien die größte Flüchtlingsgruppe unter den deutschsprachigen Flüchtlingen aufwies.

Die Anzahl der im Bezirk Voitsberg befindlichen Flüchtlinge variiert in den ersten Nachkriegsjahren stark. Dabei ist zu beachten, dass vor allem in den ersten Jahren nach Kriegsende viele weiterzogen bzw. auswanderten, oder auch wieder in ihre Heimat zurückkehrten. Als sich die Situation wieder beruhigte, gab es im Bezirk Flüchtlinge verschiedenster Nationalitäten. Zu diesen zählten auch ehemalige ZwangsarbeiterInnen, die sogenannten „Reichsdeutschen“ und „Staatenlosen“. Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich schon in den letzten Kriegsjahren Flüchtlinge aus Graz im Bezirk befanden und diese Gruppe in den letzten Kriegswochen noch einmal größer wurde. Neben den österreichischen Flüchtlingen, stellte die Gruppe der deutschsprachigen Minderheiten die größte Gruppe der Flüchtlinge im Bezirk dar. Die meisten Personen aus dieser Gruppe kamen hingegen wieder aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus den Ortschaften Gottschee und Krndija. Die jüdischen DPs stellten hingegen nur eine sehr kleine Gruppe und schienen nach Mai 1950 nicht mehr in den von der BH Voitsberg geführten Listen, auf.

²⁷⁹ StLa, BH Voitsberg, K.642, 14/I, Jg.: 1951.

7.1. Deutschsprachige Minderheiten

Aus welchen Herkunftsländern kamen die Flüchtlinge der deutschsprachigen Minderheiten, welche sich im Bezirk nach Kriegsende befanden?

Einen ersten Aufschluss über die Herkunft der Flüchtlinge, die sich im Bezirk Voitsberg zu Kriegsende aufhielten, gaben die Aufzeichnungen der BH Akten von Voitsberg. In einem Schreiben der Militärregierung vom 12. November 1945 an die BH Voitsberg wurde der Befehl erteilt, eine Auflistung von allen „Volksdeutsche“, „Sudetendeutsche“ und nicht österreichischen StaatsbürgerInnen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Bezirk aufhielten, zu erstellen. Dabei wurden die „Volksdeutschen“ nach Nationalität getrennt, wobei die „Reichsdeutschen“ nicht unter den „Volksdeutschen“ liefen und somit auch nicht verzeichnet werden mussten. Um diesem Befehl nachzugehen, mussten alle Gemeinden des Bezirks Voitsberg eine Meldung über die ansässigen „Volksdeutschen“ und „Sudetendeutschen“ machen. Bei der Registrierung wurden „Volksdeutsche“ aus Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Russland und Polen aufgelistet. Einige kamen auch aus Italien, Holland, der Schweiz und Belgien. Insgesamt handelte es sich dabei um 1 955 Personen. Die meisten stammten aus Jugoslawien, welche auf die einzelnen Gemeinden verteilt waren. Die Gemeinden Bärnbach, Voitsberg, Köflach und Kowald wiesen die größte Anzahl an Flüchtlingen aus Jugoslawien auf. Im Jahr 1945 waren 94 „Sudetendeutsche“ im Bezirk.²⁸⁰ Durch dieses öffentliche Dokument kann festgestellt werden, dass der überwiegende Teil der „Volksdeutschen“ die sich im Bezirk befanden aus dem ehemaligen Jugoslawien stammten. Auch in den späteren Aufzeichnungen der BH Voitsberg über die Nationen und Anzahl der Flüchtlinge im Bezirk stellten jene deutschsprachigen aus Jugoslawien die größte Anzahl dar. Dabei spielt wahrscheinlich die Nähe von Jugoslawien zur Steiermark eine wesentliche Rolle.²⁸¹

Neben den Aufzeichnungen der BH Akten Voitsberg gibt es auch noch die Berichte von ZeitzeugenInnen. Laut dem Zeitzeugen M. K. hielten sich im Bezirk überwiegend deutschsprachige Flüchtlinge für einen längeren Zeitraum auf. Diese kamen aus Ungarn,

²⁸⁰ StLA, BH Voitsberg, K.399, Jg.: 1945: 12.11.1945.

²⁸¹ Jugoslawische Flüchtlinge und die Nähe zur Steiermark wird unter anderem in den Publikationen von Edda Engelke, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“. Die illegalen Überschreitungen am jugoslawisch-steirischen Grenzabschnitt in den Fünfzigerjahren (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark Bd. 56, Wien 2011) und Windisch, Kommen Bleiben Gehen behandelt.

Gottschee²⁸² oder waren „Buchenlanddeutsche“²⁸³ sowie „Sudetendeutsche“.²⁸⁴ Eine genauere Angabe zu den Flüchtlingen aus Ungarn wurde von Herrn M. K. nicht gemacht. Aus den BH Akten geht jedoch hervor, dass die Flüchtlinge hauptsächlich aus Budapest kamen.²⁸⁵ Zudem war M. K. der Meinung, dass deshalb so viele „Sudetendeutsche“ im Bezirk waren, um in der Glasfabrik Arbeit zu finden. Viele von ihnen waren bereits im böhmischen Gablonz in der dortigen Glasindustrie tätig.²⁸⁶ In einem späteren Kapitel wird Gablonz in Bezug auf die Arbeit der Flüchtlinge noch einmal erwähnt werden.

Die beiden größten Gruppen der deutschsprachigen Minderheiten im Bezirk Voitsberg kamen aus dem damaligen Jugoslawien. Zunächst wird die deutschsprachige Minderheiten Gruppe aus Krndija beschrieben.

Krndija war ein deutsches Dorf und lag im ehemaligen Slawonien (so wurde der östlich gelegene Teil von Kroatien bezeichnet). Als 1941 Jugoslawien zerbrach, traten die Bewohner von Krndija entweder der kroatischen oder deutschen Wehrmacht bei. Im Jahr 1943 wurde das Dorf von Partisanen angegriffen. Ihr Vorgehen richtete sich gegen deutsche Einrichtungen. Zur Verteidigung richteten die Bewohner von Krndija eine Heimatwacht ein. Diese bestand aus den wehrfähigen Männern des Dorfes. Zudem wurden Bunker und provisorische Stellungen errichtet. Nach dem Überfall flüchteten viele BewohnerInnen in die Stadt Esseg. Schließlich kam es im November 1944 zur Evakuierung des Stützpunktes in Krndija. Diese erfolgte aufgrund der zunehmenden Stärke von den Partisanen und dem Vordringen der sowjetischen Armee. Auf Planwagen machten sich die Menschen auf dem Weg nach Esseg und von dort weiter nach Österreich. Die meisten Männer mussten jedoch am Stützpunkt bleiben und so bestanden die Fluchtwagen zum großen Teil aus Frauen und Kinder. Als der Stützpunkt in den letzten Kriegswochen endgültig aufgegeben wurde, drangen

²⁸² Zur Zwangsumsiedlung der „Gottscheer“ in die Steiermark siehe Evelin Bader, „Heimat(los)“. Die Bedeutung von Heimat am Beispiel der vertriebenen Gottscheer Volksgruppe aus Slowenien (ungedr. wiss. Dipl.-Arbeit, Klagenfurt 2012); Hans Hermann Frensing, Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen. Das Ende einer südostdeutschen Volksgruppe (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, Bd. 24, München 1970); zu den deutschsprachigen Volksgruppen in Slowenien siehe Stefan Karner, Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939-1997 (Klagenfurt/Ljubljana/Wien 1998).

²⁸³ Aus dem von den annektierten Land Bessarabien wurden 93 548 „Volksdeutsche“ in das Deutsche Reich gebracht. (Aly, „Endlösung“, 167).

²⁸⁴ Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht M. K. (o.J.).

²⁸⁵ StLA, BH Voitsberg, K.397, Jg.: 1945.

²⁸⁶ Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht M. K. (o.J.).

die Partisanen in das Dorf ein. Dadurch war es der Plünderung seitens der Partisanen und Nachbargemeinden ausgeliefert.²⁸⁷

Für die „Donauschwaben“ war die Steiermark, aufgrund ihrer geographischen Lage, eines der wichtigsten Länder um dorthin zu flüchten. Viele der „Donauschwaben“ ließen sich auch im Bezirk Voitsberg, vor allem in den Gemeinden Voitsberg, Bärnbach und Köflach, nieder. Weitere beliebte Bezirke in der Steiermark waren Leibnitz, Deutschlandsberg, Kapfenberg oder Judenburg. Im Bezirk Voitsberg ließen sich vor allem jene nieder, welche aus Krndija kamen. Außerdem schrieb *Müller*, dass die „volksdeutschen“ Flüchtlinge gegenüber den fremdsprachigen Flüchtlingen benachteiligt waren. So waren vor dem Jahr 1949 mehr fremdsprachige „Ausländer“ in Österreich eingebürgert, als es „Volksdeutsche“ waren, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Auch die am Anfang fehlende Hilfeleistung von der UNRRA bzw. IRO wurde kritisiert. Dennoch erwähnte *Müller*, dass die Situation in einer anderen Lage auch für sie besser ausgesehen hätte.²⁸⁸ Diese subjektive Wahrnehmung eines Betroffenen, hinsichtlich der Benachteiligung der „volksdeutschen“ Flüchtlinge, ist sehr interessant. Zwar wurden die „Volksdeutschen“ zu Beginn nicht von den internationalen Hilfsorganisationen UNRRA und IRO betreut, dennoch unterhielten sie Unterstützung von den verschiedenen freiwilligen Hilfsorganisationen und waren der Fürsorge des österreichischen Staates unterstellt. Auch die „Gleichstellungsgesetze“ ab dem Beginn der 1950er Jahre, hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung, stellte sie zunächst besser als die fremdsprachigen Flüchtlinge.

Bereits 1944 kamen Flüchtlinge von Krndija über Ungarn in den Bezirk. Bei *Stolz* ist zu lesen, dass es den flüchtenden Menschen aus Krndija nach Kriegsende in der Weststeiermark besser ging, als jenen in Oberösterreich oder Schlesien, da dort viele wieder in ihr Heimatland abgeschoben wurden. Manche der „Abgeschobenen“ kamen dann in ein Lager, in welchem sie häufig starben. Im Bezirk Voitsberg endete schließlich der Flüchtlingstreck aus den Jahren 1944/45.²⁸⁹ Unter den Zielgebieten der „Donauschwaben“ waren vor allem die Randgebiete von Graz. Wobei zu vermerken ist, dass sich in den bereits zu Beginn angeführten Bezirken und Städten Leibnitz, Bruck und Judenburg Lager befanden. Obwohl der Bezirk Voitsberg kein Flüchtlingslager aufwies, wurde er für viele „Volksdeutsche“ Flüchtlinge zu einem

²⁸⁷ *Stolz*, Krndija. Heimatbuch, 19 & 42 & 219-223 & 231-235. Weitere Literatur: *Windisch*, Kommen. Bleiben. Gehen, 36f.; M. *Hottinger*, Die Donauschwaben in Jugoslawien. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988) 111-145, hier 131f.

²⁸⁸ *Müller*, Die Donauschwaben in der Steiermark, 39f & 46f.

²⁸⁹ *Stolz*, Krndija. Heimatbuch, 232 & 240.

Fluchtort und zu einem Neuanfang.²⁹⁰ Die Autoren *Müller*, *Stolz* und *Strobl* schrieben alle drei darüber, dass der Bezirk Voitsberg ein beliebtes Ziel für die „Donauschwaben“ war. Bei *Stolz* kam als beliebter Bezirk auch noch Deutschlandsberg hinzu. Zudem war bei ihm auch die Gemeinde Ligist im Bezirk Voitsberg als Zielort für die Flüchtlinge angegeben.²⁹¹

Zwei Zeitzeuginnen berichteten über ihre Flucht aus der Heimat, welche sie in den Bezirk Voitsberg führte. Die erste Zeitzeugin A. P. flüchtete mit Verwandten mit einem Planwagen, welcher von einem Pferd gezogen wurde, aus Krndija nach Köflach. Dort wohnte sie zuerst zusammen mit fünf weiteren Personen in einem kleinen Zimmer im Dachgeschoß in einem Haus am Köflacher Hauptplatz. Die Flucht von Heiligenkreuz bis Köflach dauerte 11 Tage. In Köflach angekommen mussten sie ihre Pferde verkaufen, um sich selbst Nahrungsmittel besorgen zu können. Später heiratete sie einen Mann aus Köflach und gemeinsam kauften sie sich ein Grundstück in der „Neuen Heimatgasse“ in Pichling bei Köflach, wo sie noch heute lebt.²⁹²

Die zweite Zeitzeugin A. M. erzählte, dass jene Menschen die nicht in der Lage waren mit Pferd und Planwagen aus Krndija zu flüchten in Viehtransporten untergebracht waren, in welchem meist unmenschliche Verhältnisse herrschten. Oft gab es für die Menschen tagelang nichts zu essen, auch die Schlafplätze waren lediglich mit Stroh bedeckt.²⁹³ Die Zeitzeugin A. M. war zum Zeitpunkt ihrer Flucht aus ihrer Heimat Krndija zwei Jahre alt. Von den Partisanen wurden sie aus ihrem Dorf vertrieben. Zuvor wurde ihr Dorf bereits einmal von Partisanen überfallen, wobei ihr Großvater getötet wurde. Zuerst kamen sie in einem Flüchtlingslager in Sachsen, Deutschland, unter. A. M. wohnte mit ihrer Familie zwei Jahre in Hannover, bis sie zu Verwandten im Bezirk Voitsberg zogen. Am Anfang dachten die „Heimatvertriebenen“ noch, dass sie wieder zurück in ihr Land könnten, was sich später jedoch als Irrtum herausstellen sollte.²⁹⁴

Die zweite deutschsprachige Minderheitengruppe der Flüchtlinge stammte aus Gottschee. Diese Gruppe wies jedoch eine Besonderheit in ihrer Geschichte auf. Deshalb muss an dieser Stelle kurz auf die Geschichte der Region Gottschee eingegangen werden.

²⁹⁰ *Neller*, Die Donauschwaben in der Steiermark, 190.

²⁹¹ *Stolz*, Krndija. Heimatbuch, 240.

²⁹² Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht von A. P. (Februar 2015).

²⁹³ Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht von A. M. (Februar 2015).

²⁹⁴ Gedächtnisprotokoll im Gespräch mit A. M. am 23. Mai 2016.

Vor dem Zusammenbruch der österreichischen und ungarischen Monarchie gehörte das Gottscheer Hochland zu Krain und nach 1918 zu Slowenien.²⁹⁵ Im Jahr 1941 begannen die Nationalsozialisten die Menschen „der Sprachinsel Gottschee/Kočevje“²⁹⁶ in deutsches Reichsgebiet, vor allem in das sogenannte „Ranner Dreieck“²⁹⁷, umzusiedeln. Dort sollten sie entweder auf den Bauernhöfen von den deportierten Sloweninnen und Slowenen arbeiten sowie in der Industrie und im Gewerbe. Insgesamt folgten 12 000 „Gottscheer“ der nationalsozialistischen Propaganda zur Umsiedlung. 11 174 von ihnen kamen bei dieser Umsiedlungsaktion in die Untersteiermark. Der erste Transport fand im November 1941 statt. Nach Kriegsende wurden 9 000 „Gottscheer“ in das Bundesland Steiermark und nach Kärnten abgeschoben. Alle deutschsprachigen Minderheiten sollten Jugoslawien verlassen.²⁹⁸

Gottschee wurde zusammen mit Laibach nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in der Untersteiermark nicht dem Deutschen Reich eingegliedert, sondern gehörte zum italienischen Hoheitsgebiet. Zuvor hofften die „Gottscheer“ noch in jenes Land eingegliedert zu werden, welchem sie sich verbunden fühlten. Nach Kriegsende kamen sie bei Verwandten oder Bekannten unter, die ihnen ein Quartier sowie Essen und Kleidung zur Verfügung stellten. Außerdem halfen sie ihnen bei der Arbeitsfindung. Das Kommunikationsnetz der „Gottscheer“ untereinander baute sich sehr rasch aus und funktionierte gut. Sie halfen sich gegenseitig in dieser schweren Zeit. Bei der Zusammenführung der Familien war das Rote Kreuz eine große Hilfe.²⁹⁹ Weitere Herkunftsorte aus Jugoslawien, neben den beiden Hauptorten Gottschee und Krndija, aus denen die Flüchtlinge im Bezirk Voitsberg kamen, waren Cilli, Filipowa, Semlin, Franzfeld und Dornberg.³⁰⁰

Die Zeitzeugin L. M. kam mit ihrer Familie aus Gottschee. Zuerst arbeitete sie mit ihren Geschwistern auf einem Gutshof in Knittelfeld. Auf der Flucht traf sie einen Freund aus ihrer Heimat wieder, welchen sie später in Knittelfeld heiratete. Als ihr Mann eine Arbeit als Bergarbeiter in Piberstein fand, zog sie mit ihm und ihrem ersten Sohn sowie ihrer Mutter in den Bezirk Voitsberg. Ihre beiden Geschwister wanderten nach Amerika aus. Auch L. M. wollte dorthin auswandern, entschied sich jedoch aufgrund ihres Babys, welchem sie die

²⁹⁵ Ludwig Kren, Von der Drau zur Kulpa. Gottschee ein Lesebuch (Spittal 2010⁴) 4.

²⁹⁶ Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 233.

²⁹⁷ Als „Ranner Dreieck“ wurde das Gebiet von Gurkfeld und Rann genannt. Dieses lag südöstlich der Untersteiermark. (E. Erker, Die Gottscheer in ihrer zweiten Heimat. In: Helmut Strobl, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 60-90, hier 64).

²⁹⁸ Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 233 & 310.

²⁹⁹ Erker, Die Gottscheer in ihrer zweiten Heimat, 61 & 73.

³⁰⁰ StLA, BH Voitsberg, K.643; 14/I Ausländer A-O, Jg.: 1951.

zweimonatige Reise nicht zumuten wollte, dagegen.³⁰¹ Das Ziel vieler Betroffener unmittelbar nach der Flucht war die Auswanderung. Dabei waren jedoch nicht nur die bürokratischen Schritte schwierig, sondern es mussten auch die individuellen Situationen der Flüchtlinge berücksichtigt werden. So war es für Familien schwieriger, als für alleinstehende Frauen bzw. Männer. Vor allem wenn es sich dabei auch noch um Familien mit Kleinkindern, wie bei L. M. handelte. Außerdem war die Arbeit ein wichtiges Kriterium um in Österreich zu bleiben. Da der Ehemann von L. M. eine Arbeit als Bergarbeiter fand, war die Familie in finanzieller Hinsicht abgesichert.

8. Versorgung von Flüchtlingen im Bezirk

Die Erstversorgung der Flüchtlinge im Bezirk erfolgte durch die Aufnahme in die Flüchtlingsauffanglager. Diese waren in Schulen, Pfarrhöfen, Turnhallen und in einem Kino untergebracht. Zum Teil wurden sie aber auch auf Bauernhöfen aufgenommen und erhielten dort gegen Arbeit Essen und ein Zimmer. Zur Versorgung zählten vorrangig die Lebensmittel bzw. Mittel für den täglichen Bedarf, z.B. Kleidung, Hygieneartikeln und ein Dach über den Kopf zu haben. Wie bereits erwähnt wurde, gab es internationale und freiwillige Hilfsorganisationen sowie verschiedene Spendenorganisationen die bei der Versorgung der Flüchtlinge halfen.

Zunächst waren die Flüchtlinge der Verordnung der „Fürsorgepflicht“ sowie den „Reichsgrundsätzen der öffentlichen Fürsorge“, beide stammten aus dem Jahr 1924, unterstellt. Nach diesen Verordnungen waren alle Fremden, die sich in Österreich befanden, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten konnten, hilfsbedürftig und hatten daher Anspruch auf Krankenhilfe, den nötigen Lebensbedarf und Hilfe bei der Bestattung von Verstorbenen. In einem vorangegangenen Kapitel wurde bereits auf die verschiedenen internationalen und freiwilligen Hilfsorganisationen eingegangen, die den Flüchtlingen unter anderem durch Sachspenden, Lebensmittelspenden und Unterstützung bei der Integration halfen.³⁰² In der Steiermark unterstanden alle Flüchtlinge und DPs, aufgrund der problematischen Haltung der österreichischen Verwaltung, diese zeigte sich in der

³⁰¹ Gedächtnisprotokoll, Gespräch mit L. M. am 23. Mai 2016.

³⁰² Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens, 131-133.

Flüchtlingsfrage kaum kooperativ, der Kontrolle der britischen Besatzung. Die wurde auch im zweiten Kontrollabkommen im Jahr 1946 wiedergegeben.³⁰³

Dass die Menschen auf ihrer Flucht schwierigen Umständen und gewalttätigen Übergriffen von Besatzungssoldaten ausgesetzt waren, zeigt eine Anzeige, welche bei der Polizei in Voitsberg am 23. Juli 1945 einging. Diese Anzeige, in welcher es um eine Vergewaltigung durch einen sowjetischen Soldaten ging, wurde von einem weiblichen Flüchtling gemacht. Der Vorfall ereignete sich während der Flucht von Gmünd über Freistadt.³⁰⁴ Die BH Voitsberg war nicht nur für die Aufzeichnungen der Flüchtlingszähler in den Nachkriegsjahren verantwortlich, sondern wurde auch mit dem Schicksal der Flüchtlinge während ihrer Flucht konfrontiert.

8.1. Aufnahmezentren der Flüchtlinge im Bezirk

Wie erfolgte die Aufnahme und wo wurden die Flüchtlinge im Bezirk untergebracht?

Im Bezirk Voitsberg befanden sich zwar keine Flüchtlingslager³⁰⁵, jedoch gab es mehrere „Auffanglager“, bei welchen es sich entweder um Privatlager oder Firmenlager handelte.³⁰⁶ Diese „Auffanglager“ bestanden aus provisorischen Unterkünften, z.B. in Schulen, die für die Flüchtlinge in den letzten Kriegswochen bzw. ersten Nachkriegsmonaten zur Verfügung gestellt wurden. Waren die Flüchtlinge längere Zeit im Bezirk ansässig, wurden sie in Firmenlager untergebracht oder suchten sich private Unterkünfte. Flüchtlingslager, Assembly Centres, waren Lager in denen nach Kriegsende „volksdeutsche“ Flüchtlinge und DP's untergebracht wurden. Sie wurden von den Alliierten eingerichtet und unterlagen bestimmten organisatorischen Richtlinien sowie einer Lagerverwaltung. Diese Lager konnten 3 000 bis 5 000 Personen aufnehmen. Neben den Wohnunterkünften gab es auch eine Küche, Speisesäle, Apotheken, Lagerspital- und Schulen. Der Bestand der Flüchtlingslager war für einen längeren Zeitraum geplant, wohingegen die „Auffanglager“ nur für eine vorläufige Unterbringung gedacht waren.³⁰⁷

³⁰³ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark, 215.

³⁰⁴ StLA, BH Voitsberg, K.399, Jg.: 1945: 23.7.1945.

³⁰⁵ StLA, BH Voitsberg, K.515, Jg.: 1948.

³⁰⁶ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 317.

³⁰⁷ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 177f.

Aus den Akten der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg geht hervor, dass es aufgrund des Fehlens von Lagern im Bezirk zur Wohnungsknappheit kam.³⁰⁸ Auffanglager wurden in großen Räumlichkeiten, die extra dafür umfunktioniert wurden, eingerichtet. Am Beispiel vom Bezirk Voitsberg waren das Schulen, Pfarren oder Turnhallen.

Tab. 4: Auffanglager im Bezirk Voitsberg.³⁰⁹

Alleestraße, Köflach	41 Personen
Pichling bei Köflach	119 Personen
Kowald	38 Personen
GKB Baracken in Bärnbach	99 Personen
Marienschacht, Bärnbach	423 Personen
Kohle und Erz, Bärnbach	65 Personen
Schaflos, Rosental	74 Personen
Obergraden, Rosental	91 Personen

Nicht alle am Anfang zur Verfügung gestellten Lager erwiesen sich in weiterer Folge als geeignete Unterkünfte für die DP's. In Köflach bestand ein Lager für die Unterbringung von den sogenannten enemy-DP's, welches eine Kapazität für 600 Personen aufwies. Bereits im Oktober 1945 wurde das Lager in Köflach jedoch von der DP Section wieder abgegeben. Auch in Maria Lankowitz gab es in den Sommermonaten im Jahr 1945 ein Auffanglager. Dieses Lager setzte sich aus Mietskasernen sowie aus Baracken zusammen, in welchen während der Kriegsjahre sowjetische Zwangsarbeiter wohnten. Im Monat August 1945 waren in diesem Auffanglager Personen aus Jugoslawien und Polen, die als nicht repatriierbar galten, und „Volksdeutsche“ untergebracht. Insgesamt betrug die Anzahl der dort befindlichen Personen 415. Die Unterkünfte waren jedoch sehr schlecht. So gab es nicht einmal Öfen und außerdem nicht für jeden Betten oder Matratzen. Die Versorgung des Essens funktionierte mit Hilfe der Bergwerkskabine sehr gut. Durch den schlechten Versorgungsstandard wurde das Lager bereits in den Wintermonaten geschlossen. Reparaturen konnten aufgrund des fehlenden Materials nicht gemacht werden.³¹⁰

³⁰⁸ StLA, BH Voitsberg, K.442, Jg.: 1946: 8.7.1946.

³⁰⁹ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 316.

³¹⁰ Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 180-183 & 285.

Ein weiteres Indiz für die Existenz eines Lagers in Lankowitz war die Erwähnung von demselben in einer Akte „Aufenthaltsanzeige eines Ausländers“. Es handelte sich dabei um einen Mann, der aus Litauen flüchtete und in Österreich Arbeit suchte. In seiner Akte wurde vermerkt, dass er ab 20. Juni 1945 im Lager von Lankowitz untergebracht war und später nach Frankreich auswanderte.³¹¹ Weitere solche Vermerke fanden sich vor allem in den Sommermonaten Juli und August und deckten sich auch mit den Informationen von *Stieber*. Weitere Hinweise auf ehemalige Unterkünfte von Flüchtlingen im Bezirk waren Bärnbach mit der Baracke in der Glasfabrik (Baracke Proksch)³¹² und Voitsberg in der Glasfabrik Körbitz.³¹³ Zudem gab es eine Unterkunft für die Flüchtlinge in der Mädchenschule in Voitsberg.³¹⁴ Außerdem enthielten diese Akten den Hinweis, dass es eine Auffangstelle für Flüchtlinge in der Turnhalle in Voitsberg gab.³¹⁵

Bereits ab 1941 befand sich in der Gemeinde Maria Lankowitz das Lager 100a, welches den Menschen aus der Bukowina (dem sogenannten „Buchenland“), die in ihre Heimat zurückkehren wollten, zur Verfügung stand. In den Monaten Juli und August desselben Jahres, kam es jedoch zu Problemen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Umgesiedelten, die stark von der Bevölkerung angefeindet wurden. Während des Krieges waren Kriegsgefangene aus Frankreich sowie Ostarbeiter aus Polen für die Landwirtschaft tätig. In der Gemeinde Bärnbach befand sich das „Zentrallager“, welches gegenüber dem Bergbau im Marienschacht lag. Dort hielten sich im Jahr 1946 700 DP's aus Österreich sowie aus anderen Staaten auf und in der Gemeinde Aichegg wurden nach Ende des Krieges 42 Unterkunftsbaracken von der sowjetischen Besatzung gebaut. Im November 1944 befand sich in Köflach ein Auffanglager für „Volksdeutsche“ aus Jugoslawien.³¹⁶

Neben dem Auffanglager von Flüchtlingen in den Sommermonaten 1945 gab es in Maria Lankowitz eine Haftanstalt, die bis heute besteht. So wurden dort in den ersten Nachkriegsjahren auch Flüchtlinge inhaftiert. Dies zeigt uns das Beispiel einer Frau, welche sich illegal in Österreich aufhielt und hier eine schwere Straftat beging. Sie war am Überfall eines Mannes beteiligt, wofür sie zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Infolge dieser Verurteilung sprachen ihr die österreichischen Behörden auch die Landesverweisung aus. Als

³¹¹ StLA, BH Voitsberg, K.448, Jg.: 1946.

³¹² StLA, BH Voitsberg, K.517, Jg.: 1948.

³¹³ StLA, BH Voitsberg, K.448, Jg.: 1946.

³¹⁴ *Stolz*, Krndija. Heimatbuch, 256.

³¹⁵ StLA, BH Voitsberg, K.448, Jg.: 1946.

³¹⁶ *Brunner*, Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon, 190 & 18 & 10 & 138.

die Frau aus der Haftanstalt Maria Lankowitz auf Bewährung entlassen worden war, wurde sie zurück in ihre Heimat Jugoslawien abgeschoben. Dem ist hinzuzufügen, dass in den ersten zehn Jahren der Nachkriegszeit eine „Abschiebung“ von Flüchtlingen, wie es heute genannt wird, in ein kommunistisches Land nicht in Betracht gezogen wurde. Im Kontext muss hier der beginnende Kalte Krieg genannt werden, der weder die österreichische Regierung, noch die britische Besatzungsmacht veranlasste dies in Erwägung zu ziehen. Wenn eine nach heutigem Sinne „Abschiebung“ geschah, nannte man diesen Vorgang „Außerlanderschaffung“. Begründet wurde eine sogenannte „Außerlanderschaffung“ unter anderem für Vergehen von besonders schwerwiegenden Delikten oder Personen, die als politische Agenten fungierten.³¹⁷

Das Kino von O. K., in der Stadt Köflach, wurde in ein Lazarett umfunktioniert, infolgedessen die Menschen aus Graz aufgrund der zahlreichen Bombeneinschläge evakuiert wurden. Nachdem die Verwundeten weiter nach Klagenfurt gebracht worden sind, wurden Flüchtlinge für mehrere Wochen im Kino untergebracht. Diese mussten auf schmutzigem Boden schlafen. Als jedoch die britischen Truppen nach Köflach kamen, wurde das vorläufige Auffanglager für die Flüchtlinge im Kino wieder aufgelöst.³¹⁸ Auch im Pfarrhof der Pack waren Flüchtende untergebracht. So hieß es in der Pfarrchronik, dass in der Nacht vom 3. April auf den 4. April alle Zimmer belegt waren. Überall lagen Menschen. Dieser Flüchtlingsstrom dauerte eine ganze Woche.³¹⁹

Schon während des Krieges hielten sich Flüchtlinge bzw. „Angesiedelte“ in den einzelnen Gemeinden des Bezirks auf. So befanden sich bereits Ende 1944 die ersten Flüchtlinge im Bezirk Voitsberg.³²⁰

³¹⁷ Engelke, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 45 & 54.

³¹⁸ Stadtarchiv Köflach, Oskar Schadek (o.J.).

³¹⁹ Stadtarchiv Köflach, Packer Pfarrchronik von Pfarrer Karl Vogl (o.J.).

³²⁰ Brunner, Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon, 33-328.

Tab. 5: Aufteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden des Bezirks Voitsberg.

Gemeinden	„Ange- siedelte“	„Umge- siedelte“	„Volks- deutsche“	„Volks- deutsche“ aus Krndija	Deutsche	Italiener
Edelschrott	60					
Geistthal		38				
Gößnitz				12		
Graden						
Großsöding			11	8		
Hochregist						
Kainach b. Voitsberg		33				
Kalchberg				8		
Kirchberg			3		1	
Köflach						
Kowald				23		
Krottendorf b. Ligist			9			
Ligist Markt			70			
Lobming				14		
Mooskirchen						
Oberwald			4		41	
Pichling b. Köflach				27		118
Pichling b. Mooskirchen				6		
Rosental a. d. Kainach						
Stallhofen				9		
Steinberg				13		
Thallein			1	6		
Unterer Kreuzberg			10			
Unterwald				14		

Bei einigen Gemeinden wurden keine Zahlenangaben der dort ansässigen Flüchtlinge gemacht. Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass sich die Flüchtlinge auf fast alle Gemeinden des Bezirks verteilten. Davon stach die Gruppe der „volksdeutschen“ Flüchtlinge aus Krndija wieder deutlich hervor. Obwohl richtige Lager, wie in Kapfenberg oder Eisenerz im Bezirk Voitsberg fehlten, befanden sich dort viele Auffanglager für sie. Schon vor Kriegsende kamen in den Herbstmonaten des Jahres 1944 Flüchtlinge in den einzelnen Gemeinden des Bezirks unter.

8.2. Ansiedlung der Flüchtlinge

Wie erfolgte die Ansiedlung von Flüchtlingen im Bezirk Voitsberg? Die meisten Flüchtlinge wollten nicht in Österreich verbleiben, sondern auswandern. Die begehrtesten Ziele dabei waren die USA, Kanada und Australien. Diese Länder nahmen die Flüchtlinge jedoch nur sehr zögernd und unter strengen Richtlinien auf. Bevorzugt wurden ausgebildete FacharbeiterInnen sowie junge Menschen, die bereits eine gute Berufsausbildung besaßen. Durch das Warten auf die Auswanderung kam es jedoch oft zu einer Integration, sodass diese wieder verworfen wurde. Dies zeigt ein Beispiel eines Mannes aus Jugoslawien, welcher fünf Jahre auf seine Auswanderung nach Übersee wartete. In der Zwischenzeit fing er in der Kollermühle in Söding zu arbeiten an und war zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr an einer Auswanderung interessiert.³²¹ In den Akten „Aufenthaltsanzeige eines Ausländers“ wurden vermehrt Auswanderungen nach Frankreich, Australien und Brasilien vermerkt.³²² Erst sehr spät, im Jahr 1947, begannen die Überseeländer, insbesondere die Vereinigten Staaten, auch deutschsprachige Flüchtlinge aufzunehmen.³²³ Eine Zuwanderung in den westeuropäischen Ländern wurde meistens durch die Beschäftigungs- und Arbeitspolitik geregelt und war somit an eine Arbeitserlaubnis sowie Erwerbstätigkeit gebunden.³²⁴

Im Oktober 1948 wurde eine Flugschrift der IRO der BH Voitsberg übermittelt, welche in den einzelnen Gemeinden verteilt werden sollte. Mit dieser Flugschrift wurde außerdem ein „Ansiedlungs-Fragebogen“ mitgeschickt, welchen die Flüchtlinge ausfüllen sollten, wobei sie dabei keine Verpflichtung eingingen. Die Flugschrift hatte die Überschrift „Vorbereitende Kommission der internationalen Flüchtlings-Organisation Österreich. Wie die IRO den Flüchtlingen oder Versetzten Personen zur Ansiedlung und geordneten Lebensverhältnissen verhelfen kann“. Darin ging es um Informationen für die Flüchtlinge zur Auswanderung. Für Personen, die auf die IRO-Hilfe Anspruch hatten, gab es dafür drei Möglichkeiten. Zur Auswahl standen entweder die Repatriierung, die Auswanderung (die IRO half beim Transport) oder die Ansiedlung in Österreich (es musste darum angesucht werden). Das IRO Auswanderungsbüro in der Steiermark hatte ihren Sitz in der Landhausgasse 7 in Graz. Im Juli 1948 sollte ein Erfassungs- und Auskunftsbüro in der BH Voitsberg eingerichtet werden. Dieses sollte das Erfassen und Verfahren der Ausreise von Flüchtlingen nach Übersee sowie

³²¹ Engelke, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“, 39 & 79.

³²² StLA, BH Voitsberg, K.448, Jg.: 1946.

³²³ Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, 146.

³²⁴ Gerda Neyer, Auswanderungen aus Österreich. Ein Streifzug durch die „andere“ Seite der österreichischen Migrationsgeschichte. In: Traude Horvath/Gerda Neyer, Hg., Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 1996) 13-29, hier 23.

den versetzten Personen beschleunigen. Von Seiten der BH Voitsberg konnten jedoch nur zwei IRO Beamte im 2. Stock der BH Platz finden und die Verfügungsstellung dieser Räumlichkeit war ebenfalls zeitlich begrenzt.³²⁵

Obwohl viele Flüchtlinge wieder aus Österreich auswandern wollten, blieb eine große Anzahl von ihnen im Land und wurden sesshaft. In den ersten Nachkriegsjahren war dies für die Betroffenen jedoch kein leichtes Unterfangen. Erst ab den 1950er Jahren gab es Unterstützung für den Bau von Eigenheimen der Flüchtlinge.

Eine Wohnbauförderung für Flüchtlinge, welche vom österreichischen Staat ausging, wurde erst sehr spät betrieben. Die Steiermark war hinsichtlich der Sesshaftmachung von Flüchtlingen, vor allem von „Volksdeutschen“, für die anderen Bundesländer richtungsweisend. So wurden in der Steiermark bäuerliche Kleinsiedlungen mit Hilfe der „Norwegischen Europahilfe“ errichtet. In den anderen Bundesländern war jedoch nicht das gleiche Bestreben nach einer Sesshaftmachung von Flüchtlingsfamilien vorhanden, wie in der Steiermark. Oberösterreich und Salzburg konzentrierten sich vor allem auf die Hilfe der Emigration. Auch in Kärnten gab es kein wirkliches Interesse, Flüchtlinge im Land sesshaft zu machen.³²⁶ Erst in den Jahren zwischen 1950 und 1954 entwickelten sich erste Selbsthilfeaktionen, welche ihren Anfang in Salzburg und Oberösterreich nahmen. Zwar gab es bereits sogenannte „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“³²⁷ und seit 1948 Wohnhauswiederaufbaufonds, jedoch konnten Flüchtlinge diese nicht in Anspruch nehmen. Erst mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz von 1954 trat eine Verbesserung ihrer Situation ein. Nun stand auch eine Förderung für die sogenannten „Volksdeutschen“ zur Verfügung, die fremdsprachigen Flüchtlinge waren an den Anfängen dieser Plansiedlungen kaum beteiligt. Eine Bewegung im Bau von Eigenheimen setzte vor allem durch die Werbung „Heraus aus den Baracken!“ von den Bausparkassen in Österreich ein. Erst durch die Flüchtlinge aus Ungarn im Jahr 1956, kam es zu einem eigenen UNO-Programm für die fremdsprachigen Flüchtlinge und somit zu einer Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse.³²⁸

Der Plan zur Entstehung des Siedlungswerks „Heimat Österreich“ wurde 1950 gemacht³²⁹ und kurz darauf von der Volkshilfe und den Caritasverbänden gegründet³³⁰. Dieser Verein

³²⁵ StLA, BH Voitsberg, K.515, Jg.: 1948: 4.10.1948.

³²⁶ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, 216f.

³²⁷ Adalbert K. Gauß/Bruno Oberläuter, Das zweite Dach. Eine Zwischenbilanz über Barackennot und Siedlerwillen 1945 – 1965 (Donauschwäbische Beiträge Bd. 72, Salzburg 1979) 6.

³²⁸ Gauß/Oberläuter, Das zweite Dach, 6f.

³²⁹ Müller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 77.

³³⁰ Windisch, Kommen Bleiben Gehen, 176.

half den „Heimatvertriebenen“ bei ihrer Integration in die österreichische Bevölkerung, unabhängig von dem Namen ihrer Partei, ihrer Konfession oder ihrer Herkunft. Als Stifter stellten sich viele Privatpersonen zur Verfügung. Unter anderem spendeten das Alpenlandkaufhaus von Kastner & Öhler, Humanic oder „das Haus Liechtenstein“³³¹ diesem Verein Geld.³³² Obwohl der Verein 1951 in Salzburg gegründet wurde, war er auch in anderen Bundesländern vertreten. Trotz der oben erwähnten Unabhängigkeit der Konfession, wurden insbesondere katholische „Heimatvertriebene“ von dem Siedlungswerk „Heimat Österreich“ betreut.³³³ Ein Teil des Geldes für „Heimat Österreich“ kam von der „Norwegischen Europahilfe“, den anderen Teil stellte die Steiermärkische Landesregierung aus den Treuhandgeldern bereit. Rund 50% des Geldes bzw. der Kredite ging an die „Donauschwaben“ und der Rest verteilte sich auf die übrigen Landsmannschaften.³³⁴ „Heimat Österreich“ half den Flüchtlingen nicht nur bei ihrer Integration, sondern unterstützte sie auch beim Wohnungsbau.³³⁵ Im Bezirk gab es ebenfalls zwei durch Flüchtlinge errichtete Siedlungen, die Ritler-Siedlung in Voitsberg und die Siedlung Pichling bei Köflach, welche von den „Volksdeutschen“ aus Krndija eigenständig angelegt wurden.³³⁶

In Voitsberg lebten über 200 „donauschwäbische“ Familien, die zu 80% aus Krndija kamen. Sie errichteten mehr als 100 Eigenheime, welche zu einem großen Teil aus Eigenmitteln sowie Eigenleistung bzw. durch Nachbarschaftshilfe errichtet wurden. Doch nicht alle blieben im Bezirk, etwa 100 Familien wanderten wieder aus. Viele gingen in die USA (68), aber auch die Länder Australien (12), Frankreich (4), Brasilien (2), die Bundesrepublik Deutschland (4) und Kanada (7) waren beliebte Auswanderungsziele.³³⁷

Die Zeitzeugin L. M. kam nach der Heirat mit ihrem Mann in den Bezirk Voitsberg. Ihr Mann war als Bergarbeiter tätig und sie erhielten eine Bergarbeiterwohnung. Später errichteten sie sich in der Grenzstraße in Pichling bei Köflach ein Eigenheim. Dafür mussten sie zuerst die Bäume fällen und sie stellten die Ziegelsteine selbst her. Während L. M. beim Bau des Hauses half, passte ihre Mutter auf die Kinder auf. In dieser Siedlung ließen sich mehrere deutschsprachige Flüchtlingsfamilien nieder.³³⁸

³³¹ Müller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 77.

³³² Müller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 77.

³³³ Gauß/Oberläuter, Das zweite Dach, 7.

³³⁴ K. Galter, Die Integration der Siebenbürger Sachsen in der Steiermark. In: Helmut Strobl, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 231-249, hier 244.

³³⁵ Windisch, Kommen Bleiben Gehen, 176.

³³⁶ Müller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 74.

³³⁷ Müller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 96.

³³⁸ Gedächtnisprotokoll im Gespräch mit L. M. am 23. Mai 2016.

Zu Beginn der versuchten Integration am Anfang der 1950er Jahre wurde eine Eingliederung der Flüchtlinge in der landwirtschaftlichen Arbeit angestrebt, was von der österreichischen Regierung jedoch nur zögernd unterstützt wurde. Viele der „Volksdeutschen“ Flüchtlinge waren in ihrer alten Heimat in der Landwirtschaft tätig. Da es viele ÖsterreicherInnen nach Kriegsende in die industriellen Gebiete zog, wurden mehr LandarbeiterInnen benötigt. So stellten auch kirchliche Institutionen Baugründe für die Flüchtlinge zur Verfügung. Finanziert wurde es durch die „Norwegische Europahilfe“ und durch die Eigenleistung der Flüchtlinge. Diese Großzügigkeit war jedoch an eine Bedingung geknüpft. Durch die Annahme eines Baugrundes verpflichteten sie sich für eine zehnjährige Tätigkeit in der Landwirtschaft.³³⁹

Im Bezirk Voitsberg befand sich ein Ausländerreferat. Für die Flüchtlinge ergab sich im April 1954 die erneute Chance sich zur Auswanderung nach England anzumelden. Für die Anmeldung mussten sie sich an die Hilfsorganisation ihres jeweiligen Glaubensbekenntnisses wenden. Für die Katholiken war dies die NCWC (Burggasse 15/I), für die Evangelikalen LWF (Kaiser Josephsplatz 8), für Jüdinnen und Juden die AJDC (Schießstattgasse 15) und für alle anderen die WCC (Seebachergasse 10). Alle Anlaufstellen befanden sich in Graz. Voraussetzungen für eine Erteilung der Auswanderung durch die britische Auswahlkommission war ein guter körperlicher Gesundheitszustand und zudem mussten die BewerberInnen politisch einwandfrei sein. Eine Altersgrenze gab es dabei nicht.³⁴⁰ Durch die hohe aber ständig variierende Flüchtlingsanzahl im Bezirk, vor allem in den ersten Nachkriegsjahren, war es sinnvoll ein eigenes Ausländerreferat im Bezirk einzurichten. Wie bereits am Beispiel der Zeitzeugin A. M. erläutert wurde, verfolgten viele Flüchtlinge das Ziel der Auswanderung. Bereits 1948 wurde ein IRO Büro in der BH Voitsberg eingerichtet, welches bei der Auswanderung half.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde von den meisten DP's und „Volksdeutschen“ Flüchtlinge eine Auswanderung und nicht das Sesshaft werden in Österreich bzw. im Bezirk Voitsberg angestrebt. Erst sehr spät wurde durch die Wohnbauförderungen das Ansiedeln der Flüchtlinge im Bezirk erleichtert. Im Laufe der Zeit veränderte sich die offizielle Sprache in der Flüchtlingspolitik im Bezirk. Die Ende 1940er Jahre unterschieden sich in der Sprache von den 1950er Jahren. Ein Grund dafür ist die Ratifizierung der „Genfer

³³⁹ Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, 150.

³⁴⁰ StLA, BH Voitsberg, K. 760, 14/I, A-P, Jg.: 1954.

Flüchtlingskonvention“ im Jahr 1951 und das in Kraft treten der Flüchtlingskonvention in Österreich im Jahr 1955.

8.3. Vereine der Flüchtlinge

Da die „volksdeutschen“ Flüchtlinge in den ersten Kriegsjahren von der Betreuung der internationalen Hilfsorganisationen UNRRA bzw. IRO ausgeschlossen waren und sie auch keine Unterstützung von Österreich oder den Alliierten bekamen, organisierten sie sich selbst. So gründeten sie mehrere freiwillige Hilfsorganisationen, auf die später noch genauer eingegangen wird. Diese Organisationen bzw. Tätigkeiten der „Volksdeutschen“ hatten keineswegs ein politisches Ziel, sondern waren von rein unpolitischem Interesse. Auch wenn das Misstrauen der österreichischen Behörden zu Beginn dieser Aktivitäten der Flüchtlinge groß war, erkannten sie dennoch sehr schnell die Notwendigkeit und auch Sinnhaftigkeit dieser Hilfsorganisationen für „volksdeutsche“ Flüchtlinge. Organisationsversuche der „Sudetendeutschen“, die sich in die politische Richtung bewegten, wurden unterbunden. Die österreichischen Behörden waren der Meinung, dass bei ihnen das nationalsozialistische Gedankengut noch immer vorherrschend ist.³⁴¹ Viele deutschsprachige Flüchtlinge gehörten einem Verein an. Meist waren dies landsmannschaftliche Vereine und Heimatvereine. Diese Vereine bezogen sich oft auf ihre Herkunft. Nur wenige wurden Mitglied in einem österreichischen Verein.³⁴²

Im Jahr 1949 wurde die „Interessensgemeinschaft Volksdeutscher Heimatvertriebener“ (IVH) „als volksdeutsches Referat der Sozialistischen Partei Österreichs“³⁴³ gegründet. Sie fungierte in der Beratung sowie der Intervention für die „Heimatvertriebenen“. Diese Gemeinschaft bestand aus Vertretern aller „Heimatvertriebenen“, die sich in Österreich befanden. Unterstützung fanden sie bei Otto Probst³⁴⁴ und Oskar Helmer³⁴⁵, er war damals Innenminister und für das Flüchtlingsgeschehen verantwortlich. Als Ziel verfolgte die IVH

³⁴¹ Znoj, Die Vertreibung der Sudetendeutschen, 110 & 131f.

³⁴² Scheuringer, Dreißig Jahre danach, 403-405.

³⁴³ Gauß/Oberläuter, Das zweite Dach, 34.

³⁴⁴ Otto Probst (1911-1978) hatte verschiedene politische Funktionen in der SPÖ inne. Ab 1945 war er Bezirksobmann der SPÖ in Wien, Favoriten und von 1946-1970 Zentralsekretär der SPÖ. Von 1939-1943 war er im KZ Buchenwald und kam danach in eine Strafkompagnie an der Ostfront für die Deutsche Wehrmacht. (Online unter: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01311/> (17. August 2016).

³⁴⁵ Oskar Helmer (1887-1963) war ein SPÖ-Politiker und von 1945-1959 war er österreichischer Innenminister. (Stickler, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland, 433).

unter anderem die Gleichstellung in der Arbeitswelt mit den ÖsterreicherInnen sowie auch eine sozialrechtliche Gleichstellung (wie z.B. in der Pension) und die Familienzusammenführung. Unter ihrer Bestrebung wurde auch der Flüchtlingsbeirat, welcher bereits in einem vorherigen Kapitel erläutert wurde, zusammengerufen.³⁴⁶

Das Abhalten von Versammlungen und die Gründung von Vereinen waren in den ersten Nachkriegsjahren für Flüchtlinge in Österreich, vor allem für deutschsprachige, kaum möglich. Zum einen lag es daran, dass das Vereinsgesetz aus dem Jahr 1867 noch immer gültig war und zum anderen wurden Versammlungen von der österreichischen Regierung durch öffentliche Schreiben zu unterbinden versucht. Dies geht aus mehreren Schreiben, die in den ersten Kriegsjahren entstanden, hervor. So erließ z. B. das Bundesministerium für Inneres am 30. September 1946 einen Runderlass mit dem Betreff „Verbot von Versammlungen ausländischer Flüchtlinge in Österreich“. Dieses Schreiben ging an alle Sicherheitsdirektionen sowie an die Bundespolizeidirektion Wien. Der Inhalt des Schreibens war, dass das Abhalten von Versammlungen für ausländische Flüchtlinge (versetzte Personen), vor allem der „Volksdeutschen“ untersagt war. Diese würden die öffentliche Sicherheit gefährden.³⁴⁷ Zudem erließ die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark am 3. August 1950 den Beschluss, dass die Bezirkshauptmannschaften auf die politischen Tätigkeiten von Flüchtlingen sowie „Volksdeutschen“ in Österreich achten sollten. In der Verlautbarung wurde kritisiert, dass sich diese Personengruppen nicht assimilieren wollten, sondern vielmehr ihre Kultur erhalten wollten und diese auch förderten.³⁴⁸ Unter Assimilation wird nicht nur die Übernahme der Sprache, sondern auch die kulturelle Annahme sowie die Annahme von Normen und Werten des Landes verstanden.³⁴⁹ Aus diesen beiden Schreiben geht deutlich hervor, dass eine Assimilation von Seiten der österreichischen Regierung von den Flüchtlingen gewünscht und die Beibehaltung ihrer kulturellen Ausdrucksformen nicht gerne gesehen war. Durch die rassistisch fundierte Politik der Nationalsozialisten und durch ihre Politik, die nach ihrer Ideologie definierten „Volksdeutschen“, haftete diesen Personen nun in der Nachkriegszeit eine negative Komponente an. Die österreichische Regierung versuchte alles, um die eigene Vergangenheit bezüglich des Nationalsozialismus nicht zu sehr wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu bringen.

³⁴⁶ Gauß/Oberläuter, Das zweite Dach, 34f.

³⁴⁷ StLA, BH Voitsberg, K.447, Jg.: 1946.

³⁴⁸ StLA, BH Voitsberg, L,M, K.604, Jg.: 1950: 3.8.1950.

³⁴⁹ Heinz Fassmann/Irene Stacher, Hg., Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Klagenfurt 2003) 12.

Erst durch die Änderung des Vereinsgesetzes im Jahr 1947, welches von 1867 aus der Habsburgermonarchie stammte, konnten sich Flüchtlinge bzw. „Heimatvertriebene“ in offiziellen landsmannschaftlichen Organisationen zusammenfinden. So entstanden unter anderem im Jahr 1952 die „Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft“ in Linz und zwei Jahre später die „Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreichs“ (SLÖ) in Wien. Weitere Landsmannschaften bildeten sich unter den „Gottscheer“, „Untersteirer“, „Bukowiner“, „Siebenbürger Sachsen“ und den „Karpatsendeutschen“. Auch verschiedene Presseorgane wurden in Österreich im Laufe der Jahre von Flüchtlingen gegründet. 1948 wurde „Neuland“, eine donauschwäbische Wochenzeitung, gegründet. Daneben existierten die Zeitungen „Heimat“ (seit 1946, richtete sich an „sudetendeutsche“ Katholiken) und die Wochenzeitung „Wegwarte“ (seit 1947, richtete sich an „Sudetendeutsche“ im rechten politischen Spektrum).³⁵⁰ Die Zeitungen dienten als Organ der Vermittlung. Dies konnte nicht nur eine Vermittlung unter den „volksdeutschen“ Flüchtlingen sein, sondern auch umgekehrt funktionieren, indem die Zeitungen den ÖsterreicherInnen die Kultur der „Volksdeutschen“ näher brachten und ihnen eine gewisse Angst vor dem Unbekannten nahmen. Auch österreichische Zeitungen versuchten auf diesem Weg der österreichischen Bevölkerung die Kultur und Bräuche der „Volksdeutschen“ Flüchtlinge näher zu bringen. Hierzu müssen vor allem die beiden Zeitungen „Linzer Volksblatt“ und die „Salzburger Nachrichten“ erwähnt werden.³⁵¹ Eine weitere Zeitung war die „Sudetenpost“, die von der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ publiziert wurde.³⁵²

Die Entstehung von Landsmannschaften in den einzelnen Besatzungszonen in Österreich, hing sehr stark von den jeweiligen Besatzern ab. So konnten die deutschsprachigen Flüchtlinge in der sowjetischen Zone von Wien und im oberösterreichischen Mühlviertel sowie in den Bundesländern Burgenland und Niederösterreich keine Zusammenkünfte abhalten. 1948 entstand in Wien die sogenannte „Klemensgemeinde“, welche eine katholische Gemeinschaft war. Aufgrund der bereits gebildeten Landsmannschaften in der Steiermark sowie in Salzburg und Oberösterreich kam es dort nicht zur Bildung einer

³⁵⁰ *Stickler*, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland, 427f.

³⁵¹ *Otto Folberth*, Wie Österreich seinen Ruf als Asylant erwarb. Geschichte der Sektion Österreich der AWR. In: Theodor Veiter, Hg., 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung (Wien 1975) 188-219, hier 189.

³⁵² Sudetenpost. Online unter: <<http://www.sudetenpost.eu/>> (5. Juli 2016).

„Klemensgemeinschaft“. In Vorarlberg konnte sich jedoch eine Landesorganisation von der „Klemensgemeinde“ bilden.³⁵³

Im Bezirk gab es laut L. M. keinen Verein für die deutschsprachigen Flüchtlinge aus Gottschee. In Graz-Mariatrost wurde 1963 eine Kirche errichtet, die gleichzeitig ein Denkmal an die „Heimatvertriebenen“ während und nach dem zweiten Weltkrieg ist. Hier trafen sie sich regelmäßig. Auch jene, die ausgewandert sind, kamen immer wieder mal zu diesen Treffen, bei welchen auch die Kinder und Enkelkinder mitgenommen wurden. Durch das hohe Alter der betroffenen Personen, kommen jedoch immer weniger Personen zu diesen Zusammenkünften.³⁵⁴

Der „Schwäbische Hilfsverein“ wurde am 13. August 1948 in Salzburg gegründet. Seine Tätigkeit in der Steiermark nahm der Verein im selben Jahr auf. Der Name wurde 1983 in „Landsmannschaft der Donauschwaben in der Steiermark“ ergänzt.³⁵⁵ Am 5. Februar 1950 wurde eine Ortsstelle des „Hilfsvereins der Sudetendeutschen“ in der Steiermark in Köflach gegründet.³⁵⁶ Die Zeitzeugin A. M. berichtete ebenfalls von einem „donauschwäbischen Hilfsverein“ im Bezirk Voitsberg, an den sie sich wenden konnten, wenn sie Hilfe benötigten.³⁵⁷

Der „Schwäbische Hilfsverein“ wurde erst sehr spät, im Gegensatz zu den anderen „volksdeutschen“ Hilfsvereinen, gegründet. Bereits im Sommer 1945 wurde ein „Ausschuss für die Flüchtlinge aus der Untersteiermark“³⁵⁸ zusammengestellt. Daraus ging wiederum der „Hilfsverein der Deutsch-Untersteirer“ hervor, welcher 1955 zur „Landsmannschaft und Hilfsverein der Deutsch-Untersteirer in Österreich“ wurde. Dieser Ausschuss bot den Leuten aus der ehemaligen Untersteiermark vor allem Hilfe bezüglich der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung. Der Dachverband dieser Landmannschaft war die „Zentralberatungsstelle der „Volksdeutschen“ in der Steiermark“. In der „Zentralberatungsstelle“ wurden die Anliegen von allen deutschen „Heimatvertriebenen“ angenommen und vertreten. Der

³⁵³ Erwin Machunze, Zur Eingliederung der vertriebenen Volksdeutschen in Österreich. In: Theodor Veiter, Hg., 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung (Wien 1975) 116-118, hier 117f.

³⁵⁴ Gedächtnisprotokoll, Gespräch mit L. M. am 23. Mai 2016.

³⁵⁵ Florian Neller, online unter:

<<http://www.donauschwaben.at/donauschwaebische%20landsmannschaft%20in%20der%20steiermark.html>> (6. Juni 2016).

³⁵⁶ StLA, BH Voitsberg, K.604, Jg.: 1950: 9.2.1950.

³⁵⁷ Gedächtnisprotokoll im Gespräch mit A. M. am 23. Mai 2016.

³⁵⁸ O. Werther, Heimatvertriebene Deutsch-Untersteirer in der neuen Heimat Steiermark. In: Helmut Strobl, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 50-59, hier 53.

„Hilfsverein der Donauschwaben“ machte es sich zur Aufgabe, die donauschwäbische Kultur durch Dokumentation aufrecht zu erhalten und dieses Kulturgut in die neue Heimat einzubinden. Es wurden Veranstaltungen und Ausstellungen organisiert, außerdem gab es Kinder- und Jugendtanzgruppen, die die Erinnerung an die donauschwäbischen Tänze und Lieder erhielten. Zudem wurde die Verbindung zu den „Donauschwabern“ außerhalb von Österreich, ebenfalls von der Landsmannschaft aufrechterhalten. Um den Mitgliedern die neuesten Geschehnisse mitzuteilen, erschien im Selbstverlag das „Mitteilungsblatt“, welches viermal im Jahr erschien. Monatlich fanden sogenannte Heimatabende statt. Das Interesse daran war so groß, dass daraus eine Tanzveranstaltung gemacht wurde. Mit der Zeit wurde das Gefühl der Heimatlosigkeit schwächer und sie integrierten sich immer mehr in die Steiermark. Der „Schwäbische Hilfsverein“ wurde im Jahr 1952 aufgelöst. Die Mitglieder wurden danach in dem „Schwabenverein“ aufgenommen. Im Jahr 1949 wurde von der evangelischen Kirche in Graz der Weltkirchenrat und eine Zweigstelle von dem „lutherischen Weltverband“ gegründet. Dadurch wurden aus den USA viele Nahrungsmittel- und Kleiderspenden nach Österreich gebracht. Ab 1952 übernahm die Zentralstelle von der evangelischen Flüchtlingshilfe die Betreuungsaufgaben. Der „lutherische Weltverband“ übernahm danach nur mehr die Aufgabe der Auswanderungshilfe. Auch der „Hilfsverein für die Sudetendeutschen“ übernahm die Betreuung und Beratung ihrer Landsleute. Die Dachorganisation war wiederum der Landesverband Steiermark von „der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich“³⁵⁹. Dabei entwickelte sich ein großes Netz, welches sich über mehrere Bezirke in der Steiermark spannte. Es bildeten sich acht Zentren. Unter diesen waren die Städte Liezen, Leoben, Köflach, Mürzzuschlag, Murau, Graz und Judenburg. In diesen Zentren waren die gemeinsamen gesellschaftlichen Treffen mit Dichterlesungen, heimatpolitischen Vorträgen und Filmvorführungen im Mittelpunkt ihrer Zusammenkünfte. Zudem fanden festliche Veranstaltungen und gemeinsame Reisen, zum Vergnügen oder zur Bildung, statt.³⁶⁰ Heute sind die einzelnen Flüchtlingsgruppen der deutschsprachigen Minderheiten mit ihren eigenen Homepages auch im Internet vertreten. Dort können Informationen über die verschiedenen Landsmannschaften und Vereine eingeholt werden. Eigene Homepages gibt es unter anderem von den „Donauschwabern“³⁶¹, der

³⁵⁹ J. Zellner-Regula, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in der Steiermark seit 1948. In: Helmut Strobl, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988) 292-296, hier 292.

³⁶⁰ Zellner-Regula, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in der Steiermark, 292.

³⁶¹ Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft in Österreich. Online unter: <<http://www.donauschwabern.at/index.html>> (6. Juni 2016).

„Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich“³⁶², „Die Franzfelder“³⁶³ und der „Gottscheer“³⁶⁴.

In Köflach fand „vom 15. bis 19. Juli 1987“³⁶⁵ ein Heimattreffen von den Menschen aus Krndija statt. Zwar fällt dieses Ereignis nicht mehr in den hier in der Arbeit behandelten Zeitraum, jedoch ist es dahingehend relevant, dass es auch vom ORF aufgezeichnet wurde und dieser am 26. Dezember davon berichtete. Dies zeigt, dass auch nach den vielen vergangenen Jahren der Ansiedlung der Flüchtlinge bzw. „Heimatvertriebenen“ die Zusammenkunft mit ehemaligen Landsleuten noch immer wichtig war und auch in der Öffentlichkeit Gehör fand. In der zweistündigen Sendung konnten die Betroffenen ihre Kultur und ihre Probleme einer breiten Öffentlichkeit zeigen.³⁶⁶

8.4. Arbeit

Im folgenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie die Arbeitssituation der Flüchtlinge in Österreich aussah. Hilfe bei der Arbeitssuche bekamen die „volksdeutschen“ Flüchtlinge bei der Zentralberatungsstelle für „Volksdeutsche“. Insbesondere die Berufsgruppen der Glas- und Textilindustrie, in der Landwirtschaft sowie im Baugewerbe standen bei der Arbeitsvermittlung an vorderster Stelle. Bevor eine Arbeitsstelle angenommen werden konnte, mussten sie um eine Arbeitsgenehmigung oder Aufenthaltsbewilligung ansuchen. Zuvor mussten sie sich aber einer politischen Überprüfung unterziehen.³⁶⁷

Durch den Ausländerstatus der Flüchtlinge war die Suche nach Arbeit auf dem Markt, trotz mangelnder Arbeitskräfte in vielen Bereichen, schwierig. Auch wenn Arbeitgeber gewillt waren Flüchtlinge einzustellen, mussten sie zuerst eine Beschäftigungsbewilligung einholen. Diese wurde wiederum erst dann erteilt, wenn für die Arbeit keine/kein ArbeitnehmerIn aus Österreich gefunden werden konnte und es sich somit um einen Arbeitsbereich mit einem Mangel an Arbeitskräften handelte. In der Landwirtschaft war die Situation für die

³⁶² Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich. Online unter: <<http://www.sudeten.at/index.html>> (5. Juli 2016).

³⁶³ Die Franzfelder. Online unter: <http://www.franzfeld.de/?page_id=14> (5. Juli 2016).

³⁶⁴ Gottscheer. Online unter: <<http://www.gottscheerland.at/>> (5. Juli 2016).

³⁶⁵ Neller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 211.

³⁶⁶ Neller, Die Donauschwaben in der Steiermark, 211.

³⁶⁷ Znoy, Die Vertreibung der Sudetendeutschen, 112.

Beschäftigung von Flüchtlingen anders, hierzu brauchten sie keine Beschäftigungsbewilligung einholen.³⁶⁸

Aus den Dokumenten für die Einreisebewilligung nach Österreich ging hervor, dass Bewilligungen vor allem erteilt wurden, wenn ein dringender Bedarf an wirtschaftlichen Arbeitskräften benötigt wurde. Daraus kann geschlossen werden, dass ein akuter Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften herrschte. Durch die Mitarbeit in der Landwirtschaft, waren auch die Unterbringung und die Verpflegung der Personen geregelt bzw. gesichert.³⁶⁹ Noch schwieriger war es Jobmöglichkeiten im Gewerbebereich zu finden bzw. sich dort etwas Eigenes aufzubauen. Es war nicht gewollt, dass sich Betriebe von Ausländern in Österreich zu sehr verbreiteten, nur in besonderen Ausnahmefällen wurde eine Bewilligung zur Eröffnung eines Betriebes stattgegeben. Eine Lockerung des Gesetzes für die „Volksdeutschen“ erfolgte erst 1951. Nun konnten sie als Hausgehilfinnen, Forstarbeiter oder als ArbeiterInnen und Angestellte, ohne eine zusätzliche Bewilligung, beschäftigt werden. Für die ArbeiterInnen und Angestellten galt aber eine dreijährige Beschäftigungsdauer seit ihrer Ankunft in Österreich. Im Jahr 1952 wurde das Gesetz dem entsprechend geändert, dass „Volksdeutsche“, die bereits „vor dem 31. Dezember 1951 nach Österreich“³⁷⁰ kamen, im Arbeitsrecht der österreichischen Bevölkerung gleichgestellt waren. Durch diese Gesetzesänderung waren jetzt zwar die „Volksdeutschen“ den ÖsterreicherInnen im Arbeitsbereich gleichgestellt worden, die fremdsprachigen Flüchtlinge unterlagen hingegen noch immer der Verordnung von Ausländern als ArbeitsnehmerInnen, was sich erst im Jahr 1954 ändern sollte.³⁷¹

Obwohl alle Flüchtlinge den gleichen Gesetzen unterstanden, gab es bei der Integration in der Arbeitswelt, vor allem bei jenen Flüchtlingen die Deutsch sprachen, Unterschiede. Im Besonderen „Volksdeutsche“ die aus Gebieten kamen, welche unmittelbar an Österreich grenzten und früher auch zur Monarchie gehörten, wie z.B. die „Untersteirer“ und die „Sudetendeutschen“. Diese erhielten die Beschäftigungsbewilligung, die dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und die Staatsbürgerschaft schneller als andere Flüchtlingsgruppen. Wie bereits erwähnt wurde änderte sich dies mit dem Jahr 1952, in welchem die „Gleichstellungsgesetze“ geschaffen wurden. Ab diesem Zeitpunkt konnten auch die

³⁶⁸ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark, 216.

³⁶⁹ StLA, BH Voitsberg, K.442, Jg.: 1946.

³⁷⁰ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark, 216.

³⁷¹ Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark, 216.

fremdsprachigen Flüchtlinge besser bzw. leichter in die Arbeitswelt integriert werden. Am Beginn der 1950er Jahren fand eine große Auswanderungsbewegung der Flüchtlinge statt. Diese wurde vor allem von jungen Flüchtlingen forciert, aber auch jene fanden eine Auswanderung lukrativ, die sich in Österreich bereits eine Existenz aufbauen konnten. Zurück blieben dann oft Kriegswitwen, alleinstehende Frauen, Kinder, Menschen mit gesundheitlichen Problemen und alte Menschen, welche eine selbstständige Integration oft nicht schafften.³⁷²

In der Nachkriegszeit gab es einen, wie bereits des Öfteren erwähnt wurde, Arbeitermangel in der Forst- und Landwirtschaft. Die Aussicht auf eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, welche die Flüchtlinge erhielten, wenn sie in diesem Bereich arbeiteten, übte sich positiv aus. Viele der Flüchtlinge konnten nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten, sondern wurden je nach Arbeitsbedarf eingesetzt. Sie bekamen dafür auch nur eine geringe Bezahlung und wurden bei Bedarf ausgetauscht.³⁷³ Berufe der Flüchtlinge waren unter anderem Hilfsnäherin, Hilfsarbeiter, Landwirt, Maurer, Bauarbeiter, Bergarbeiter und Schmied.³⁷⁴

In den ersten Nachkriegsjahren gab es jeden Monat eine Berichterstattung der BH Voitsberg über den aktuellen Lagebericht im Bezirk. Darin gab es einen extra Punkt, welcher über die „Ausländer“ berichtete und vermerkt wurde, dass sie sich mehrheitlich in den Arbeitsprozess eingegliedert hatten und sich ruhig verhielten. Ein großer Teil von ihnen war in der Industrie tätig. Mehrmals wurden jedoch „Ausländer“ erwähnt, die illegal hierherkamen und sich aufhielten. Zum Teil wurden kleinere Straftaten, wie z.B. Diebstahl, von ihnen verübt.³⁷⁵ Auch wenn die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen nicht immer positiv gestimmt war, so waren sie doch froh über den Arbeitsfleiß der „Volksdeutschen“. Sie halfen unter anderem bei der Beseitigung der Trümmer nach dem Krieg bzw. bei dem Wiederaufbau und bei der Landarbeit. Frauen wie Männer arbeiteten sehr schwer für wenig Geld. Wie schon der Zeitzeuge M. K. erwähnte, arbeiteten viele Gablonzer Glaskünstler im Bezirk, welche aber oft nur eine Anstellung als Hilfsarbeiter auf dem Bau fanden.³⁷⁶

In den Situationsberichten der BH Voitsberg wurde außerdem erwähnt, dass für den Handel, das Gewerbe sowie der Industrie die Rohstoffe und Arbeitskräfte fehlten. Aber auch in der

³⁷² Stieber, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark, 216.

³⁷³ Windisch, Kommen Bleiben Gehen, 185f.

³⁷⁴ StLA, BH Voitsberg, K.399, Jg.: 1945.

³⁷⁵ StLA, BH Voitsberg, 1945-1955.

³⁷⁶ Stanek, Verfolgt, verjagt, vertrieben, 25.

Land- und Forstwirtschaft war ein Arbeitermangel zu verzeichnen. Im Bergbau wurden 250, in der Landwirtschaft 153 und im Baugewerbe 191 Arbeiter benötigt. Durch den vorkommenden Schleichhandel verschlechterten sich die Sicherheitsverhältnisse. Jedoch wurden nur sehr wenige „Ausländer“ strafbar. Im Allgemeinen verhielten sie sich ruhig und fügten sich den behördlichen Anordnungen und waren auch, soweit dies für sie möglich war, in den Arbeitsprozess eingegliedert. Zudem wurden in diesen Situationsberichten auch die sich im Bezirk Voitsberg befindenden Industriebetriebe aufgezählt. Diese waren unter anderem der Bergbau, Steinbruch mit Kalkwerk, die Glasfabrik, Pumpenfabrik, Baggerfirma Hochtief-Negrelli, Elektrizitätswerke, Schuhfabrik, das Ziegelgewerbe, Holzbauwerk Krems und Sichelwerk. In den Betrieben herrschte ein Beschäftigungsstand von 6 476 Angestellten.³⁷⁷

Es gab mehrere Glasfabriken im Bezirk, in welchen es nach Ende des Krieges an fähigen Arbeitskräften mangelte. Viele waren in den Glasfabriken Oberdorf, Stölzle (der Konzernbetrieb der Familie Stölzle befand sich zuerst im „Sudetenland“) und Körbitz beschäftigt. Immer wieder kam es vor, dass ein Ansuchen auf eine Daueraufenthaltsbewilligung gestellt wurde. So stellte z.B. ein Mann, der bei der Glasfabrik Stölzle in Köflach als Glasarbeiter mit den Aufgabenbereichen Sprengen, Verschmelzen und Bedrucken von Beleuchtungsglas und technischen Gläsern aller Art angestellt war, einen Antrag für die Bewilligung eines dauerhaften Aufenthaltes in Österreich, welcher auch erteilt wurde. Neben der fachlichen Qualifikation, war die Selbsterhaltung der betroffenen Personen ein weiterer wichtiger Punkt für die Bewilligung eines dauerhaften Aufenthaltes. In den Ansuchen wurde daher von den Antragsstellern explizit erwähnt, dass sie vom Staat unabhängig waren. Weder stellten er und seine Familie Ansprüche auf staatliche Unterstützung, noch bezogen sie eine Renten-, Versorgungs- oder Pensionsunterstützung. Solche Bewilligungen wurden vor allem dann stattgegeben, wenn es sich dabei um Facharbeitskräfte handelte, von denen es in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg mangelte. In den Glasfabriken wurden in dieser Zeit Spezialgläser erzeugt, die es so noch nicht in Österreich gab und dadurch die österreichischen Arbeiter von den ausländischen Fachkräften geschult wurden. Die soziale Besserstellung der „Ausländer“ bzw. Flüchtlinge verbesserte sich erst mit den ersten „Gleichstellungsgesetzen“, welche bereits in einem vorherigen Kapitel behandelt wurden.³⁷⁸ Bei der Anfrage um eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung

³⁷⁷ StLA, BH Voitsberg, K.444, Jg.: 1946: Situationsbericht für den Zeitraum vom 21.9. bis 20.10. 1946.

³⁷⁸ StLA, BH Voitsberg, K.643, 14/I Ausländer A-O, Jg.: 1951.

erfolgte meist auch eine schriftliche Bestätigung über die gute Arbeit der Antragsstellerin/des Antragsstellers von ihrer/seiner Firma.³⁷⁹ Im Jahr 1953 gab es in den BH Akten in Voitsberg eine auffällige Häufigkeit an italienischen ausländischen Arbeitern, welche bei der Ziegelfabrik Amadio di Maria tätig waren.³⁸⁰

Vor allem im gewerblichen Bereich bestand in den ersten Nachkriegsjahren ein erheblicher Nachteil der Flüchtlinge gegenüber der österreichischen Bevölkerung. Durch die Gesetzesänderungen zu Beginn der 1950er Jahre verbesserte sich ihre Situation. In der Nachkriegszeit herrschte im Bezirk ein Mangel an Arbeitskräften, insbesondere Arbeiter mit Spezialkenntnissen waren gerne gesehen. Daher war die Eingliederung der Flüchtlinge in den verschiedenen Arbeitsbereichen leicht, auch wenn die Arbeitstätigkeiten nicht immer der Ausbildung der Flüchtlinge entsprachen. Manche Flüchtlinge besaßen Spezialkenntnisse, welche durch die neue Technik vor allem in der Glasindustrie benötigt wurden, und konnten aus diesem Grund von der einheimischen Bevölkerung durchaus als Konkurrenz am Arbeitsmarkt gesehen werden.

8.5. Integration

Der Begriff „Integration“ zielt auf eine gesellschaftliche Eingliederung in die sogenannte Mehrheitsgesellschaft von den Menschen, die zugewandert sind, ab. Dies bedeutet jedoch keineswegs eine Assimilation der Betroffenen. Trotz einer gewissen Anpassung bzw. Eingliederung, sollten die kulturellen Freiräume erhalten bleiben. Hier wird von einer kulturellen Diversität, einer notwendigen Anpassung, gesprochen.³⁸¹

Der Blickpunkt der Integration von Flüchtlingen und „Heimatvertriebenen“ nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Forschung in Österreich, im Gegensatz zu Deutschland, noch kaum wahrgenommen. Wenn überhaupt, wurde dieses Thema nur am Rande erwähnt. Die sogenannten „Heimatvertriebenen“ in Österreich, hatten nicht das Recht wählen zu gehen. Daher, so laut *Stickler*, hatten auch die großen Parteien SPÖ, ÖVP und die KPÖ kein Interesse an einer Integration bzw. sich ihnen anzunehmen. Hinzu kam noch, dass sich Österreich lange weigerte, die Verantwortung der Politik von dem Deutschen Reich und die

³⁷⁹ StLA, BH Voitsberg, K.812, 14/I, A-M, Jg.: 1955.

³⁸⁰ StLA, BH Voitsberg, K.728, 14/I, A-Z, Jg.: 1953.

³⁸¹ Heinz *Fassmann/Irene Stacher*, Hg., Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Klagenfurt 2003) 12f.

danach folgenden Konsequenzen zu übernehmen. Durch diese Einstellung wollte die österreichische Regierung in den ersten Nachkriegsjahren auch nicht die Verantwortung für die Eingliederung der Flüchtlinge übernehmen sowie auch nicht für Entschädigungsfragen aufkommen. Selbst der österreichische Außenminister Leopold Figl (1953-1959) sprach von einer Eingliederung der „Sudetendeutschen“ in Deutschland. Seine Begründung lag darin, dass sie 1938 auch für Deutschland stimmten. Eine weitere Rechtfertigung für diese österreichische Haltung gegenüber den Flüchtlingen und „Heimatvertriebenen“ gab auch Bruno Kreisky, ehemaliger Bundeskanzler. Noch am Ende der 1970er Jahre hieß es von Kreisky:³⁸²

„Die Republik Österreich hat, solange sie als selbstständiger Staat bestand, weder Krieg geführt, noch Menschen vertrieben oder zur Umsiedlung gezwungen. Die Bevölkerung hätte es daher nicht verstanden, wenn ihr als Wiedergutmachung für die von ihr nicht verschuldeten Ereignisse ein Lastenausgleich auferlegt worden wäre.“³⁸³

Zum Teil wurden die „volksdeutschen“ Flüchtlinge von den ÖsterreicherInnen auch als ein Erbe des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gesehen und hatten daher die Befürchtung, dass sich diese Tatsache negativ auf das Zustandekommen eines Staatsvertrags auswirkte. Eine Einbürgerung war mit erheblichen Kosten verbunden und wurde vor allem zu Beginn der Nachkriegszeit nur selten durchgeführt. Daher galt der Großteil der „Volksdeutschen“ Flüchtlinge als Staatenlose. Durch diese Bezeichnung und der Notwendigkeit im Besitz einer Beschäftigungsbewilligung zu sein, hatten sie auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Aussichten. Die Beschäftigungsbewilligung wurde bereits im vorherigen Kapitel beschrieben. Oftmals mussten sie dadurch eine, für ihren Bildungsstand, schlechtere Arbeit annehmen.³⁸⁴

Eine Solidarität seitens der österreichischen Regierung gegenüber den „Volksdeutschen“ Flüchtlingen, vor allem jenen aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei, war nicht zu erwarten. Im Jahr 1945 entschlossen sich die Briten 46 000 Kosaken, 150 000 Kroaten (Zivilisten, wie auch Soldaten) und 10 000 Heimwehrleute aus Slowenien Zwangs zu

³⁸² Stickler, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland, 416-426.

³⁸³ Stickler, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland, 426.

³⁸⁴ Brunhilde Scheuringer, Szenarien zur Integration der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich. In: Ingrid Böhler/Rolf Steininger, Hg., Österreichischer Zeitgeschichtetag 1993. 24. bis 27. Mai 1993 in Innsbruck (Innsbruck/Wien 1995) 225-228, hier 225f.

repatriieren. Für viele von ihnen bedeutete das den Tod.³⁸⁵ Im Gegensatz zu den Forderungen der Sowjetunion, ihre Staatsbürger durch Zwangsrepatriierung zurückzuholen, vertraten die österreichischen Parteien, an erster Stelle die ÖVP den Standpunkt, dass vor allem die sogenannten „Volksdeutschen“ und auch zum Teil DP's sich in die Bevölkerung von Österreich integrieren konnten. Für die negative Stimmung in der Bevölkerung gegenüber den DP's bzw. den Fremden waren auch die wirtschaftlichen Probleme in der Nachkriegszeit ausschlaggebend. Die Versorgungslage in Österreich war im Winter von 1945/46 sehr schlecht und führte, aufgrund der am Anfang besseren Lebensmittelrationen der DP's zu einer Fremdenfeindlichkeit der ÖsterreicherInnen. Die antisemitischen Züge wurden immer stärker. Diese richteten sich vor allem auf die Gruppe der jüdischen DP's, welche jedoch relativ klein war.³⁸⁶ In den BH Akten von Voitsberg ließen sich keine Informationen bezüglich antisemitischer Anfeindungen gegenüber den dortigen Flüchtlingen finden. Auch die drei Zeitzeuginnen, welche aus Krdija und Gottschee kamen, machten nach ihrer Flucht keine Erfahrungen mit Anfeindungen seitens der einheimischen Bevölkerung im Bezirk in Bezug auf ihre Herkunft.

In einer Stellungnahme des Innenministeriums 1947 hieß es, dass alle Leute wieder aus Österreich weg müssen, bei denen angenommen wurde, dass sie sich der übrigen Bevölkerung nicht anpassen würden. Dabei sprachen sie vor allem die fremdsprachigen Menschen an. Natürlich mussten sich auch alle arbeitswillig zeigen. Wie andere Staaten, wollte auch Österreich nur diejenigen behalten, welche arbeitswillig bzw. arbeitsfähig waren und zudem eine gefragte und spezielle Ausbildung besaßen. Kurz gesagt bedeute dies, nur die Flüchtlinge zu behalten, welche für das Land Österreich einen Vorteil brachten.³⁸⁷

Die österreichischen Parteien interessierten sich erst mit dem Jahr 1949 vermehrt für die Flüchtlinge, da ab diesem Zeitpunkt die Möglichkeit bestand, die österreichische Staatsbürgerschaft auch ohne einer Sonderbewilligung zu bekommen. Durch diese neue Situation wurden sie für eventuelle WählerInnen auch für die einzelnen Parteien in Österreich interessant. In der anfänglichen Nachkriegszeit bekam jeder Flüchtling eine sogenannte „Aufenthaltserlaubnis“, die alle drei Monate verlängert werden musste. Eine Abschiebung erfolgte nur bei sehr schweren Vergehen, in einem vorherigen Kapitel wurde bereits ein Beispiel dafür genannt, und musste von den Besatzungsmächten bewilligt werden. Die

³⁸⁵ Albrich, *Asylland wider Willen*, 222.

³⁸⁶ Albrich, *Asylland wider Willen*, 221f & 231.

³⁸⁷ Stieber, *Volksdeutsche und Displaced Persons*, 144f.

ebenfalls bereits erwähnte Daueraufenthaltsbewilligung wurde vor allem jenen „Volksdeutschen“ ausgestellt, an welchem der österreichische Staat ein Interesse für ihren dauerhaften Aufenthalt im Land hatte und galt als eine Art Vorstufe zur Einbürgerung der Flüchtlinge.³⁸⁸

Vor allem gegenüber den fremdsprachigen Flüchtlingen verhielt sich die österreichische Bevölkerung distanziert und war voreingenommen. In mehreren Schreiben baten die Regierungsmitglieder um einen Abtransport der unwillkommenen Flüchtlinge. Diese negative Haltung richtete sich hauptsächlich gegen jene Personen, die sich in den Lagern in Österreich aufhielten und nicht gegen jene, die außerhalb des Lagers wohnten und bereits in den österreichischen Arbeitsprozess eingliedert waren.³⁸⁹ Die Einstellung der ÖsterreicherInnen gegenüber den Flüchtlingen veränderte sich im Laufe der Jahre, merklich seit den 1950er Jahren. Ein wesentlicher Faktor für die veränderte Stimmung in der Bevölkerung war die Stabilisierung der Wirtschaft. Nun wurden auch die Hilfeleistungen der Flüchtlinge im Wiederaufbau immer mehr gewürdigt und außerdem in den Medien thematisiert.³⁹⁰

Des Weiteren fanden sich in den Akten der BH Voitsberg auch negative Komponenten in der Haltung gegenüber Ausländern. 1946 kam es vermehrt zu Diebstählen, Raubüberfällen und sogar zu einem Totschlag, welcher von einem „Ausländer“ verübt wurde. In den Aufzeichnungen gab es jedoch keinen Hinweis darauf, dass diese Delikte von Flüchtlingen verübt wurden, da lediglich die Bezeichnung „Ausländer“ getätigt wurde. Auch die Angst vor Diebstählen, vor allem auf den weit verstreuten Bauernhöfen, wurde von den einzelnen Landgemeinden kundgemacht. Daher wurde eine schnelle Handlung herbeigesehnt und die „Außerlanddesschaffung“ der, wie es im Dokument hieß, „unerwünschten Ausländer“ begrüßt. Im Jahr 1947 musste die BH am Anfang jeden Monats der Sicherheitsdirektion für Steiermark eine Auflistung bzw. Berichterstattung über die erteilten Aufenthaltserlaubnisse nach Nationen geben, auch die in dieser Zeit unbefugten eingereisten Personen mussten dabei aufgelistet werden. So befanden sich laut einem Schreiben der BH Voitsberg an die Sicherheitsdirektion für Steiermark vom 30 Juni 1947, zu diesem Zeitpunkt 2 853 gemeldete Ausländer im Bezirk.³⁹¹

³⁸⁸ *Stieber*, Volksdeutsche und Displaced Persons, 149.

³⁸⁹ *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, 84-88.

³⁹⁰ *Scheuringer*, Szenarien zur Integration der volksdeutschen Flüchtlinge, 226.

³⁹¹ StLA, BH Voitsberg, K.442, Jg.: 1946.

Zum Teil gab es aber auch sehr hilfsbereite Einheimische im Bezirk. Eine Bauersfamilie machte unter anderem Räumlichkeiten in ihrem Haus für Flüchtlinge frei. Auch für die Verwandten von A. M. wurde in einem Bauernhaus eine Stube für die Familie zur Verfügung gestellt.³⁹²

Den ersten konkreteren Plan zur Integration der Flüchtlinge stellte der sogenannte „Jägerplan“ aus dem Jahr 1952. Dieser wurde dem belgischen Finanzexperten Jäger Gilbert von dem Amt UNHCR in Auftrag gegeben. Der Plan sah eine wirtschaftliche Eingliederung, vor allem der deutschsprachigen Flüchtlinge vor, aber auch die fremdsprachigen waren nicht vollkommen davon ausgeschlossen. Die österreichische Regierung wies den „Jägerplan“ jedoch zurück. Nach Jäger konnten die Flüchtlinge nicht nur im landwirtschaftlichen Sektor untergebracht werden, sondern auch in der Industrie. Durch die ablehnende Haltung Österreichs stellte Jäger eine kleinere Lösung für das Integrationsproblem vor. Nun waren die für Österreich teuren Neuerrichtungen, wie z.B. der Kauf von Bauernhöfen, gestrichen und für die Umsetzung des Integrationsplans waren jetzt fünf Jahre vorgesehen. Die Weltbank lehnte jedoch ab, den Integrationsplan mitzufinanzieren. Begründet wurde es unter anderem damit, dass Österreich noch nicht im Besitz eines Staatsvertrages war und es daher schwierig war in das Land zu investieren. Schlussendlich scheiterte der Jägerplan.³⁹³

Die Annahme, dass durch die gleiche Sprache und zum Teil auch des gleichen kulturellen Erbes eine Gemeinsamkeit bzw. die Kluft zwischen den Einheimischen und den deutschsprachigen Minderheiten geringer wäre, ist falsch. Trotz dieser Gemeinsamkeiten, gab es unterschiedliche Mundarten und Umgangsformen sowie auch Trachten. Einige der „Volksdeutschen“, insbesondere die „Siebenbürger Sachsen“, waren nicht katholisch, sondern dem Protestantismus zugewandt.³⁹⁴ Angesprochen auf die Frage der Integration meinte eine Zeitzeugin L. M. aus Gottschee, dass sie ja die gleiche Sprache sowie die gleiche Religion hatten und sich ihre Kultur, im Gegensatz zur heutigen Flüchtlingssituation nicht unterschied.³⁹⁵ Diese anfänglichen Vorurteile gegenüber den „Fremden“ verschwanden jedoch mit der Knüpfung von sozialen Kontakten und der Standortfestigung der „Volksdeutschen“.³⁹⁶ Obwohl es in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen seitens der österreichischen Bevölkerung gab, ließen sich

³⁹² Gedächtnisprotokoll im Gespräch mit A. M. am 23. Mai 2016.

³⁹³ Windisch, Kommen. Bleiben. Gehen, 186-188.

³⁹⁴ Scheuringer, Szenarien zur Integration der volksdeutschen Flüchtlinge, 226.

³⁹⁵ Gedächtnisprotokoll im Gespräch mit L. M. am 23. Mai 2016.

³⁹⁶ Scheuringer, Szenarien zur Integration der volksdeutschen Flüchtlinge, 226.

Parallelen zwischen der Sprache und Kultur ausmachen. So war die Grundlage der gleichen Sprache gegeben und auch wenn es geringe kulturelle Unterschiede gab, waren diese doch sehr ähnlich. Die gegenwärtige Situation in Österreich unterscheidet sich von der Bevölkerung hinsichtlich der Sprache und Kultur. Die Religion spielt dabei noch immer eine große Rolle. Daher wird die Integration dieser Flüchtlinge länger dauern und wahrscheinlich auch schwieriger sein, als jene insbesondere der deutschsprachigen Flüchtlinge in der Nachkriegszeit.

Nach *Scheuringer* hätte Österreich die Integration der Flüchtlinge nicht ohne die Hilfe der internationalen und privaten Hilfsorganisationen lösen können.³⁹⁷ Bis zum 30. November 1952 wurden 618 Flüchtlinge und DPs im Bezirk eingebürgert.³⁹⁸

9. Resümee

Die Situation in den ersten Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Bezirk Voitsberg war, wie im restlichen Österreich, schwierig. Die Versorgungslage von Lebensmitteln und Bekleidung war schlecht, es herrschte zudem Wohnungsknappheit. Im Bezirk waren die Kriegsschäden durch Bombenabwürfe zwar nicht so groß, jedoch herrschte auch hier das Nachkriegschaos. Aufgrund seiner geographischen Lage zogen tausende von Menschen in den ersten Tagen nach Kriegsende durch den Bezirk und hinterließen ein Chaos an Fahrzeugen, Waffen, Pferden, Wagen und vielem mehr. Neben den Soldaten, Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen, zogen auch viele Flüchtlinge durch den Bezirk bzw. blieben zumindest für die erste Zeit da. Zu Beginn ihrer Ankunft wurden sie oft in den sogenannten Auffanglagern, welche in Schulen, Turnhallen oder im Kino eingerichtet wurden, untergebracht. Manche Familien hatten auch das Glück, bei Verwandten oder in kleinen Wohnungen unterzukommen. Zudem gab es auch hilfsbereite EinwohnerInnen, die den Flüchtlingen für Arbeit Unterkunft und Essen gewährten. Später wohnten sie in den Firmenbaracken in den Ortschaften Köflach, Voitsberg und Bärnbach.

Die größte Flüchtlingsgruppe im Bezirk stellten die deutschsprachigen Minderheiten dar. Diese kam wiederum überwiegend aus den Ortschaften Gottschee und Krndija in Jugoslawien. Die fremdsprachigen DPs kamen unter anderem aus Frankreich, Griechenland,

³⁹⁷ *Scheuringer*, Szenarien zur Integration der volksdeutschen Flüchtlinge, 227.

³⁹⁸ StLA, BH Voitsberg, K.688, 14/I, A-Z, außer W9, Jg.: 1952.

Italien, Jugoslawien, Norwegen und Polen. Jüdische DP's schienen in den Listen der BH Voitsberg nur bis Anfang des Jahres 1950 auf.

Durch die Alliierten Besatzer war die österreichische Regierung in ihren politischen Machtbefugnissen zunächst stark eingeschränkt. Erst mit der Anerkennung der „De-facto Regierung“ von Karl Renner bekam sie wieder mehr Entscheidungsmacht. Die anfängliche österreichische Politik hinsichtlich der Flüchtlinge war ernüchternd. Die Regierung sprach sich für eine schnellstmögliche Abwanderung von den bereits in Österreich befindlichen Flüchtlingen aus. Von einer Integration wurde daher in den ersten Jahren nicht gesprochen. Dies änderte sich erst zu Beginn der 1950er Jahre, als klar wurde, dass nicht alle Flüchtlinge auswandern konnten oder zurück in ihre Heimat gehen konnten, bzw. viele auch in Österreich bleiben wollten. Auch im Bezirk Voitsberg hatte die britische Besatzungsmacht zunächst die Organisation übernommen. Die dortigen Politiker und Beamten hatten nur eine geringe Machtbefugnis.

Im Laufe der Jahre entschieden sich immer mehr, der noch im Bezirk verbleibenden Flüchtlinge, endgültig hier sesshaft zu werden. Sie bauten sich, meist aus eigener Kraft bzw. durch Nachbarschaftshilfe, ihr eigenes Heim. Dadurch entstanden eigene Siedlungen in Voitsberg und Pichling.

Die Integration erfolgte vor allem über die Arbeit. Immer wieder gibt es Beispiele dafür, dass während des Wartens auf Auswanderung eine Arbeit gefunden wurde und die betroffenen Personen bleiben wollten. Durch die Arbeit wurden wichtige soziale Kontakte geknüpft. Obwohl es in der österreichischen Bevölkerung bzw. auch in der Regierung, vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit, sich immer wieder negative Stimmen gegen die Flüchtlinge meldeten, konnten dennoch einige Flüchtlinge erfolgreich in Österreich integriert werden. Was für eine erfolgreiche Integration sprach war, dass die sogenannten „Volksdeutschen“ die gleiche Muttersprache besaßen wie die Einheimischen des Bezirks. Dessen ungeachtet, unterschied sich die Aussprache der „volksdeutschen“ Flüchtlinge dennoch von jener der ÖsterreicherInnen. Wie es in Österreich der Fall ist, gab es natürlich auch bei ihnen verschiedene Dialekte. Zudem waren den ÖsterreicherInnen zu Beginn die verschiedenen kulturellen Bräuche, wie aus den schriftlichen Berichten der BH Voitsberg zu entnehmen war, nicht recht. Trotzdem war der kulturelle Unterschied, im Gegensatz zur heutigen Flüchtlingssituation in Österreich bzw. auch im Bezirk, nie so groß.

Die Flüchtlingspolitik von Österreich hing sehr stark mit dem noch ausstehenden Staatsvertrag zusammen. Durch diese Tatsache war die Politik hinsichtlich des

Flüchtlingsproblems immer etwas zurückhaltender, vor allem auch durch die alliierten Besatzungsmächte die in der Nachkriegszeit die Verantwortung für DP's übernahmen.

Ein Spezifikum des Bezirks Voitsberg hinsichtlich seiner Flüchtlingssituation in der Nachkriegszeit konnte nicht ausgemacht werden. So gab es im Bezirk, anders als in Kapfenberg, Eisenerz oder Judenburg keine großen Flüchtlingslager, sondern lediglich kleinere Firmenbaracken. Dennoch befanden sich viele Flüchtlinge zwischen den Jahren 1945 und 1955 im Bezirk.

Nach Ende des Krieges konnten sich auch im Bezirk Voitsberg die neuen Parteien SPÖ und ÖVP etablieren, die KPÖ spielte dabei eine nicht so große Rolle. Dennoch war das nationalsozialistische Gedankengut noch immer in den Köpfen der Menschen verankert. Der Bezirk erholte sich von den Kriegsstrapazen relativ rasch, vor allem durch die Hilfe des Marshallplans. Neue Fabriken entstanden und die Arbeitsbeschaffung im Bezirk war daher verhältnismäßig gut. In den ersten Nachkriegsjahren erfolgte auch eine Innovation der Infrastrukturen, neue Amtshäuser und Schulen wurden erbaut. Durch die natürlichen Vorkommen an Braunkohle und Kalkstein sowie Marmorstein gab es in den Nachkriegsjahren genug Arbeitsplätze im Bergbau und in den Steinbrüchen. Das Wiederaufnehmen der Arbeit nach Kriegsende erfolgte sehr schnell und die Technisierung der Fabriken trug dazu bei, die Arbeitsplätze zu sichern. Er war durch seine Fabriken, wie die Glasfabrik in Köflach oder der Schuhfabrik und der Arbeit im Bergbau ein lukratives Arbeitsgebiet. Hinzu kam, dass durch den Krieg Arbeitskräfte, vor allem männliche, fehlten und Spezialarbeiter gefragt waren. Auch in der Landwirtschaft wurden dringend Arbeitskräfte benötigt. Durch die ausreichend vorhandenen Arbeitsplätze im Bezirk, wurden die Flüchtlinge sesshaft und bauten ihr eigenes Heim.

Obwohl sie ihre Heimat verlassen mussten und zum Teil von ihrer Familie getrennt wurden, konnten sich jene Flüchtlinge, die sich dazu entschieden im Bezirk zu bleiben, ein neues Leben aufbauen. Sie fanden Arbeit, errichteten sich Eigenheime, schlossen sich zu Gemeinschaften zusammen und knüpften neue Freundschaften. Die Hoffnung auf ein friedliches und glückliches Leben wurde auch nicht durch den Verlust der Heimat aufgegeben. Das Schicksal dieser Menschen zeigt uns, dass es auch für die heutige Flüchtlingssituation und vor allem für die Flüchtlinge einen Weg gibt, auch wenn er steinig erscheinen mag, wieder zurück in ein normales und geordnetes Leben zu finden.

10. Bibliographie

Ludwig *Adamovich*, Genfer Flüchtlingskonvention und Verfassungsrecht. In: Bundesministerium für Inneres, Hg., 50 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention in Österreich (Bd. 5, Wien/Graz 2005) 45-49, hier 45f.

Thomas *Albrich*, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1948 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 1, Innsbruck 1987).

Thomas *Albrich*, Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945-1948. In: Günter *Bischof*/Josef *Leidenfrost*, Hg., Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 4, Innsbruck 1988) 217-244.

Thomas *Albrich*, Zwischenstation des Exodus. Jüdische Displaced Persons und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Gernot *Heiss*/Oliver *Rathkolb*, Hg., Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd. 25, Wien 1995) 122-139.

Thomas *Albrich*, Der Traum von „Amerika“. Jüdische Flüchtlinge 1950-1957. In: Thomas *Albrich*/Klaus *Eisterer*/Michael *Gehler*/Rolf *Steininger*, Hg., Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 11, Innsbruck/Wien 1995) 95-117.

Götz *Aly*, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden (Frankfurt am Main 1995).

Evelin *Bader*, „Heimat(los)“. Die Bedeutung von Heimat am Beispiel der vertriebenen Gottscheer Volksgruppe aus Slowenien (ungedr. wiss. Dipl.-Arbeit, Klagenfurt 2012).

Adelheid *Bauer-Fraiji*/Abderrahim *Fraiji*, Auswanderung von Österreichern und Österreicherinnen nach 1945. Statistische Darstellung. In: Traude *Horvath*/Gerda *Neyer*, Hg., Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 1996) 279-321.

Matthias *Beer*, Umsiedlungen, Deportationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts. Einzigartigkeit und Vergleichbarkeit. In: Dieter *Bingen*/Włodzimierz *Borodziej*/Stefan *Troebst*, Hg., Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen. Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt Bd. 18, Wiesbaden 2003) 208-214.

Siegfried *Beer*, Die Briten und der Wiederaufbau des Justizwesens in der Steiermark 1945-1950. In: Siegfried *Beer*, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommission für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 111-140.

Siegfried *Beer*, Kriegsende und Besatzung. In: Josef *Riegler*, Hg., Die neue Steiermark. Unser Weg 1945 – 2005 (Graz 2005) 18-44.

Doris L. *Bergen*, The Nazi Concept of „Volksdeutsche“ and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe, 1939-1945. In: Journal of Contemporary History (Volume 29, Issue 4, London 1994) 569-582.

Günter *Bischoff*/Josef *Leidenfrost*, Österreich nach dem April 1945: Die bevormundete Nation. Über dieses Buch. In: Günter *Bischoff*/Josef *Leidenfrost*, Hg., Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4, Innsbruck 1987) 11-44.

Daniel *Blatman*. Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords (Hamburg 2011).

Gerhard *Botz*, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940) (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (Wien 1988²).

Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 2. Bezirkslexikon (Graz 2011).

Axel *Bühler*, Grundprobleme der Hermeneutik. In: Axel *Bühler*, Hg., Hermeneutik. Basistexte zur Einführung in die wissenschaftstheoretischen Grundlagen von Verstehen und Interpretation (Heidelberg 2003) 3-19.

Bundespressedienst, Hg., Österreich als Asylland (Wien 1981).

Eckart *Dietzfelbinger*, „...dieses Land wieder ganz und gar deutsch zu machen.“ Das Motiv der „Rasse“ in der NS-Ideologie und seine Umsetzung am Beispiel Slowenien. In: Gerhard *Jochem*/Georg *Seiderer*, Hg., Entrechtung, Vertreibung, Mord. NS-Unrecht in Slowenien und seine Spuren in Bayern 1941-1945 (Berlin 2005) 23-64.

Edda *Engelke*, „Jeder Flüchtling ist eine Schwächung der Volksdemokratie“. Die illegalen Überschreitungen am jugoslawisch-steirischen Grenzabschnitt in den Fünfzigerjahren (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark Bd. 56, Wien 2011).

E. *Erker*, Die Gottscheer in ihrer zweiten Heimat. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 60-90.

Heinz *Fassmann*/Rainer *Münz*, Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen (Wien 1995).

Heinz *Fassmann*/Irene *Stacher*, Hg., Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Klagenfurt 2003).

Festschrift 700 Jahre Stadt Voitsberg. Festwoche vom 25. Sept. bis 3. Okt. 1948 (Voitsberg 1948).

Otto *Folberth*, Wie Österreich seinen Ruf als Asylland erwarb. Geschichte der Sektion Österreich der AWR. In: Theodor *Veiter*, Hg., 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung (Wien 1975) 188-219.

Werner *Freitag*, Landesgeschichte als Synthese – Regionalgeschichte als Methode? In: Westfälische Forschungen 54 (2004) 191-305.

Hans Hermann *Frensing*, Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen. Das Ende einer südostdeutschen Volksgruppe (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, Bd. 24, München 1970).

Florian *Freund*/Bertrand *Perz*, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945. In: Florian *Freund*/Bertrand *Perz*/Mark *Spoerer*, Hg., Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 26/1, Wien/München 2004) 7-273.

K. *Galter*, Die Integration der Siebenbürger Sachsen in der Steiermark. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 231-249.

Sven Bernhard *Gareis*, Sechzig Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Herausforderungen und Chancen des internationalen Menschenrechtsschutzes. In: Sven Bernhard *Gareis*/Gunter *Geiger*, Hg., Internationaler Schutz der Menschenrechte. Stand und Perspektiven im 21. Jahrhundert (Opladen 2009) 19-40.

Adalbert K. *Gauß*/Bruno *Oberläuter*, Das zweite Dach. Eine Zwischenbilanz über Barackennot und Siedlerwillen 1945 – 1965 (Donauschwäbische Beiträge Bd. 72, Salzburg 1979).

Dieter *Groh*, Strukturgeschichte als „totale“ Geschichte? (1971). In: Theodor *Schieder*/Kurt *Gräubig*, Hg., Theorieprobleme der Geschichtswissenschaft (Darmstadt 1977) 311-351.

Hanns *Haas*, Länderzeitgeschichte – Regionale Zeitgeschichte. In: Jiří *Pešek*/Oliver *Rathkolb*, Zeitgeschichte in Bewegung. Die österreichische Erforschung des 20. Jahrhunderts (Karls-Universität Prag 2013) 28-54.

Heimo *Halbrainer*, „...die vorgenannten Elemente sind durch Erschießen unschädlich zu machen.“ NS-Verbrechen anlässlich der Räumungen der Haftanstalten und Konzentrationslager. In: Heimo *Halbrainer*/Victoria *Kumar*, Hg., Kriegsende 1945 in der Steiermark. Terror, Kapitulation, Besatzung, Neubeginn (Graz 2015) 71-95.

Heimo *Halbrainer*/Christian *Ehetreiber*, Hg., Todesmarsch Eisenstraße 1945. Terror, Handlungsspielräume, Erinnerung: Menschliches Handeln unter Zwangsbedingungen (CLIO, Graz 2005).

Heimo *Halbrainer*/Gerald *Lamprecht*, Hg., Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer, Täter, Gegner (Innsbruck 2015).

Gernot D. *Hasiba*/Martin *Polaschek*, Landesgesetzgebung und Landesverwaltung seit 1945. In: Siegfried *Beer*, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommission für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 3-34.

Carl-Hans *Hauptmeyer*, Zu Theorien und Anwendungen der Regionalgeschichte. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21. 1997/1998 (Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1999) 121-130.

Harald *Heppner*, Hg., Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, München 2002).

M. *Hottinger*, Die Donauschwaben in Jugoslawien. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988) 111-145.

Edith *Hörandner*, Stefan Benedik *Karner*, Hg., "Durch die Jahre ist es immer besser geworden". Alltagsbewältigung in der Steiermark 1945 – 55 (Volkskunde Bd. 13, Wien 2007).

Dirk *Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission Bd. 32, München 1984).

Stefan *Karner*, Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur (Graz 2005²).

Stefan *Karner*, Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939-1997 (Klagenfurt/Ljubljana/Wien 1998).

Stefan *Karner*, Hg., Die Stabsbesprechungen der NS-Zivilverwaltung in der Untersteiermark 1941-1944 (Graz 1996).

Stefan *Karner*/Peter *Ruggenthaler*, Hg., Zwangsarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945 (Bd. 26/2) Wien/München 2004).

Gertrud *Krallert-Sattler*, Auswahlbiographie zum Flüchtlings- und Zwangswanderungsproblem (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Band XV, Wien 1985).

Gertrud *Krallert-Sattler*, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz (Wien 1989).

Ludwig *Kren*, Von der Drau zur Kulpa. Gottschee ein Lesebuch (Spittal 2010⁴).

Christoph *Laimer*, Flüchtlings- und Asylpolitik in Österreich und ihr Stellenwert in der Zweiten Republik (ungedr. Dipl.-Arb. Wien 1997).

Achim *Landwehr*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse (Tübingen 2001).

Ernst *Lasnik*, Rund um den Heiligen Berg. Geschichte des Bezirkes Voitsberg (Graz/Wien/Köln 1982).

Erwin *Machunze*, Zur Eingliederung der vertriebenen Volksdeutschen in Österreich. In: Theodor Weiter, Hg., 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung (Wien 1975) 116-119.

Paul *Milata*, Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu. Rumäniendeutsche in der Waffen-SS (Köln/Weimar/Wien 2007²).

Franz *Mittermüller*, Der Bezirk als Wirtschaftsraum. In: Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 253-340.

Franz *Mittermüller*, Bergbau und Hüttenwesen. In: Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 457-494.

Franz *Mittermüller*, Schule und Bildung im Bezirk Voitsberg. In: Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 593-634.

Franz *Mittermüller*, Religion und Glauben im Bezirk Voitsberg. In: Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 519-592.

Michael *Müller*, Hg., Die Donauschwaben in der Steiermark. Ein Rückblick auf 15 Jahre Vertreibung und Heimatsuche sowie auf 10 Jahre schwäbischer Hilfsverein in der Steiermark (Graz 1960).

F. *Neller*, Die Donauschwaben in der Steiermark. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988) 185-213.

Christian *Neubacher*, „Die Deutschdemokratische Partei in der Steiermark“ (ungedr. wiss. Dipl.-Arb., Wien 2011).

Gerda *Neyer*, Auswanderungen aus Österreich. Ein Streifzug durch die „andere“ Seite der österreichischen Migrationsgeschichte. In: Traude *Horvath*/Gerda *Neyer*, Hg., Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 1996) 13-29.

Jan M *Piskorski*, Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts. (aus dem polnischen von Peter Oliver *Loew*, München 2013).

Martin *Pollack*, Der Tote im Bunker. Bericht über meinen Vater (Wien 2004).

Tony *Radspieler*, The ethnic German refugee in Austria. 1945 to 1954 (Den Haag 1955).

Manfried *Rauchensteiner*, Der Krieg in Österreich 1945 (Wien 1984²).

Bernhard *Reismann*, Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848-2005. In: Walter *Brunner*, Hg., Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg. 1. Allgemeiner Teil (Graz 2011) 129-220.

Josef *Riegler*, Hg., Die neue Steiermark. Unser Weg 1945 – 2005 (Graz 2005).

Brunhilde *Scheuringer*, Dreißig Jahre danach. Die Eingliederung der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Band XIII, Wien 1983).

Brunhilde *Scheuringer*, Szenarien zur Integration der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich. In: Ingrid *Böhler*/Rolf *Steininger*, Hg., Österreichischer Zeitgeschichtetag 1993. 24. bis 27. Mai 1993 in Innsbruck (Innsbruck/Wien 1995) 225-228.

Felix *Schneider*, „To Keep the Austrians Alive“. Wirtschaftliche Aspekte britischer Zonenpolitik im besetzten Österreich 1945/46. In: Siegfried *Beer*, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommission für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995).

Sabine *Schweitzer*, „...und dann sind wir herausgekommen...“. Zur Wahrnehmung von Option und Umsiedlung der SüdtirolerInnen. In: Historie des Alpes – Geschichte der Alpen – Storia delle Alpi (Bd. 3, Zürich 1998) 351-364.

Reinhard *Sieder*, Erzählungen analysieren – Analysen erzählen. Praxeologisches Paradigma, Narrativ-biographisches Interview, Textanalyse und Falldarstellung. Beitrag aus Karl R. *Wernhart*/Werner *Zips*, Hg., Ethnohistorie. Rekonstruktion, Kulturkritik und Repräsentation. Eine Einführung (Wien 2014⁴).

Eduard *Stanek*, Verfolgt, verjagt, vertrieben. Flüchtlinge in Österreich von 1945 – 1984 (Wien 1985).

Yvonne von *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem zweiten Weltkrieg (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Bd. VI., Wien 1970).

Barbara *Stelzl-Marx*, Die „sowjetische“ Steiermark. Zentrale Aspekte der Besatzung durch die Rote Armee. In: Heimo *Halbrainer*/Victoria *Kumar*, Hg., Kriegsende 1945 in der Steiermark. Terror, Kapitulation, Besatzung, Neubeginn (Graz 2015) 165-180.

Matthias *Stickler*, Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland – ein Vergleich. In: Michael *Gehler*/Ingrid *Böhler*, Hg., Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf *Steininger* zum 65. Geburtstag (Innsbruck 2007) 416-435.

Gabriela *Stieber*, Nachkriegsfluchtlinge in Kärnten und der Steiermark (Graz 1997).

Gabriela *Stieber*, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955. Dargestellt am Fallbeispiel der Lager Kapfenberg. In: Siegfried *Beer*, Hg., Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955 (Forschung zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgegeben von der Historischen Landeskommission für Steiermark, XXXVIII. Band, Graz 1995) 213-233.

Gabriela *Stieber*, Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945-1960. In: Thomas *Albrich*/Klaus *Eisterer*/Michael *Gehler*/Rolf *Steininger*, Hg., Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 11, Innsbruck/Wien 1995) 67-93.

Gabriela *Stieber*, Volksdeutsche und Displaced Persons. In: Gernot *Heiss*/Oliver *Rathkolb*, Hg., Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd. 25, Wien 1995) 140-156.

Martin *Stiller*, Eine Völkerrechtsgeschichte der Staatenlosigkeit. Dargestellt anhand ausgewählter Beispiele aus Europa, Russland und den USA (Wien 2011).

Matthias *Stolz*, Krndija. Heimatbuch. Slawoniendeutsches Dorf ausgelöscht (Graz 1987).

Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988).

Karl *Stuhlpfarrer*, Umsiedlung Südtirol. 1939 – 1940. Erster Teil (Wien/München 1985).

Arno *Surminski*, Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948 (Hamburg 2004).
Ottmar *Trașcă*, Rumäniendeutsche in Wehrmacht und Waffen SS. 1940-1944. In: Jerzy *Kochanowski*/Maike *Sach*, Hg., Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität (Osnabrück 2006) 273-316.

Carina *Vogt*, „Heim ins Reich!“. Die nationalsozialistische Politik gegenüber den sogenannten „Volksdeutschen“ und ihre Folgen (ungedr. wiss. Dipl.-Arbeit, Wien 2011).

O. *Werther*, Die Untersteiermark von 1918 bis 1945. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 36-49.

O. *Werther*, Heimatvertriebene Deutsch-Untersteirer in der neuen Heimat Steiermark. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988), 50-59.

Brigitta *Windisch*, Kommen. Bleiben. Gehen. Südosteuropäische Flüchtlinge in der Steiermark (1945-1992) (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek Bd. 28, Wien/Köln/Weimar 1994).

J. *Zellner-Regula*, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in der Steiermark seit 1948. In: Helmut *Strobl*, Hg., Der Weg in die neue Heimat. Die Volksdeutschen in der Steiermark (Graz 1988) 292-296.

Walter *Zitzenbacher*, Hg., Landeschronik Steiermark (Wien 1988).

Cornelia *Znoy*, Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Österreich 1945/46. Unter besonderer Berücksichtigung der Bundesländer Wien und Niederösterreich (ungedr. wiss. Dipl.-Arbeit, Wien 1995).

10.1. Internetquellen

Online unter:

http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtling_skonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf (30. Mai 2016).

Sven Felix *Kellerhoff*, Goebbels' beste Idee war der Volksempfänger. Online unter:

<http://www.welt.de/geschichte/article119046691/Goebbels-beste-Idee-war-der-Volksempfaenger.html> (5. Juni 2016).

Florian *Neller*, online unter:

<http://www.donauschwaben.at/donauschwaebische%20landsmannschaft%20in%20der%20steiermark.html> (6. Juni 2016).

Entstehung und Entwicklung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Online unter:

<http://www.menschenrechtskonvention.eu/entstehung-und-entwicklung-der-europaeischen-menschenrechtskonvention-9440/> (9. Juni 2016).

Entwicklung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Online unter:

<http://www.menschenrechtskonvention.eu/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-9436/> (9. Juni 2016).

Online unter: <http://www.bh-voitsberg.steiermark.at/cms/beitrag/11458861/58206256> (1. Juli 2016).

Rainer *Brinskelle*, So viele Asylwerber leben im Bezirk. Online unter:

http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/weststeier/peak_weststeier/4892680/Weststeiermark_So-viele-Asylwerber-leben-bei-uns (4. Juli 2016).

Josef W. *Knoke*, Die Gründung der UdSSR – Ein Blick in die Historie (17. Juni 2010). Online unter: <http://die-auswaertige-presse.de/2010/06/die-grundung-der-udssr-ein-blick-in-die-historie/> 4. Juli 2016).

Sudetenpost. Online unter: <http://www.sudetenpost.eu/> (5. Juli 2016).

Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft in Österreich. Online unter:

<http://www.donauschwaben.at/index.html> (6. Juni 2016).

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich. Online unter: <

<http://www.sudeten.at/index.html> (5. Juli 2016).

Die Franzfelder. Online unter: http://www.franzfeld.de/?page_id=14 (5. Juli 2016).

Gottscheer. Online unter: <http://www.gottscheerland.at/> (5. Juli 2016).

DUDEN. Online unter: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Region#Bedeutung1> (6. Juli 2016).

Online unter: <http://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Gaberl_Stra%C3%9Fe> (12. August 2016).

Online unter: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01311/> (17. August 2016).

10.2. Ungedruckte Quellen

StLA, Graz, Bezirkshauptmannschaftsakten Voitsberg ab 1926 Aktenplanabschnitt 14, 1945-1953.

Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht A. M. (Februar 2015).

Stadtarchiv Köflach Zeitzeugenbericht L. M. (Februar 2015).

Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht A. P. (Februar 2015).

Stadtarchiv Köflach, Zeitzeugenbericht M. K. (o.J.).

Stadtarchiv Köflach, Reinhard *Krebernik*, Stadtchronik von Köflach (Bd. 4., o. S.).

Stadtarchiv Köflach, Aufzeichnungen O. S. (o.J.).

10.3. Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Auflistung der 94 000 Personen.

Tab. 2: Anzahl der sich im Bezirk Voitsberg befindenden Flüchtlinge in den Jahren 1946 bis 1955.

Tab. 3: Die Anzahl der sich im Bezirk Voitsberg befindenden „Volksdeutschen“ und „Volksdeutsche aus dem damaligen Jugoslawien in den Jahren 1946 bis 1955.

Tab. 4: Auffanglager im Bezirk Voitsberg.

Tab. 5: Aufteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden des Bezirks Voitsberg.

10.4. Abkürzungsverzeichnis

AJDC	American Jewish Joint Distribution Committee
BH	Bezirkshauptmannschaft
bzw.	beziehungsweise
CSR	Tschechoslowakische Republik
DP	Displaced Person
EDP	Environmentally Displaced Persons
FPG	Fremdenpolizeigesetz
FSS	Field Security Section
GKB	Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb
ICEM	Intergouvernemental Committee for European Migration
IRO	International Refugee Organization
IVH	Interessensgemeinschaft Volksdeutscher Heimatvertriebener
LWF	Lutheran World Federation
NCWC	National Catholic Welfare Conference
SEP	Surrendered Enemy Personnel
SLÖ	Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreichs
SS	Schutzstaffel
StLA	Steiermärkisches Landesarchiv
UNHCR	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
UNO	United Nations Organization
WCC	World Council of Churches
z.B.	zum Beispiel

11. Anhang

Zusammenfassung:

„Flüchtlinge in der Nachkriegszeit 1945 – 1955. Eine Darstellung am Beispiel des weststeirischen Bezirks Voitsberg.“

Diese Masterarbeit beschäftigt sich mit den Flüchtlingen in der Nachkriegszeit in Österreich. Als exemplarisches Beispiel dafür dient der weststeirische Bezirk Voitsberg. Zu Beginn wird nach der Genfer Flüchtlingskonvention geklärt, wer ein Flüchtling ist, und ob Österreich als Flüchtlingsland zu bezeichnen ist. Neben der historischen Kontextualisierung der Flüchtlingssituation in Österreich bzw. in der Steiermark werden auch die wichtigsten Definitionen bezüglich des Themas Flüchtlinge aufgelistet und erklärt. So werden unter anderem die Begriffe „Displaced Persons“ und die sogenannten „Volksdeutschen“ näher erläutert, welche beide jeweils eine Gruppe von Flüchtlingen in der Nachkriegszeit darstellten. Zudem werden die internationalen Flüchtlingsorganisationen UNRRA, IRO und UNHCR kurz beschrieben.

In Bezug auf den Bezirk Voitsberg wird die politische, soziale und ökonomische Struktur erklärt. Der Bezirk war ein Industriegebiet sowie ein Bergbaugebiet und wies daher viele Arbeitsplätze auf. Insbesondere nach Kriegsende wurden helfende Hände, für die Arbeiten unter anderem im Bereich der Landwirtschaft gesucht, da viele Österreicher gefallen waren oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Daher ließen sich viele Flüchtlinge, vor allem deutschsprachige aus Kroatien oder Gottschee, in der Nachkriegszeit im Bezirk Voitsberg nieder. Aber nicht nur Flüchtlinge, sondern auch ZwangsarbeiterInnen befanden sich im Bezirk.

Durch die vorhandene Arbeit in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Bergbau entstanden eigene Siedlungen, welche von den Flüchtlingen selbst angelegt wurden. Die Integration wurde durch die gleiche Muttersprache und ähnlicher Kultur erleichtert. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Flüchtlingssituation im Bezirk nicht von anderen Industriegebieten in Österreich in dieser Zeit unterschied. In den zehn Jahren kamen viele Flüchtlinge und gingen wieder, jene die im Bezirk blieben wurden eingebürgert und bauten sich Eigenheime.

Abstract:

„Refugees in the post-war period 1945 – 1955. A description on the example of the West Styrian district of Voitsberg“

This master thesis is about refugees in the post-war period in Austria. The West Styrian district of Voitsberg serves as an example. I start with the questions who is a refugee and if Austria is a refugee country. The term refugee has been defined by the „Geneva Convention“. Apart from the historical contextualization of the refugee situation in Austria, respectively in Styria I explain the most important terms relating to the subject of refugees, among others the terms „Displaced Persons“ and so-called „Volksdeutsche“. Both of them were groups of refugees in the post war time. In addition, there is a short description of the international refugee organisations UNRRA, IRO and UNHCR.

I also explain the political, social and economic structure of the district of Voitsberg which was an industrial area as well as a mining area offering a lot of jobs. Particularly after the war many helping hands were needed, especially in agriculture because many Austrians were killed or in captivity. In the post-war period many refugees settled in the district of Voitsberg. Among them were many German speaking refugees from Krndija or Gottschee. Not only refugees but also forced labourers lived in that area.

Owing to the jobs available in agriculture, industry and mining, the refugees founded their own settlements. The integration of the refugees was facilitated by the same mother tongue as well as a similar culture. In summary, it can be said that the refugee situation in the district was not different from other industrial areas in Austria during that time. From 1945 to 1955 many refugees came and left again. But those who stayed became citizens of the district of Voitsberg and built their own homes.